

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit

Dieses Kapitel skizziert die interne Organisation und die Führungsstruktur der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und blickt auf die Tätigkeit der Bank und der bei ihr angesiedelten internationalen Gremien im vergangenen Geschäftsjahr zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Instanzen aus dem Finanzbereich sowie die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für Zentralbankkunden.

Organisation und Führungsstruktur der Bank

Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre

Die BIZ fördert die internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich und dient Zentralbanken als Bank. Sie hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz, sowie eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China und eine in Mexiko-Stadt. Gegenwärtig sind bei der Bank 578 Personen aus 48 Ländern beschäftigt.

Die BIZ erfüllt ihre Aufgaben als:

- Forum, das den Austausch unter Zentralbanken fördert und ihre Entscheidungsfindung erleichtert sowie den Dialog mit anderen Gremien unterstützt, die Verantwortung für die Förderung der Finanzstabilität tragen
- Forschungszentrum, das den Grundsatzfragen nachgeht, mit denen Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen des Finanzsystems konfrontiert sind
- Erste Adresse für Finanzgeschäfte von Zentralbanken
- Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen

Die Bank stellt auch das Sekretariat für verschiedene Ausschüsse und Organisationen, die sich um die Förderung der Stabilität im Finanzbereich bemühen:

- Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und der Märkteausschuss wurden im Laufe der letzten 40 Jahre von den Präsidenten der G10-Zentralbanken eingesetzt und entscheiden recht autonom über ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeiten
- Das Forum für Finanzstabilität (FSF), die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) und die internationale Vereinigung

der Einlagensicherungen (IADI) sind unabhängige Organisationen, deren Sekretariat ebenfalls bei der BIZ angesiedelt ist, die aber weder ihr noch ihren Mitgliedszentralbanken direkt unterstellt sind

- Das Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics wird durch die internationale Zentralbankengemeinschaft geführt und ist unter der Ägide der BIZ tätig

Die Aufgaben und jüngsten Aktivitäten dieser Ausschüsse und Organisationen werden weiter unten näher erläutert.

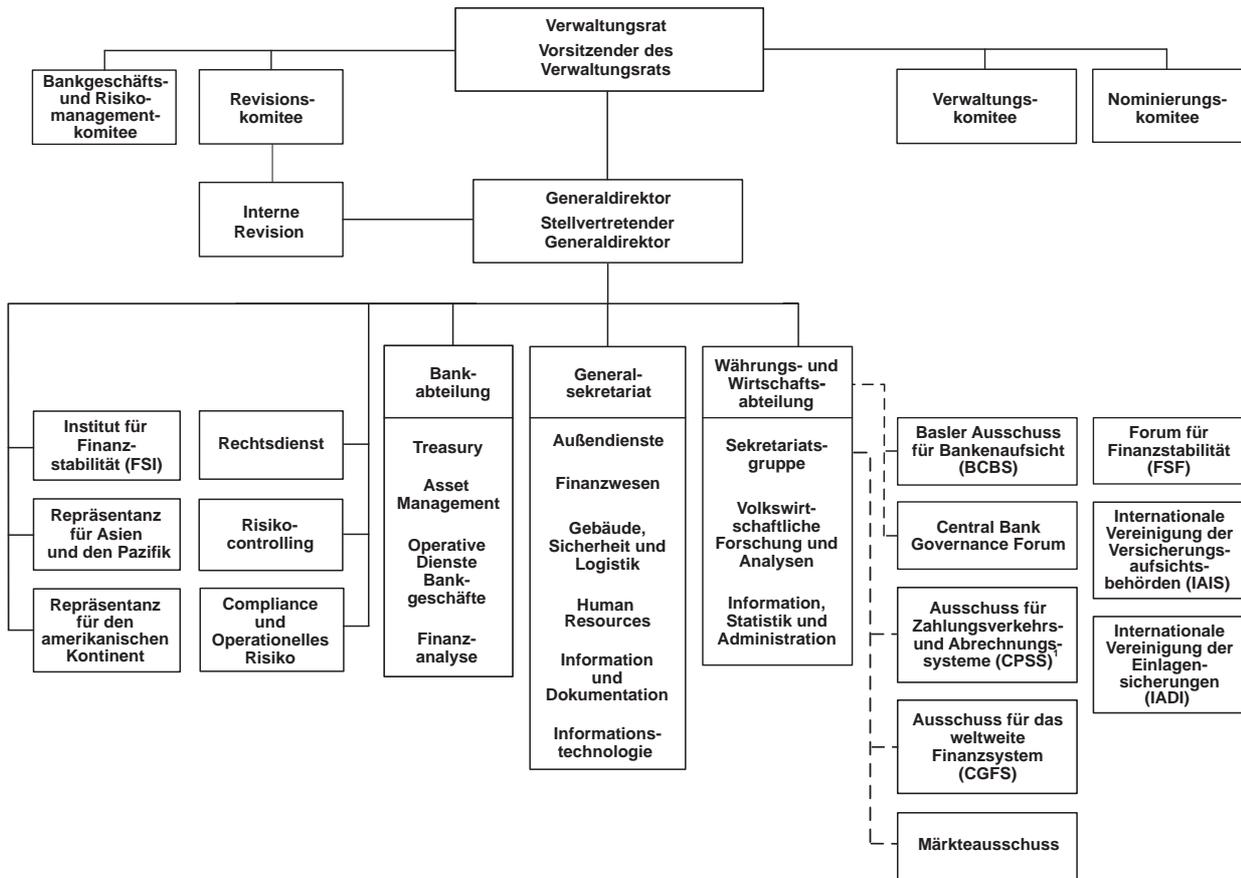
Die Bank umfasst drei Hauptabteilungen: die Währungs- und Wirtschaftsabteilung, die Bankabteilung und das Generalsekretariat. Diese werden ergänzt durch den Rechtsdienst, durch die Abteilungen Compliance und Operationelles Risiko, Interne Revision und Risikocontrolling sowie durch das Institut für Finanzstabilität (FSI), das die Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen in der Finanzaufsicht weltweit unterstützt.

Die drei wichtigsten Entscheidungsebenen in der Führung und Verwaltung der Bank sind:

- Die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken. 55 Zentralbanken und Währungsbehörden sind derzeit bei der Generalversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt. 2007 waren 110 Zentralbanken vertreten, davon 78 durch ihren Präsidenten. Zudem nahmen Delegierte von 17 internationalen Organisationen teil
- Der Verwaltungsrat, der gegenwärtig 20 Mitglieder umfasst. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftspolitik sowie die Überwachung der Geschäftsleitung. Unterstützt wird er von dem Verwaltungskomitee, dem Revisionskomitee, dem Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee sowie dem Nominierungskomitee. Diesen Komitees gehören jeweils bestimmte Verwaltungsratsmitglieder an
- Der Generaldirektor, der gegenüber dem Verwaltungsrat für die Führung sämtlicher wichtiger Geschäfte verantwortlich ist, die die BIZ als Ganzes betreffen. In der Entscheidungsfindung bezüglich dieser Geschäfte wird er von der Geschäftsleitung der Bank beraten. Die Geschäftsleitung unter dem Vorsitz des Generaldirektors setzt sich außerdem aus dem Stellvertretenden Generaldirektor, den Leitern der drei Hauptabteilungen sowie anderen vom Verwaltungsrat ernannten Beamten gleichen Ranges zusammen

Die Mitgliedszentralbanken, die Verwaltungsratsmitglieder und die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank sowie jüngste Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene sind am Ende dieses Kapitels aufgeführt.

Organigramm der BIZ per 31. März 2008



¹ Das CPSS-Sekretariat ist auch für die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (CBCDG) zuständig.

Veränderungen in der Führungsstruktur der Bank

Beratende Ausschüsse des Verwaltungsrats

Um seine Führungsmechanismen weiter zu verbessern, überprüfte der Verwaltungsrat 2007 Struktur, Mandat und Zusammensetzung der bestehenden BIZ-Verwaltungsratskomitees. Er entschied, zusätzliche Komitees einzusetzen, um die Verwaltungsratsmitglieder stärker an der Vorbereitung der Verwaltungsratsbeschlüsse teilhaben zu lassen.

Die neue Struktur der Verwaltungsratskomitees der BIZ, die im Juli 2007 in Kraft trat, umfasst neben dem Verwaltungskomitee (ehemals Konsultativkomitee) und dem Revisionskomitee zwei neue Ausschüsse:

- Ein Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee als Diskussionsplattform zur Vorbereitung für die im Verwaltungsrat zu behandelnden und/oder zu entscheidenden Fragen im Bereich von Bankgeschäften und Risikomanagement
- Ein Nominierungskomitee zur Unterstützung des Verwaltungsrats in seiner Aufgabe, neue Mitglieder der Geschäftsleitung der BIZ zu ernennen

Zudem beschloss der Verwaltungsrat im November 2007, einen Consultative Council for the Americas (CCA) einzurichten, der ihm als beratender Ausschuss zur Seite steht und sich aus den Präsidenten der BIZ-Mitgliedszentralbanken auf dem amerikanischen Kontinent zusammensetzt. In Anlehnung an die zentrale Bedeutung des Asian Consultative Council der BIZ bei der Steuerung ihrer Aktivitäten im Asien-Pazifik-Raum soll der CCA in allen Sachfragen, die für die Zentralbanken auf dem amerikanischen Kontinent von Interesse sind, als direkter Kommunikationskanal zwischen den BIZ-Mitgliedszentralbanken der Region und dem Verwaltungsrat bzw. der Geschäftsleitung der Bank dienen.

Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Alle zwei Monate treffen sich die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der BIZ-Mitgliedszentralbanken, um in einer Reihe von Sitzungen die aktuellen Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich wie auch die Aussichten für die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte zu diskutieren. Außerdem tauschen sie Gedanken und Erfahrungen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken aus. Diese Treffen im 2-Monats-Rhythmus, die in der Regel in Basel stattfinden, sind eines der wichtigsten Mittel, mit denen die BIZ die Kooperation unter den Zentralbanken fördert. Das Treffen vom November 2007 fand in Kapstadt statt. Gastgeber war die South African Reserve Bank. Anlässlich dieses Treffens wurde ein runder Tisch organisiert, an dem die Zentralbankpräsidenten Afrikas über die gesamtwirtschaftliche Leistung der afrikanischen Länder und deren Herausforderungen bei der Entwicklung ihrer Finanzmärkte diskutierten.

Zu diesen alle zwei Monate stattfindenden Treffen gehören jeweils insbesondere auch die Weltwirtschaftssitzung und die Sitzung der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken. Im Rahmen der Weltwirtschaftssitzungen diskutieren über 30 Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften die Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich und beurteilen die Risiken und Chancen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten weltweit.

In den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken stehen ausgewählte Fragen von allgemeinem Interesse für sämtliche BIZ-Mitgliedszentralbanken auf der Tagesordnung. Themen des Jahres 2007/08 waren:

- Gegenwärtige Turbulenzen an den Finanzmärkten: tiefere Ursachen und potenzielle Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft
- Bedeutung von Geldmengen- und Kreditaggregaten für die geldpolitische Strategie
- Zweck und Ausgestaltung staatlicher Vermögensfonds und die entsprechende Rolle der Zentralbanken
- Rolle der Zentralbanken bei der Entwicklung des Finanzsystems. Anlässlich der Sitzung zu diesem Thema sprach Professor Amartya Sen,

Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 1998, auf Einladung der BIZ über die Rolle von Zentralbanken in demokratischen Gesellschaften

Da nicht alle BIZ-Mitgliedszentralbanken direkt an der Arbeit der in Basel ansässigen Ausschüsse und anderer bei der BIZ angesiedelter Organisationen beteiligt sind, besteht in diesen Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken auch die Gelegenheit, sich über die Aktivitäten dieser Gremien zu informieren. 2007/08 besprachen die Zentralbankpräsidenten beispielsweise die Arbeit des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht angesichts der jüngsten Entwicklungen an den Finanzmärkten.

Im Rahmen der Treffen im 2-Monats-Rhythmus finden stets auch die Sitzung der G10-Zentralbankpräsidenten und die Sitzung der Gouverneure der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften statt, in denen Fragen von besonderer Relevanz für diese beiden Ländergruppen erörtert werden. Auch die Zentralbankpräsidenten, die der Central Bank Governance Group angehören, treffen sich in regelmäßigen Abständen.

Bei der Analyse von Fragen zur Finanzstabilität legen die Zentralbankpräsidenten Wert auf den Dialog mit den Leitern von Aufsichtsinstanzen, anderen Finanzbehörden und hochrangigen Vertretern des privaten Finanzsektors. Die BIZ organisiert regelmäßig informelle Gespräche von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors, bei denen die gemeinsamen Anliegen beider Seiten hinsichtlich Aufbau und Aufrechterhaltung eines soliden, gut funktionierenden internationalen Finanzsystems im Mittelpunkt stehen. Zudem organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken weitere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen. Bei diesen Treffen werden immer wieder auch Vertreter anderer Finanzbehörden sowie aus dem privaten Finanzsektor und aus wissenschaftlichen Kreisen eingeladen, sich am Dialog zu beteiligen.

Weitere, weniger regelmäßig stattfindende Treffen von hochrangigen Vertretern von Zentralbanken sind:

- Die Seminare zur Geldpolitik, die teils in Basel, teils auf regionaler Basis unter der Ägide einer Reihe von Zentralbanken in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika stattfinden
- Die Sitzung der Stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften, mit dem diesjährigen Thema „Kapitalströme und Finanzaktiva in aufstrebenden Volkswirtschaften: Bestimmungsfaktoren, Konsequenzen und Herausforderungen für Zentralbanken“

Repräsentanzen

Die Repräsentanz für Asien und den Pazifik und die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent sollen die Beziehungen zwischen der BIZ und den Zentralbanken, Währungsbehörden und Finanzaufsichtsinstanzen in diesen Regionen stärken und die Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Region fördern. Sie organisieren verschiedene Sitzungen, verbessern den Austausch von Informationen und Daten und tragen zur finanz- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung der Bank bei. Die Repräsentanzen unterstützen außerdem die Bankdienstleistungen der BIZ durch regelmäßige Besuche der

Manager von Währungsreserven in Zentralbanken und durch diverse Treffen sowohl auf Experten- als auch auf Managementebene.

Asien-Pazifik-Raum

Im vergangenen Jahr verstärkte die BIZ ihre Beziehungen zu BIZ-Aktionärszentralbanken in der Region. Zu diesem Zweck organisierte sie zusammen mit vier Mitgliedszentralbanken hochrangige Treffen und führte gemeinsame Forschungsarbeiten durch, mit Unterstützung der für das asiatische Forschungsprogramm zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Folgende Treffen fanden statt:

- Mit der Central Bank of Malaysia über die Auswirkungen der Entwicklung der Finanzmärkte auf die Geldpolitik
- Mit der Reserve Bank of India über die Entwicklung der Geldmärkte
- Mit der philippinischen Zentralbank über Transparenz und Kommunikation in der Geldpolitik
- Mit der Bank of Korea über die Verschuldung der privaten Haushalte und die entsprechenden Herausforderungen für die öffentlichen Entscheidungsträger

Die Repräsentanz Asien berief auch Sitzungen für Manager von Währungsreserven, geldpolitische Strategen, Zentralbankrevisoren und Rechtsexperten aus Asien und anderen Regionen ein. Die Volkswirte der Repräsentanz erbrachten Sekretariatsdienstleistungen für die zweimal jährlich stattfindenden Treffen des EMEAP-Forums (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks) über Devisenmärkte.

Gleichzeitig erbrachte der Vertreter des Instituts für Finanzstabilität in der Repräsentanz Asien Sekretariatsdienstleistungen für die Sitzung der EMEAP-Arbeitsgruppe über Bankenaufsicht zum Thema Finanzstabilität und aufsichtsrechtliches Eigenkapital. Überdies verfassten Volkswirte der Repräsentanz ein Hintergrundpapier für die erste Sitzung des EMEAP-Ausschusses über Währungs- und Finanzstabilität auf Ebene der Stellvertretenden Gouverneure.

Bankdienstleistungen und Asian Bond Funds

Der Dealing-Room der Repräsentanz Asien erweiterte erneut die Palette der Bankdienstleistungen, die er den Kunden im Asien-Pazifik-Raum anbietet. Eine wachsende Zahl asiatischer Zentralbanken handeln inzwischen eine Vielfalt von Produkten mit der Regionalen Treasury der BIZ. Außerdem baute der Dealing-Room seine Anlagen in der Region aus, indem er vermehrt Platzierungen bei bestehenden Gegenparteien vornahm und einige neue Anlagemöglichkeiten erschloss, ohne allerdings das konservative Risikoprofil aufzugeben.

Als Administrator des zweiten Asian Bond Fund (ABF2) der EMEAP-Gruppe unterstützte die BIZ erneut die öffentliche Auflage der entsprechenden Anleihefonds. Elf Zentralbanken und Währungsbehörden haben Währungsreserven für den Erwerb von Fonds in Anleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht EMEAP-Volkswirtschaften bereitgestellt. Die Fonds, in die der ABF2 investiert, erreichten Ende März 2008 einen Umfang von \$ 3,3 Mrd., wobei private Investitionen in Höhe von \$ 765 Mio. die Bestände der Zentral-

banken ergänzen, die von \$ 2 Mrd. auf \$ 2,5 Mrd. angewachsen sind. In Indonesien wurde im März 2007 der ABF Indonesia Bond Index Fund als offener Fonds zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und im Dezember als erster börsengehandelter Fonds an der Börse von Jakarta notiert. Der Pan Asia Bond Index Fund wies in den ersten 33 Monaten seines Bestehens bis Ende März 2008 eine Rendite von fast 29% auf und übertraf damit deutlich die Renditen von US-Schatztiteln oder Papieren staatsnaher US-Emittenten mit ähnlicher Duration.

Asian Consultative Council und BIZ-Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten in Asien

Der Asian Consultative Council (ACC), gegenwärtig unter dem Vorsitz von Y.V. Reddy, Gouverneur der Reserve Bank of India, bietet den Präsidenten der BIZ-Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum eine Möglichkeit, mit dem Verwaltungsrat bzw. der Geschäftsleitung der BIZ Kontakte zu pflegen. Bei den beiden Treffen in diesem Jahr konzentrierten sich die Diskussionen auf die zu organisierenden Sitzungen sowie auf die Forschungsarbeit im Rahmen des 3-jährigen asiatischen Forschungsprogramms (s. unten). Indem die Zentralbankpräsidenten dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der BIZ ihre Sicht der Dinge darlegen, können Prioritäten am richtigen Ort gesetzt und Doppelspurigkeiten vermieden werden.

Im Februar organisierte die BIZ wiederum eine Sondersitzung von Zentralbankpräsidenten. Gastgeber war diesmal die Reserve Bank of India in Mumbai, und Gouverneure aus dem Asien-Pazifik-Raum und anderen Regionen diskutierten die Lehren für die Aufsichtsinstanzen aus den jüngsten Finanzmarkturbulenzen, die Wirtschaftsaussichten und den Aufbau stabiler Geldmärkte.

Asiatisches Forschungsprogramm

Anfang 2008 ging das 3-jährige asiatische Forschungsprogramm in die zweite Halbzeit. Bei einer Vielzahl von Forschungsprojekten wurden Fortschritte erzielt. Sie sollen die regionalen Währungsbehörden dabei unterstützen, Geldpolitik und geldpolitische Maßnahmen zu verbessern, die Finanzmärkte zu entwickeln, Finanzstabilität zu wahren und die Finanzaufsicht zu stärken. Wissenschaftliche Mitarbeiter von fünf Aktionärszentralbanken waren in der Repräsentanz Asien zu Gast und beteiligten sich an der Forschungsarbeit. Nach Abschluss des Forschungsprogramms werden fast alle BIZ-Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum sowie einige lokale Universitäten und Forschungsinstitute in die gemeinsame Forschung zu Themen, die für Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen der Region von Interesse sind, involviert gewesen sein. Diese Forschung ist nicht nur in zahlreiche Sitzungen mit regionalen Zentralbanken eingeflossen, sondern auch in mehrere Publikationen in namhaften Fachzeitschriften sowie in den *Quartalsbericht* der Bank. Zudem schrieben Volkswirte, die am asiatischen Forschungsprogramm beteiligt sind, auf Anfrage von ACC-Gouverneuren Kommentare über spezifische Strategiefragen, u.a. über wirtschaftspolitische Maßnahmen mit Blick auf die Kapitalströme in der Region sowie über neue

Instrumente und strukturierte Anlagevehikel an den asiatischen Kreditmärkten. Zwei asiatische Forschungsnetzwerke, die im Rahmen des Forschungsprogramms gebildet worden waren, führten im Januar ihre ersten Jahresworkshops durch.

Amerikanischer Kontinent

Die Initiativen der BIZ auf dem amerikanischen Kontinent konzentrierten sich einerseits auf die Aktionärszentralbanken und andererseits auf andere Zentralbanken sowie Aufsichtsbehörden und wissenschaftliche Kreise, mit denen vermehrt Kontakte gepflegt und Anlässe durchgeführt wurden. Daraus entstanden mehrere Artikel in diversen Zeitschriften sowie im *Quartalsbericht* der Bank und in der Reihe der *BIS Papers*.

Zu den wichtigsten Tätigkeiten der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent gehörten:

- Eine erste Konferenz in Mexiko-Stadt über neue Finanzierungstrends in Lateinamerika, organisiert in Zusammenarbeit mit der Federal Reserve Bank of Atlanta
- Ein Treffen in Uruguay für regionale Zentralbanken zum Thema Kapitalströme

Zudem war die Repräsentanz Gastgeber des ersten Treffens des Central Bank Governance Network auf dem amerikanischen Kontinent und eines Treffens des Management Committee der Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung. Überdies organisierte sie Sitzungen für Manager von Währungsreserven auf dem amerikanischen Kontinent und in anderen Regionen sowie für Risikomanager von Zentralbanken. Schließlich unterstützte sie regionale Anlässe des Instituts für Finanzstabilität.

Die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent leistete Unterstützung und Beiträge für Kontakttreffen, die von regionalen Zentralbanken organisiert wurden, beispielsweise ein Seminar in Brasilien über Märkte in Lateinamerika zusammen mit dem Märkteausschuss, ein Treffen in Chile über die Finanzierung von Wohneigentum zusammen mit dem Ausschuss für das weltweite Finanzsystem sowie ein BIZ-Seminar in Mexiko zur Geldpolitik in Lateinamerika.

Wie oben erwähnt, beschloss der Verwaltungsrat im November 2007, einen Consultative Council for the Americas einzurichten. Der CCA soll noch 2008 formell eingesetzt werden. Die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent wird Sekretariatsdienstleistungen für die Sitzungen des CCA erbringen, die mindestens einmal jährlich stattfinden.

Institut für Finanzstabilität

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) hat den Auftrag, die Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors in aller Welt bei der Stärkung der Überwachung ihrer Finanzsysteme zu unterstützen mit dem Ziel, die Finanzstabilität weltweit zu fördern. Das FSI verfolgt ein zweigleisiges Programm zur Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen vor allem an die Banken- und die Versicherungsaufsicht.

Treffen, Seminare und Konferenzen

Die erste Schiene des FSI-Programms sind etablierte und hochrangig besetzte Treffen, Seminare und Konferenzen in Basel und an anderen Orten der Welt. 2007 organisierte das FSI zu einer breiten Palette von Themen des Finanzsektors insgesamt 55 Veranstaltungen, an denen über 1 900 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und Versicherungsaufsichtsinstanzen teilnahmen. Fortgeführt wurden auch die hochrangig besetzten Treffen der Stellvertretenden Zentralbankgouverneure und der Leiter von Aufsichtsinstanzen, die in Afrika, Asien, Europa und dem Nahen Osten organisiert wurden. Hauptthema dieser Treffen war die Umsetzung von Basel II sowie andere zentrale aufsichtsrechtliche Fragen.

FSI Connect

Die zweite Schiene des FSI-Programms ist FSI Connect, ein Online-Informations- und -Lerntool für Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors. FSI Connect enthält mehr als 140 Lehrgänge zu einer großen Auswahl von Aufsichtsthemen, breit gefächert nach Erfahrungs- bzw. Kenntnisstand der Benutzer. Im vergangenen Jahr kamen eine Reihe von Lehrgängen in den neuen Fachgebieten Rechnungslegung sowie Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme hinzu. Mehr als 150 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen sind Abonnenten von FSI Connect. Das entspricht rund 8 000 Benutzern.

Weitere wichtige Initiativen

2007 veröffentlichte das FSI die Ergebnisse einer Umfrage über die institutionellen Rahmenbedingungen der Aufsicht im Finanzsektor in einem Papier der Reihe *Occasional Papers*. Dabei wurden die jüngsten Aufsichtstrends beleuchtet sowie die wichtigsten Akteure in der Finanzaufsicht und bei der Überwachung der Finanzstabilität ganz allgemein. Zudem wurden Fragen in Bezug auf die branchen- und länderübergreifende Zusammenarbeit von Aufsichtsinstanzen erörtert.

Förderung der Finanzstabilität durch die bei der BIZ angesiedelten ständigen Ausschüsse

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) unter dem Vorsitz von Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, setzt sich dafür ein, aufsichtliche Kenntnisse und die Qualität der Bankenaufsicht weltweit zu verbessern. Er bietet ein Forum für den Dialog unter Aufsichtsinstanzen, indem Informationen über nationale Aufsichtsregelungen ausgetauscht, die Wirksamkeit der Aufsichtsmethoden in Bezug auf das internationale Bankgeschäft verbessert und Mindestaufsichtsstandards in den Bereichen festgelegt werden, in denen dies angezeigt scheint.

Reaktion auf die Marktturbulenzen

Bevor die Finanzmarktturbulenzen Mitte 2007 einsetzten, hatte der Basler Ausschuss in verschiedenen Bereichen des Risikomanagements und der Aufsicht

Vorstöße unternommen, u.a. hinsichtlich des Liquiditätsrisikos und der Bewertungspraxis der Banken. Angesichts der durch die Turbulenzen offenlegten Schwachstellen straffte oder änderte der Ausschuss seine Arbeitsplanung. Aus den Marktturbulenzen konnten auch wichtige Lehren gezogen werden, die dem Ausschuss eine Hilfe bei der weiteren Optimierung der neuen Eigenkapitalregelung Basel II waren. Diese Vorstöße sind ein Schlüsselement der weltweiten Bemühungen um eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors.

Handhabung des Liquiditätsrisikos und Aufsicht

Die Arbeit des Basler Ausschusses im Bereich Liquiditätsrisiko begann Ende 2006 und konzentrierte sich zunächst auf die Aufsichtspraxis in den Mitgliedsländern. Angesichts der Marktereignisse wurde das ursprüngliche Mandat erweitert und umfasste nun auch die Stärken und Schwächen des Liquiditätsrisikomanagements in Krisenzeiten. Im Februar 2008 gab der Ausschuss das Papier *Liquidity risk: management and supervisory challenges* heraus. Darin wurden die Finanzmarktentwicklungen beleuchtet, die die Handhabung des Liquiditätsrisikos beeinflussen, die nationalen Aufsichtssysteme wurden erläutert, und es wurden Beobachtungen aus der jüngsten Krise sowie mögliche künftige Arbeitsthemen in Bezug auf Liquiditätsrisikomanagement und Aufsicht angeführt. Der Ausschuss nimmt derzeit eine grundlegende Überarbeitung des Papiers *Sachgerechte Methoden für die Steuerung der Liquidität in Bankinstituten* vor. Diese globalen Standards für die Handhabung des Liquiditätsrisikos und die entsprechende Aufsicht waren im Jahr 2000 veröffentlicht worden. Mitte 2008 sollen die neuen Standards herausgegeben werden.

Bewertungspraxis der Banken

Anfang 2007 lancierte der Basler Ausschuss eine Überprüfung der Bewertungspraxis der Banken. Ziel war es, besseren Einblick in die angewandten Methoden für modellbasierte Bewertungen von Finanzinstrumenten im Rahmen des Risikomanagements und der Rechnungslegung zu gewinnen. Gleichzeitig wurden die entsprechenden Kontroll-, Revisions- und Überwachungsmechanismen rund um diese Bewertungen unter die Lupe genommen. Angesichts der Marktturbulenzen wurde die Überprüfung erweitert und schloss auch die Frage mit ein, wie Banken auf die Marktanspannungen reagierten, sowie erste Lehren, die aus der Krise gezogen werden konnten. Obwohl die aktuellen Bewertungsmethoden und -verfahren nicht die Ursache für die Marktturbulenzen gewesen waren, stellte der Ausschuss fest, dass bestimmte problematische Bewertungsaspekte die Auswirkungen der Krise verstärkt hatten. Der Ausschuss plant die Ausarbeitung von Aufsichtsempfehlungen bei der Einschätzung der Solidität der Bewertungsverfahren von Banken, die einen Beitrag zur Stärkung des Risikomanagements leisten sollen.

Die neue Eigenkapitalregelung Basel II

Die Finanzmarktturbulenzen haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine rasche Umsetzung von Basel II für eine Stärkung des Risikomanagements und der Bankenaufsicht ist. Als Antwort auf die Marktereignisse nahm der Basler

Ausschuss eine Überprüfung der Rahmenvereinbarung Basel II vor, um in jeder der drei Säulen jene Bereiche auszumachen, die noch verbessert werden könnten: Mindestkapitalanforderungen (Säule 1), aufsichtliches Überprüfungsverfahren (Säule 2) und Marktdisziplin (Säule 3). Ein solcher Bereich ist die Stärkung der Eigenkapitalanforderungen für das Handelsbuch. Im Oktober 2007 veröffentlichte der Ausschuss das Konsultationspapier *Guidelines for computing capital for incremental default risk in the trading book* über die Eigenkapitalberechnung für das zusätzliche Ausfallrisiko. Nun beabsichtigt er eine Erweiterung der vorgeschlagenen Empfehlungen auf andere potenzielle Ereignisrisiken im Handelsbuch, die noch 2008 zur öffentlichen Stellungnahme erscheinen sollen.

Die Marktturbulenzen haben ebenfalls auf die Bedeutung einer wirksamen und einheitlichen Umsetzung von Basel II über die Grenzen hinweg hingewiesen. In diesem Zusammenhang gab der Ausschuss im November 2007 Grundsätze für die Zusammenarbeit und Aufgabenteilung der Aufsicht im Herkunfts- und im Aufnahmeland im Zusammenhang mit den fortgeschrittenen Messansätzen für das operationelle Risiko heraus (*Principles for home-host supervisory cooperation and allocation mechanisms in the context of advanced measurement approaches AMA*). Daneben befasst sich die Accord Implementation Group des Ausschusses weiter mit praktischen Umsetzungsfragen von Aufsichtsinstanzen weltweit und setzt sich für Kohärenz bei der Umsetzung von Basel II ein.

Weitere Vorstöße im Bereich Risikomanagement und Aufsicht

Der Basler Ausschuss hat bei der Erarbeitung internationaler Rechnungslegungs- und Revisionsstandards erneut aktiv mitgewirkt und eng mit dem International Accounting Standards Board (IASB) und dem International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) zusammengearbeitet. Da in den Finanzausweisen zunehmend Fair-Value-Schätzungen verwendet werden, lag dem Ausschuss sehr daran, sicherzustellen, dass diese Schätzungen verlässlich, relevant und nachprüfbar sind. Neben seiner Arbeit im Bereich von Rechnungslegungsstandards für Finanzinstrumente richtet der Ausschuss sein Augenmerk auch auf Fragen im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines gemeinsamen konzeptionellen Rahmens und der Behandlung wichtiger Rechnungsprüfungsfragen aus der Warte der Bankenaufsicht.

In Anbetracht der steigenden Bedeutung des internationalen Bankgeschäfts in den letzten Jahren hat der Ausschuss 2007 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Fragen im Zusammenhang mit der Liquidierung von Großbanken mit grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit zu untersuchen. Im Blickpunkt der Arbeitsgruppe stehen die derzeitigen Liquidierungsverfahren, die Aufteilung der Zuständigkeiten und die rechtlichen Rahmenbedingungen als Grundlage für ein besseres Verständnis der potenziellen Hindernisse und möglichen Verbesserungen der Zusammenarbeit bei der Liquidierung international tätiger Banken.

Der Ausschuss spielt nach wie vor auch eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. In einem Newsletter vom Oktober 2007 rief der Ausschuss Mitglieder des privaten

und des öffentlichen Sektors auf, die Transparenz bei den internationalen Zahlungen zu erhöhen, um die Verbrechensbekämpfung weltweit zu unterstützen. Der Ausschuss befasst sich weiterhin mit Aufsichtsfragen im Zusammenhang mit Deckungszahlungen („cover payments“), um einen Konsens in Bezug auf Grundsätze für Aufsichtsmaßnahmen und -prioritäten bei der Umsetzung von Transparenzregeln für internationale Zahlungen herbeizuführen.

Kontaktpflege

Der Basler Ausschuss ergänzt die Inhalte seiner Arbeit laufend, um auch Aufsichtsinstanzen von Nichtmitgliedsländern einzubeziehen und um seine Kontakte zu Aufsichtsinstanzen in aller Welt weiter zu stärken. Neben den 13 im Ausschuss vertretenen Ländern beteiligen sich mehr als 20 weitere Länder direkt in seinen diversen Untergruppen. Auf diese Weise konnte der Informationsaustausch mit einer großen Zahl von Ländern verbessert werden. Gleichzeitig war es für den Ausschuss ein effizienter Weg, um Rückmeldungen von Regionen wie Asien und Lateinamerika zu erhalten und umgekehrt Informationen an Mitglieder von regionalen Gruppierungen von Bankenaufsichtsinstanzen weiterzuleiten. Die International Liaison Group (ILG) des Ausschusses bietet den Nichtmitgliedsländern eine zusätzliche Plattform, auf der sie zu neuen Initiativen des Ausschusses beitragen und Vorschläge anbringen können. Über die Arbeit der ILG, die Sitzungen mit regionalen Bankenaufsichtungsgruppen, die alle zwei Jahre stattfindende International Conference of Banking Supervisors und weitere Mechanismen wird der Ausschuss weiterhin Wege prüfen, um seinen Dialog mit Nichtmitgliedsländern zu verstärken.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) unter dem Vorsitz von Donald L. Kohn, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Board of Governors des Federal Reserve System, überwacht die Entwicklungen an den Finanzmärkten und analysiert deren Auswirkungen auf die Finanzstabilität. Der Ausschuss, dessen Mitglieder die G10-Zentralbanken sowie die Banque Centrale du Luxembourg sind, lädt regelmäßig Vertreter der Zentralbanken und Währungsbehörden von Australien, Brasilien, China, der SVR Hongkong, Indien, Korea, Mexiko, Singapur und Spanien zur Teilnahme ein.

Im vergangenen Jahr stand die Tagesordnung der Ausschusssitzungen zunehmend unter dem Einfluss der Turbulenzen an den Finanzmärkten. Im Rahmen seiner regelmäßigen Überwachung des weltweiten Finanzsystems diskutierte der CGFS:

- Die Ursachen der weitverbreiteten Bonitätsverschlechterung von strukturierten Finanzinstrumenten und die Ansteckungseffekte in anderen Segmenten des Finanzsystems
- Die Auswirkungen der jüngsten Turbulenzen auf die Bilanzen der Banken, ihre Risiken aufgrund der Kreditmarkturbulenzen, einschließlich der

Risiken aus unverkäuflichen Kreditbeständen („warehouse risk“), und ihr Engagement in außerbilanziellen Anlagevehikeln wie strukturierten Produkten und Vehikeln

- Die Fähigkeit von Banken, angesichts anhaltender Störungen an den Geld- und Kapitalmärkten kurzfristige Kredite und andere Finanzmittel aufzunehmen
- Die Folgen der raschen Verschlechterung der Lage an den Kreditmärkten und die eventuellen Konsequenzen der Kreditverknappung für die Gesamtwirtschaft

Der Ausschuss setzte zudem Arbeitsgruppen zur Untersuchung spezifischer Aspekte der jüngsten Finanzmarkturbulenzen ein. Eine Arbeitsgruppe analysierte, wie Anleger Ratinginformationen über strukturierte Finanzprodukte in ihre Überlegungen einbeziehen. Dies war auch Thema eines CGFS-Workshops mit Ratingagenturen und Anlegern in London. Eine zweite Arbeitsgruppe untersuchte in Zusammenarbeit mit dem Märkteausschuss die Effizienz von Zentralbankreaktionen auf die Anspannungen an den Geldmärkten. Auch die Arbeitsgruppe des CGFS über Private Equity und Fremdfinanzierung, die bereits vor den Turbulenzen eingesetzt worden war, konzentrierte sich angesichts der jüngsten Marktstörungen vermehrt auf die möglichen Auswirkungen des rasanten Wachstums des Marktes für Fremdfinanzierung auf die Finanzstabilität.

Als Teil seiner Bemühungen für ein besseres Verständnis der strukturellen Entwicklungen an den weltweiten Finanzmärkten setzte der Ausschuss eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, die finanziellen Konsequenzen des bedeutenden Anstiegs der Kapitalströme in die aufstrebenden Volkswirtschaften in den letzten Jahren zu untersuchen.

Zudem organisierte der Ausschuss mehrere Sondersitzungen, u.a. eine Reihe regionaler Treffen über die Finanzierung von Wohneigentum im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichts *Housing finance in the global financial system* einer CGFS-Arbeitsgruppe im Jahr 2006 sowie einen runden Tisch über die Entwicklung afrikanischer Märkte für Anleihen in Landeswährung.

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) unter dem Vorsitz von Timothy F. Geithner, Präsident und Chief Executive Officer der Federal Reserve Bank of New York, ist um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur bemüht und setzt sich in diesem Zusammenhang für die Förderung sicherer und effizienter Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme ein.

Im Juli 2007 gab der Ausschuss das Konsultationspapier *Progress in reducing foreign exchange settlement risk* heraus. Es basiert auf einer großangelegten Umfrage darüber, wie Banken und andere Finanzinstitute die Risiken handhaben, die ihnen bei der Erfüllung von Devisengeschäften entstehen können. Obwohl hier große Fortschritte erzielt worden sind, die an der Gründung und dem Wachstum der CLS-Bank am sichtbarsten zutage treten,

wird nach wie vor ein beträchtlicher Teil der Geschäfte auf eine Weise abgewickelt, die erhebliche potenzielle Risiken für das Finanzsystem birgt. Das Papier empfiehlt daher spezifische Maßnahmen vonseiten der Einzelinstitute, Branchenverbände und Zentralbanken, um die noch bestehenden großen und langfristigen Risiken zu mindern und zu begrenzen. Im Anschluss an dieses Papier wird der Ausschuss zusammen mit dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht mögliche Wege diskutieren, um sicherzustellen, dass die Banken zur Steuerung ihrer Erfüllungsrisiken im Devisenhandel geeignete Verfahren anwenden.

Der CPSS bemühte sich erneut um eine engere Zusammenarbeit unter den Zentralbanken, auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Ferner leistete er logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss unter dem Vorsitz von Hiroshi Nakaso, Generaldirektor der Abteilung Finanzmärkte der Bank of Japan, dient den Zentralbanken als Forum für den Austausch über die Besonderheiten ihrer Marktgeschäfte. Er setzt sich aus den für Marktgeschäfte Verantwortlichen der G10-Zentralbanken zusammen. Auch Vertreter der Zentralbanken und Währungsbehörden von Australien, Brasilien, China, der SVR Hongkong, Indien, Korea, Mexiko, Singapur und Spanien sind regelmäßige Teilnehmer an den Sitzungen des Ausschusses.

In den alle zwei Monate oder nach Bedarf stattfindenden Sitzungen diskutieren die teilnehmenden Zentralbanken (oder eine Untergruppe davon) über die jüngsten Entwicklungen an den Finanzmärkten und deren kurzfristige Auswirkungen auf das Funktionieren dieser Märkte sowie auf ihre eigenen Geschäfte.

In den regulären Sitzungen des vergangenen Jahres wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Die Auswirkungen geldpolitischer Entscheidungen auf die Märkte und mögliche Herausforderungen in Bezug auf die Kommunikation
- Die Gründe für die Marktanspannungen, insbesondere an den Geldmärkten, sowie Art und Wirkung der entsprechenden Zentralbankmaßnahmen
- Die Folgen plötzlich veränderter Carry-Trade-Strategien für die Währungen
- Kurzfristige Trends bei den globalen Kapitalströmen

Ferner hielt der Ausschuss, teilweise mit dem privaten Sektor, Sonder-sitzungen ab, um Themen von eher struktureller Art zu diskutieren, z.B. Beobachtung und Überwachung von Hedge-Fonds-Strategien durch Zentralbanken, Veränderungen der Rohstoffmärkte und die wachsende Bedeutung staatlicher Vermögensfonds an den weltweiten Kapitalmärkten. In Zusammenarbeit mit der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent organisierte der Ausschuss ein Seminar über Märkte in Lateinamerika, dessen Gastgeber die brasilianische Zentralbank war.

Aufgrund der Anspannungen an den Geldmärkten erachtete der Ausschuss häufigere und ganz konkrete Diskussionen über Marktentwicklungen und

technische Aspekte der Marktgeschäfte von Zentralbanken als dringlich. Mit Blick auf höhere Markttransparenz und ein besseres Verständnis für Zentralbankmaßnahmen veröffentlichte der Ausschuss in Form eines Compendiums erstmals Angaben über die geldpolitische Strategie und die Marktgeschäfte seiner Mitglieder. Der Märkteausschuss beteiligte sich außerdem in Zusammenarbeit mit dem CGFS an einer Arbeitsgruppe, die die Wirksamkeit von Zentralbankreaktionen auf die Anspannungen an den Geldmärkten untersuchte.

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht im Auftrag der G10-Zentralbankpräsidenten Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten Problemlösungen vor. Die CBCDG hat fälschungssichere Merkmale entwickelt, die dafür sorgen, dass die Banknotenbilder nicht mithilfe von Farbkopierern und Digitalgeräten (PC, Drucker oder Scanner) reproduziert werden können. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie Sekretariatsdienstleistungen erbringt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich

Zehnergruppe (G10)

Im Rahmen ihres Beitrags zur Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten nahm die BIZ erneut als Beobachter an Sitzungen teil und erbrachte Sekretariatsdienstleistungen. Anlässlich ihres Jahrestreffens diskutierten die G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des Berichts des Forums für Finanzstabilität über Institute mit hoher Risiko-Eigenkapital-Relation (*Report on highly leveraged institutions*). Sie begrüßten die Fortschritte einerseits bei der gemeinsamen Überprüfung der Handhabung des Gegenparteirisikos in den wichtigsten Finanzinstituten durch die Aufsichtsinstanzen und andererseits bei der Erarbeitung von Praxisempfehlungen für Hedge-Fonds durch Arbeitsgruppen des privaten Sektors in den USA und im Vereinigten Königreich, um die Marktdisziplin zu stärken. Die G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten beschlossen ferner die Erneuerung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) für weitere fünf Jahre.

Forum für Finanzstabilität

Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) wurde 1999 in der BIZ von den G7-Finanzministern und -Zentralbankpräsidenten geschaffen, um die internationale Finanzstabilität durch vermehrten Informationsaustausch und engere Zusammenarbeit unter den Aufsichtsinstanzen des

Finanzsektors zu fördern. Seine Aufgabe ist die Beurteilung von Risiken und Schwächen, die sich auf das internationale Finanzsystem auswirken, sowie die Unterstützung und Koordinierung von Gegenmaßnahmen. Mitglieder des Forums sind hochrangige Vertreter von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen der wichtigsten Finanzplätze sowie Vertreter von internationalen Finanzorganisationen – BIZ, IWF, OECD und Weltbank –, von internationalen normgebenden Gremien im Aufsichts- bzw. Regulierungsbereich – BCBS, IAIS, IASB und International Organization of Securities Commissions (IOSCO) – und von Ausschüssen von Zentralbankexperten – CGFS und CPSS. Vorsitzender des FSF ist Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia.

Das Forum hält in der Regel zweimal jährlich eine Plenarsitzung ab, zuletzt im September 2007 in New York und im März 2008 in Rom. In diesen Sitzungen diskutierten die Mitglieder die aktuellen Herausforderungen und Schwächen an den Finanzmärkten, die ergriffenen Maßnahmen und zukünftige strategische Optionen. Darüber hinaus fördern gelegentliche regionale Sitzungen einen breiteren Gedankenaustausch über Schwachstellen im Finanzsystem und die laufenden Bemühungen um deren Behebung.

Im Mai 2007 veröffentlichte das FSF seinen aktualisierten Bericht über Institute mit hoher Risiko-Eigenkapital-Relation. Zwar war die Hedge-Fonds-Branche nicht das Epizentrum der jüngsten Finanzmarkturbulenzen, doch das Ausmaß der Probleme hat gezeigt, wie wichtig eine solide Handhabung des Gegenpartearisikos in beaufsichtigten Finanzinstituten und die Förderung des Austausches relevanter Informationen zwischen Hedge-Fonds und ihren Gegenparteien sind. Der aktualisierte Bericht untersucht wichtige Fragen in diesem Zusammenhang und enthält eine Reihe von Empfehlungen. In der Folge begrüßte das FSF Vorstöße des privaten Sektors, um die Praxisempfehlungen für Hedge-Fonds-Manager und Anleger zu verbessern. Anlässlich seiner Sitzung in Rom hielt das FSF fest, dass es regelmäßige Berichte der Branche über die Einführung der Standards und ihre Wirkung mit Blick auf höhere Transparenz und verbessertes Risikomanagement begrüßen würde.

In seiner Sitzung vom September 2007 überprüfte das FSF seine Offshore-Finanzplatzinitiative anhand eines Berichts seiner entsprechenden Arbeitsgruppe. Das Forum anerkannte die deutlich sichtbaren Fortschritte dieser Finanzplätze, trotz einiger anhaltender Bedenken, und bekräftigte sein Engagement zur Förderung der Einhaltung internationaler Standards, einer engeren Zusammenarbeit und eines verbesserten Informationsaustausches.

Im Auftrag der G7-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten verfasste das FSF einen Bericht über die wichtigsten Schwachstellen, die zu den Finanzmarkturbulenzen seit Sommer 2007 geführt haben, mit Empfehlungen für geeignete Abhilfemaßnahmen. Dieser *Report of the Financial Stability Forum on enhancing market and institutional resilience* wurde im April 2008 veröffentlicht und stammt aus der Feder einer Arbeitsgruppe, die sich aus hochrangigen Vertretern wichtiger Finanzplätze und internationaler Finanzorganisationen sowie aus den Vorsitzenden von internationalen Aufsichts- und Regulierungsinstanzen zusammensetzt. In folgenden Bereichen empfiehlt

er spezifische Maßnahmen: Aufsicht und Überwachung des Eigenkapitals, der Liquidität und des Risikomanagements; Transparenz, Offenlegung und Bewertungspraxis; Bedeutung und Berücksichtigung von Ratings; Reaktion der Behörden auf Risiken und entsprechende Vorkehrungen im Falle von Anspannungen im Finanzsystem. Diese Empfehlungen sind konkret und praxisbezogen formuliert, und das FSF wird ihre rasche Umsetzung kontrollieren.

Das FSF unterstützte weiterhin Bemühungen zur Stärkung der internationalen Rechnungslegungs- und Revisionsstandards und -praktiken. In seinem Bericht an die G7 rief das Forum die normgebenden Instanzen im Bereich Rechnungslegung auf, die Rechnungslegungsstandards für außerbilanzielle Anlagevehikel, Bewertungen und Risikooffenlegungen zu verbessern. Außerdem wurden die für Rechnungsprüfung zuständigen normgebenden Gremien und die Aufsichtsinstanzen aufgefordert, ihre Empfehlungen zu Bewertungen komplexer oder illiquider Finanzprodukte für Revisionszwecke zu optimieren.

Im April 2008 trafen sich die G7-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten in Washington und billigten den Bericht nachdrücklich. Gleichzeitig nannten sie eine Reihe von Empfehlungen, deren rasche Umsetzung Priorität hat. Dazu zählen die Initiativen im Bereich der Offenlegungs- und Rechnungslegungsstandards sowie die Vorstöße für eine Stärkung von Risikomanagementpraxis und Eigenkapitalausstattung, für Richtlinien zur Handhabung des Liquiditätsrisikos und für eine Überarbeitung der Verhaltenskodizes von Ratingagenturen.

FSF-Website: www.fsforum.org

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS), die seit 1998 bei der BIZ angesiedelt ist, fördert die weltweite Finanzstabilität durch Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen, Erarbeitung einschlägiger Standards, internationale Zusammenarbeit, die auf Informationsaustausch beruht, und gegenseitigen Beistand. Gemeinsam mit anderen internationalen Aufsichtsgremien, z.B. ihren Partnern im Gemeinsamen Forum – dem BCBS und der IOSCO –, hat die IAIS an der Entwicklung von Grundsätzen für die Aufsicht über Finanzkonglomerate mitgearbeitet. In den vergangenen Jahren ist die IAIS erheblich gewachsen.

Die IAIS ist im FSF aktiv und hat bei den Tätigkeiten der FSF-Arbeitsgruppe für widerstandsfähige Märkte und Finanzinstitute mitgewirkt. Im vergangenen Jahr hat die IAIS drei Erhebungen durchgeführt, um den möglichen Einfluss der weltweiten Finanzmarktentwicklungen auf die Versicherungsbranche abzuschätzen. Die Ergebnisse werden bei der Definition und Gewichtung ihrer Tätigkeiten hilfreich sein und als Beiträge aus der Warte der Versicherungsaufsicht in die Arbeit des FSF einfließen.

Im vergangenen Jahr hat die IAIS wichtige Schritte in folgenden Bereichen unternommen:

Rechnungslegung

Die IAIS hat großes Interesse daran, Finanzausweise von hoher Qualität zu gewährleisten, die ein aussagekräftiges, wirtschaftlich solides Bild von der Finanzlage von Versicherungsunternehmen abgeben. Sie verfolgt aufmerksam die internationalen Entwicklungen im Bereich der Rechnungslegung, die das diesbezügliche Basismodell für beaufsichtigte Versicherungsunternehmen am ehesten beeinflussen werden. 2007 leistete die IAIS wesentliche Beiträge zur Arbeit des IASB hinsichtlich Versicherungsverträgen und in anderen für Versicherer wichtigen Bereichen, beispielsweise der Fair-Value-Bewertung. Die IAIS nimmt auch Stellung zu den Konsultationspapieren der International Federation of Accountants über internationale Revisionsstandards mit besonderer Relevanz für die Versicherungsbranche.

Angemessene Eigenkapitalausstattung und Solvenz

Im Oktober 2007 genehmigte die IAIS drei Papiere mit Empfehlungen über die Solvenzbeurteilung. Diese Papiere zielen auf eine größere Vergleichbarkeit und Konvergenz in der Beurteilung der Solvenz von Versicherungsunternehmen weltweit ab und erläutern:

- Auf Grundsätzen basierende Solvenzanforderungen mit besonderem Augenmerk auf Eigenkapitalanforderungen
- Die Einführung und laufende Verwendung eines Enterprise Risk Management
- Den Einsatz interner Modelle für die quantitative und qualitative Risikobewertung und für die Kapitalbewirtschaftung

Aufsicht über Versicherungskonzerne

In Anbetracht der zunehmenden Globalisierung des Versicherungsmarktes und der Tatsache, dass ein Großteil des Versicherungsgeschäfts von Konzernen getätigt wird, hat die IAIS die Entwicklung von Grundsätzen für eine straffere und effizientere Aufsicht über Versicherungskonzerne stark vorangetrieben. Zusätzliche Standards und Empfehlungen werden diese Arbeit ergänzen.

Rückversicherung

Im November 2007 veröffentlichte die IAIS die vierte Auflage ihres jährlichen Berichts zur Rückversicherung. Dieser *Global reinsurance market report* stützt sich auf Statistiken zum globalen Rückversicherungsgeschäft, die von den größten Rückversicherern der Welt erstellt wurden. Er zeigt, dass 2006 ein deutlich profitableres Jahr für die Branche war als 2005 mit seinen Rekordverlusten.

Informationsaustausch

Nach der Verabschiedung des *Multilateral memorandum of understanding* (MMOU) im Februar 2007, das eine Reihe von Grundsätzen und Verfahren für den Austausch von Informationen, Meinungen und Beurteilungen definiert, begann die IAIS mit der Überprüfung der Beitrittsanträge von interessierten Ländern.

Weiterbildung

Jedes Jahr organisiert die IAIS in Zusammenarbeit mit dem FSI, nationalen Versicherungsaufsichtsinstanzen und anderen Gremien rund 15 regionale Seminare und Workshops, um die Versicherungsaufsicht bei der Umsetzung ihrer Grundsätze und Standards zu unterstützen. Im Januar 2008 lancierte sie IAIS DISCOVER, eine Serie von Online-Lehrgängen, die durch Workshops und Fernstudienoptionen ergänzt werden. Drei Lehrgänge wurden in Beijing als Pilotprojekt mit asiatischen Versicherungsaufsichtsinstanzen lanciert. Auf der Basis ihres Weiterbildungsprojekts mit Pflichtlehrgängen für die Versicherungsaufsicht, eines gemeinsamen Projekts mit der Weltbank, wird die IAIS weitere Lehrgänge entwickeln.

IAIS-Website: www.iaisweb.org

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI), die seit 2002 bei der BIZ angesiedelt ist, trägt durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit und als Forum für weitreichende internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen zur Stabilität des Finanzsystems bei. Insbesondere:

- Fördert die IADI das Bewusstsein für gemeinsame Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung
- Gibt sie Empfehlungen für leistungsfähigere Einlagensicherungssysteme ab
- Erleichtert sie den Austausch von Fachwissen im Einlagensicherungsbereich mittels Schulungs-, Entwicklungs- und Weiterbildungsangeboten
- Berät sie bei der Einrichtung oder Verbesserung leistungsfähiger Einlagensicherungssysteme

Derzeit wirken 73 Institutionen (darunter 51 als Mitglieder) aus aller Welt in der IADI mit, u.a. eine Reihe von Zentralbanken, die sich für die Einrichtung oder den Betrieb leistungsfähiger Systeme der Einlagensicherung einsetzen wollen.

Eines der wichtigsten Ziele der IADI ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungssystemen durch die Erarbeitung von Grundsätzen und Praktiken. Im März 2008 veröffentlichte die IADI die *Core Principles for effective deposit insurance systems*, die Ländern bei der Einrichtung oder Umgestaltung von Einlagensicherungssystemen behilflich sein sollen. Die 21 Grundsätze basieren auf den Forschungs- und Empfehlungspapieren der IADI sowie den von der IADI verabschiedeten Empfehlungen ihrer Gründungsmitglieder und internationaler Organisationen. Außerdem stützte sich die IADI bei der Formulierung der Grundsätze weitgehend auf die Erfahrungen ihrer Mitglieder. Die Grundsätze sind so ausgelegt, dass sie an vielfältige nationale Gegebenheiten, Rahmenbedingungen und Strukturen angepasst werden können.

Auch in ihrem sechsten Tätigkeitsjahr bot die IADI wieder zahlreiche Foren für Einlagensicherungsinstitutionen und andere Teilnehmer des finanziellen Sicherheitsnetzes an. Höhepunkte waren:

- Die sechste Jahreskonferenz im Oktober 2007 in Kuala Lumpur zum Thema Einlagensicherung und Konsumentenschutz, an der 250 Vertreter von Einlagensicherungsinstitutionen und Entscheidungsträger aus 52 Ländern teilnahmen. Dabei wurden die wesentlichen Merkmale von Einleger-schutzsystemen aus aller Welt präsentiert
 - Ein Schulungsprogramm für Kadermitarbeiter im Juli 2007 in Washington mit Fallstudien zur Einrichtung von Einlagensicherungssystemen und Beiträgen zum Umgang mit Forderungen von Einlegern gegenüber insolventen Banken
 - Ein Symposium im Mai 2007 in Basel zu grenzüberschreitenden Themen
 - Eine überregionale Konferenz im Juni 2007 in Istanbul über die Rolle von Einlagensicherungssystemen bei der Stärkung der Finanzstabilität
- Regionale Aktivitäten in jüngerer Zeit waren Konferenzen, Seminare und Ausschusssitzungen in Istanbul, Prag, Washington D.C., Kuala Lumpur, San Salvador, Basel und auf Bali.

Das interaktive Web-Portal der IADI erleichtert die Forschung und stellt Informationen über Themen und Tätigkeit der Einlagensicherung für Mitglieder und Teilnehmer bereit.

IADI-Website: www.iadi.org

Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Forschungsarbeit

Die BIZ trägt nicht nur dadurch zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich bei, dass sie für die Sitzungen der Zentralbankvertreter Hintergrundmaterial liefert und für die Ausschüsse Sekretariats- und Analysedienstleistungen erbringt. Sie führt auch selbst Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die Finanzaufsicht von Interesse sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in die regelmäßigen Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht*, den *Quartalsbericht* und die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in Fach- und wissenschaftliche Publikationen ein. Ein Großteil der Forschungsarbeit wird auf der BIZ-Website (www.bis.org) veröffentlicht.

Entsprechend den Aufgaben der Bank konzentriert sich die Forschungsarbeit langfristig auf Fragen der Währungs- und Finanzstabilität. Einige Themenbeispiele aus dem vergangenen Jahr:

- Die Finanzmarkturbulenzen, ihre Ursachen und ihre Konsequenzen für die öffentlichen Entscheidungsträger
- Die Entwicklung am Interbankmarkt
- Systemorientierter Aufsichtsansatz für die Finanzstabilität und Koordination zwischen Geldpolitik und Aufsichtsregelungen

- Veränderungen des Finanzsystems und geldpolitischer Transmissionsmechanismus
- Transparenz und Kommunikation in der Geldpolitik
- Einsatz der makroökonomischen Modellierung (sog. DSGE-Modelle, d.h. dynamisch-stochastischer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle) im Rahmen der Geldpolitik
- Messung und Bewertung des Kreditrisikos
- Fristigkeitsstruktur von Zinssätzen, insbesondere Laufzeitprämien
- Trends im internationalen Bankgeschäft
- Methoden zur Verwaltung von Währungsreserven

Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit organisiert die BIZ auch Konferenzen und Workshops, bei denen in der Regel wichtige Entscheidungsträger, führende Wissenschaftler und Marktteilnehmer zusammenkommen. Im Juni 2007 befasste sich die Sechste BIZ-Jahreskonferenz mit den Wechselbeziehungen zwischen Finanzsystem und makroökonomischer Widerstandsfähigkeit.

Im zweiten Halbjahr 2007 organisierte die BIZ zudem zwei Treffen für Forscher von Zentralbanken, um den Entscheidungsfindungsprozess genauer unter die Lupe zu nehmen. Am ersten Treffen im September nahmen auch Wissenschaftler teil, und es wurde der Nutzen von DSGE-Modellen als geldpolitische Instrumente erörtert. Im Zentrum des zweiten Treffens im November, das teilweise auf einer Ad-hoc-Umfrage beruhte, stand die systematische Analyse einerseits der Vorbereitung statistischer und analytischer Grundlagen für geldpolitische Entscheidungen und andererseits der Kommunikation der getroffenen Entscheide.

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

Das Central Bank Governance Forum koordiniert die Beiträge der BIZ zur Verbesserung der Führungs- und Überwachungsmechanismen der Zentralbanken als staatliche Entscheidungsgremien. Das Governance Forum setzt sich aus der Central Bank Governance Group (bestehend aus den Präsidenten eines breit abgestützten und repräsentativen Kreises von Zentralbanken), dem Central Bank Governance Network (inzwischen fast 50 Zentralbanken und Währungsbehörden) und dem Sekretariat zusammen.

Die Arbeit erfolgt durch das Sammeln, Analysieren und Verbreiten von Informationen über verschiedene Ansätze zum Betrieb und zur Führung von Zentralbanken. Die behandelten Themen sind von ihrer Relevanz für Zentralbanken abhängig. Im vergangenen Jahr standen so unterschiedliche Fragen im Mittelpunkt wie die Kommunikation der Zentralbanken, die Funktionsweise ihrer Entscheidungs- und Überwachungsgremien, die vom Mitarbeiterstab erarbeiteten Grundlagen für geldpolitische Entscheidungen, die Organisation ihrer Funktion als Refinanzierungsinstitut der letzten Instanz sowie ihre Vergütungsgrundsätze und -politik. Außerdem wurde den Mitgliedern ein umfassender Bericht über die Organisation des Risikomanagements in Zentralbanken zur Verfügung gestellt. Derzeit werden aus den im Laufe der Jahre gewonnenen Informationen Schlüsselemente für die Gestaltung einer modernen Zentralbank zusammengestellt. Zudem wird für Zentralbanken ein

neues Informationssystem entwickelt mit einem erheblich leichteren Zugang zu vergleichenden Angaben über Organisation und Führungsstruktur von Zentralbanken.

Kooperation im Bereich Statistik

Aktuelle, zuverlässige und international vergleichbare Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken sind von zentraler Bedeutung für öffentliche Entscheidungsträger und Marktteilnehmer. Die BIZ verfolgt aufmerksam die laufenden Bemühungen um verbesserte Statistiken auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene, insbesondere im Bereich finanzieller Entwicklungen, und leistet dabei verschiedene Beiträge.

Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics

Bis Ende 2007 waren alle BIZ-Aktionärszentralbanken dem Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC) beigetreten. Das IFC ist ein Forum von Benutzern und Erstellern von Statistiken aus Zentralbank- und anderen Kreisen, um statistische Fragen im Zusammenhang mit Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstabilität zu erörtern. Vorsitzender des IFC ist Jan Smets, Direktor bei der Banque Nationale de Belgique.

Im August 2007 organisierte das IFC diverse Sitzungen anlässlich der 56. Konferenz des International Statistical Institute (ISI) in Lissabon. Themen waren u.a. die Verbuchung von Rentenverbindlichkeiten in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Kennzahlen für Bestands- und Stromgrößen in Finanzausweisen, Messgrößen für Umfang und Preis von Finanzdienstleistungen sowie Statistiken zu Portfolioinvestitionen. In Indien, Argentinien und Österreich organisierte das IFC außerdem in Zusammenarbeit mit der Zentralbank des jeweiligen Gastlandes und der betreffenden lokalen Zentralbankgruppe eine Reihe regionaler Workshops über den Umgang der Zentralbanken mit Umfragen. Im März 2008 führte das IFC beim IWF einen Workshop über Herausforderungen bei der Verbesserung der weltweiten Vergleichbarkeit von Wertpapierstatistiken durch.

Die Sitzungsprotokolle des IFC werden jeweils im *IFC Bulletin* und auf der BIZ-Website veröffentlicht. Das IFC lancierte auch eine Reihe von *Working Papers* mit Analysen sowohl von Experten der IFC-Mitgliedszentralbanken als auch von zentralbankexternen Fachleuten.

Internationale Finanzstatistiken

Im vergangenen Jahr nahmen 54 Zentralbanken an der siebten 3-jährlichen Zentralbankerhebung der BIZ über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten teil. Erfasst wurden der Tagesumsatz an den Devisen- und Derivatmärkten im April 2007 sowie die ausstehenden Nominalwerte und die Bruttomarktwerte von Derivatkontrakten per Ende Juni. Dank verbesserter Erfassungsmethoden wurden die abschließenden Ergebnisse im Dezember veröffentlicht, drei Monate früher als bei der Erhebung von 2004.

Die Entwicklungen, die aus den Quartalsdaten der BIZ zum grenzüberschreitenden Bankgeschäft und zu den internationalen Wertpapieremissionen

sowie aus den halbjährlichen Statistiken zum Geschäft an den außerbörslichen Derivatmärkten ersichtlich wurden, waren während der jüngsten Finanzmarkturbulenzen von besonderer Bedeutung. Eine wichtige Datenquelle sind die von der BIZ erhobenen Statistiken zu den internationalen Bankkredit- und Wertpapiermärkten auch für den Joint External Debt Hub (JEDH), der gemeinsam mit dem IWF, der OECD und der Weltbank eingerichtet wurde. Aus der Zusammenarbeit zwischen der BIZ und der International Union of Credit and Investment Insurers (sog. Berner Union), einem internationalen Zusammenschluss privater und staatlicher Exportkredit- und Investitionsversicherer, fließen seit Anfang 2008 neue Handelskreditdaten in den JEDH ein.

Im Januar 2008 nahmen 35 Zentralbanken an dem alle zwei Jahre stattfindenden BIZ-Treffen der Experten für internationale Finanzstatistiken teil, bei dem methodische und organisatorische Aspekte der verschiedenen von der BIZ unterstützten Datenerhebungen diskutiert wurden. Im vergangenen Jahr suchte die Bank auch die Zusammenarbeit mit den Zentralbanken der Länder, die in der inländischen Wertpapierstatistik der BIZ abgedeckt sind, um entsprechend den Vorschlägen des CGFS-Berichts *Financial stability and local currency bond markets* Verbesserungen zu erzielen.

BIZ-Datenbank

41 BIZ-Aktionärszentralbanken beteiligen sich an der BIZ-Datenbank, mittels derer regelmäßig nationale Daten ausgetauscht werden. Im letzten Jahr wurde das Online-System für den Zugang zur Datenbank erheblich verbessert. Der Erfassungsbereich der Datenbank wurde erweitert und deckt nun auch Daten zu Zahlungsverkehrssystemen (insbesondere die vom CPSS veröffentlichten Daten), zu Wohnimmobilienpreisen und zu den täglichen Geldmarktgeschäften der Zentralbanken ab.

Informationstechnologie im Bereich Statistik

Das Erheben, Zusammenstellen, Analysieren und Verbreiten von statistischen Daten ist aufwändig, nicht zuletzt mit Blick auf die Informationstechnologie (IT). Im Rahmen eines über mehrere Jahre verteilten Upgrades der bankeigenen IT-Anwendungen hat die BIZ eine neue Anwendung für die Verarbeitung ihrer Statistik über das internationale Bankgeschäft eingeführt. Außerdem wird geprüft, wie die der BIZ-Datenbank zugrundeliegende Anwendung optimiert und ihre anderen Datenbanken sowie die Anwendungen der Endbenutzer leichter integriert werden können. In einem weiteren Projekt schließlich soll die Verbreitung der Statistiken auf der BIZ-Website verbessert werden.

Die BIZ arbeitet eng mit den Zentralbanken zusammen, um optimale IT-Lösungen für den Austausch und die Verarbeitung statistischer Daten und Metadaten zu finden. Insbesondere unterstützt sie die Initiative für den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX), ein Projekt in Zusammenarbeit mit EZB, Eurostat, IWF, OECD, UNO und Weltbank. Im Februar 2008 anerkannte die Statistische Kommission der UNO, an der Delegationen von rund 130 Ländern und 40 internationalen Organisationen teilnahmen, SDMX als den bevorzugten Standard

für den Austausch von Daten und Metadaten und empfahl nationalen und internationalen Statistikgremien dessen Einführung.

Die SDMX-Produkte, die auf der SDMX-Website (www.sdmx.org) verfügbar sind, umfassen u.a.:

- Technische Standards, die von der internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO) genehmigt wurden
- Inhaltliche Richtlinien für den Austausch statistischer Daten und Metadaten
- Umsetzungsinstrumente, die von den Trägerorganisationen oder privaten Anbietern zur Verfügung gestellt werden

Auf der Website sind zudem Informationen zu SDMX-Entwicklungen bezüglich einer wachsenden Zahl statistischer Fachgebiete zu finden.

Ausschuss der EDV-Fachleute der G10-Zentralbanken

Der Ausschuss der EDV-Fachleute (Group of Computer Experts, GCE) bietet für eine Reihe wichtiger Zentralbanken zweimal jährlich ein Forum, um Erfahrungen in technischen und organisatorischen IT-Fragen auszutauschen. Außerdem trifft sich die Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen (Working Party on Security Issues, WPSI) halbjährlich, um Themen im Bereich IT-Sicherheit zu diskutieren.

Im Juni 2007 hielt der GCE seinen 3-jährlichen Workshop Central Bank Information Technology Exchange (CBITX) ab, mit der Monetary Authority of Singapore als Gastgeber. Ihm voraus ging ein regionaler Workshop, den die BIZ für die Mitglieder des GCE und IT-Verantwortliche ausgewählter regionaler Zentralbanken organisierte. In den Präsentationen und Diskussionsrunden wurden Informationen und Meinungen zu Aspekten wie Wissensmanagement, innerbetriebliche Verrechnung von IT-Dienstleistungen, Bereitstellen von Anwendungen in sehr großen Organisationen, IT-Risikomanagement, Eigenentwicklung oder Kauf von Anwendungen sowie Supportanforderungen für Systeme mit hoher Verfügbarkeit dargelegt und diskutiert.

Anlässlich ihres November-Treffens stimmten die GCE-Mitglieder der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu, um die Planung künftiger Sitzungen in Bezug auf Inhalt und Form zu verbessern. Es sollen gezielt Interessengruppen gebildet werden, um Themen von langfristiger Interesse abzudecken, die gemeinsam erarbeitet und in mehreren Sitzungen präsentiert werden können. Im März 2008 organisierten die WPSI, die für Sicherheit Verantwortlichen der G10-Zentralbanken und Sicherheitsexperten aus anderen wichtigen Zentralbanken einen gemeinsamen Workshop, um der immer stärkeren Verknüpfung von virtueller und physischer Sicherheit Rechnung zu tragen. Diskutiert wurde über Notfallplanung, Risikomanagement sowie Organisation und Strategie. Aufgrund des Erfolgs dieses Workshops prüfen die WPSI und die Sicherheitsverantwortlichen der G10-Zentralbanken weitere Kooperationsmöglichkeiten.

Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen

Die BIZ arbeitet vor allem deshalb mit regionalen Zentralbankgruppen zusammen, um ihre Forschungsergebnisse, strategischen Analysen und Statistiken denjenigen Zentralbanken zur Verfügung zu stellen, die nicht oder nur selten an ihren regelmäßigen Aktivitäten teilhaben. Beispiele dieser Zusammenarbeit im letzten Jahr sind:

- Zwei Seminare über Analysen und Berichte zur Finanzstabilität, das eine für Zentralbanken aus Mittel- und Osteuropa sowie aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beim Joint Vienna Institute, das andere für Zentralbanken und Währungsbehörden des Gulf Cooperation Council (GCC) in Riad, mit der Saudi Arabian Monetary Agency als Gastgeber. (Die BIZ unterstützte auch die South East Asian Central Banks SEACEN bei der Organisation eines Seminars zum selben Thema.)
- Vorlesungen im Rahmen des vom Centre Africain d'Études Supérieures en Gestion (CESAG) in Dakar angebotenen Master-Programms im Bank- und Finanzwesen

Im Frühjahr 2007 fand in Eriwan die Jahresversammlung der Group of Coordinators of Technical Cooperation and Training statt. Rund 50 Vertreter von 36 Organisationen waren eingeladen, um die jüngsten Entwicklungen bei der technischen Zusammenarbeit der beteiligten Zentralbanken und internationalen Finanzorganisationen zu diskutieren. Die Group of Coordinators of Technical Cooperation and Training unterstützte auch die Organisation einer Sitzung internationaler Ausbildungsanbieter, die im Herbst 2007 bei der BIZ stattfand. Vertreter von 30 nationalen und internationalen Instituten, die bedeutende internationale Schulungsprogramme für Zentralbanken anbieten, nahmen an der Sitzung teil. Diskutiert wurden Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme, organisatorische und praktische Aspekte sowie aktuelle und mögliche zukünftige Kooperationsbereiche.

Interne Revision

Die internen Revisoren der G10-Zentralbanken pflegen einen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch und erörtern neue Fragen und Herausforderungen. Ihre zentralen Diskussionsthemen stehen gewöhnlich im Zusammenhang mit den internationalen Revisionsstandards und den laufend nötigen Verbesserungen des Risikomanagements der Zentralbanken. Die Interne Revision der BIZ ist zweimal im Jahr Organisator und Gastgeber des Treffens der G10-Arbeitsgruppe für IT-Revisionsmethoden.

Im Juni 2007 nahm die BIZ an der 21. Jahrestagung der Leiter der internen Revision der G10-Zentralbanken teil, die von der Federal Reserve Bank of New York zu folgenden Themen organisiert wurde: Berichte über interne Revisionen an das oberste Verwaltungsorgan, kulturelle Aspekte und Rolle der internen Revision, Notfallplanung, Schlüsselindikatoren für Performance sowie Einsatz von Risikomodellen.

Für die Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum sowie in Lateinamerika und in der Karibik hat

die Interne Revision der BIZ Netzwerke für den Informationsaustausch geknüpft. Im Oktober 2007 organisierten die Interne Revision der BIZ und die BIZ-Repräsentanz Asien in der SVR Hongkong das fünfte BIZ-Treffen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken in der Region.

Finanzdienstleistungen der Bank

Art der Finanzdienstleistungen

Die BIZ bietet ein breites Spektrum von speziellen Finanzdienstleistungen an, die den Zentralbanken und anderen Währungsbehörden die Verwaltung ihrer Währungsreserven erleichtern sollen. Rund 130 solche Institutionen sowie mehrere internationale Organisationen nutzen diese Dienstleistungen.

Bei diesem Kreditgeschäft, das durch ein rigoroses internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Der Best Practice entsprechend werden das Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiko der Bank von einem separaten Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor – und letztlich dem Generaldirektor – untersteht. Die operationellen Risiken der Bank werden von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko überwacht.

Um den unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Zentralbanken gerecht zu werden, stellt die Bank eine in Bezug auf Währungen, Liquidität und Laufzeiten breit gefächerte Palette von Anlageprodukten bereit. Neben herkömmlichen Geldmarktanlagen wie Sicht- und Kündigungskonten sowie Termineinlagen bietet die Bank zwei Instrumente an, die direkt mit ihr gehandelt (gekauft und zurückverkauft) werden können: das festverzinsliche Fixed-Rate Investment der BIZ (FIXBIS) mit Laufzeiten von 1 Woche bis zu 1 Jahr und das Medium-Term Instrument (MTI) mit Laufzeiten zwischen 1 Jahr und 10 Jahren. Zum Standardangebot gehören außerdem eine Reihe von kündbaren MTI-Produkten sowie weitere Instrumente mit eingebetteten Optionen.

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die Bank auch Devisen- und Goldgeschäfte. Bisweilen gewährt die BIZ Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist. Sie nimmt ferner Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Zudem bietet die BIZ Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren oder erstklassigen Anlagen an. Dabei wird entweder zwischen der betreffenden Zentralbank und der BIZ ein individueller Portfolioauftrag ausgehandelt, oder Kunden können gemeinsam in eine offene Fondsstruktur – den BISIP („BIS Investment Pool“) – investieren. Die beiden Asian Bond Funds (ABF1 und ABF2) werden von der BIZ unter dem BISIP-Dach betreut. Das Vermögen des ABF1 wird von der BIZ verwaltet, das des ABF2 von einer Gruppe externer Fondsmanager.

Die Finanzdienstleistungen der BIZ werden von zwei miteinander verbundenen Handelsräumen aus erbracht: am Hauptsitz der Bank in Basel und in der Repräsentanz Asien in der SVR Hongkong.

Finanzgeschäfte 2007/08

Im Zusammenhang mit den Finanzmarkturbulenzen ab Sommer 2007 sah sich die Bank mit erhöhten Zuflüssen von Einlagegeldern konfrontiert, während gleichzeitig die enorm angespannten Marktbedingungen eine rentable Platzierung an den privaten Finanzmärkten zu vertretbaren Risiken schwierig machten. Die BIZ ergriff als Antwort darauf eine Reihe von Maßnahmen im Rahmen ihres Bankgeschäfts- und Risikomanagements.

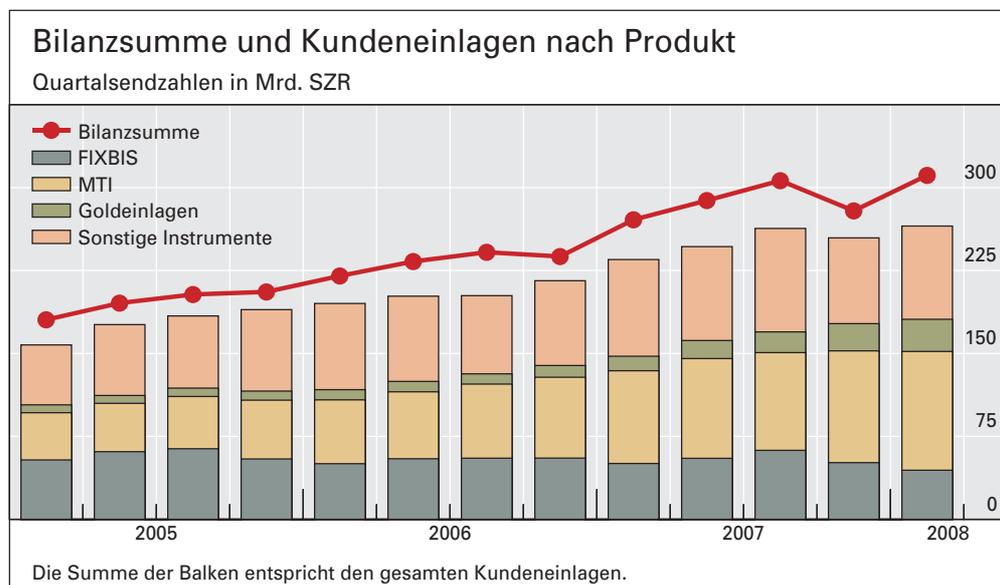
Unter anderem sollte der Zufluss von Einlagegeldern dadurch gebremst werden, dass die Renditen für die Kunden etwas weniger attraktiv gestaltet wurden. Aufgrund dieser und anderer Maßnahmen verlangsamte sich das Wachstum der Währungseinlagenbasis der Bank 2007/08 auf SZR 14,3 Mrd., nach einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von SZR 35,6 Mrd. in den beiden vorangegangenen Jahren. Der Anteil der bei der BIZ gehaltenen staatlichen Währungsreserven sank leicht von 6,2% im Vorjahr auf 5,8% 2007/08.

Das Wachstum der Bilanzsumme verlangsamte sich 2007/08 auf SZR 40,2 Mrd. (2006/07: SZR 50,8 Mrd.). Am 31. März 2008 belief sich die Bilanzsumme auf SZR 311,1 Mrd.

Passiva

Der Umfang der Bilanz der BIZ wird vor allem von den Kundeneinlagen bestimmt. Sie machen den Großteil der Passiva aus (Grafik). Am 31. März 2008 beliefen sich die Kundeneinlagen (ohne Repo-Geschäfte) auf insgesamt SZR 265,2 Mrd. (Vorjahr: SZR 234,9 Mrd.).

Rund 89% der Kundeneinlagen lauten auf Währungen; der Rest ist Gold. Die Währungseinlagen stiegen von SZR 221,8 Mrd. im Vorjahr auf SZR 236,1 Mrd. am 31. März 2008; sie machen rund 5,8% der gesamten Währungsreserven der Welt in Höhe von fast SZR 4,1 Bio. aus (31. März 2007: SZR 3,6 Bio.). 66% der Währungseinlagen entfielen auf US-Dollar, 20% auf Euro. Die Goldeinlagen beliefen sich Ende März 2008 auf SZR 29,1 Mrd., was einem Anstieg um SZR 16,0 Mrd. im Laufe des Geschäftsjahres entspricht.



Für das Wachstum der Währungseinlagen von Kunden waren hauptsächlich Zunahmen der Anlagen in Sicht- und Kündigungskonten sowie MTI um 64% bzw. 28% verantwortlich. Dieses Wachstum machte den Rückgang bei den Termineinlagen um 33% mehr als wett.

Die geografische Verteilung der Anlagen bei der BIZ ist relativ stabil geblieben; den größten Anteil halten afrikanische und europäische Kunden.

Aktiva

Die Aktiva der BIZ bestehen vorwiegend aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf sowie aus Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten, einschließlich Reverse-Repo-Geschäften. Ferner besaß die Bank per 31. März 2008 125 Tonnen Feingold, nachdem 25 Tonnen im Laufe des Geschäftsjahres veräußert worden waren. Das Kreditrisiko wird sehr konservativ gehandhabt; nahezu sämtliche Bestände der Bank hatten am 31. März 2008 ein Rating von A- oder höher (Punkt 3F des Abschnitts Risikomanagement im Jahresabschluss).

Die Bestände der Bank an Währungseinlagen und Wertpapieren, einschließlich Reverse Repos, betragen am 31. März 2008 SZR 266,6 Mrd. (Vorjahr: SZR 247,9 Mrd.). Die zusätzlichen Mittel wurden vorwiegend in mit Staatspapieren besicherten Reverse Repos, Schatzwechseln sowie Staatstiteln und anderen Wertpapieren angelegt. Terminguthaben und Kredite an Banken wurden verringert.

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 8 zum Jahresabschluss).

Aufgaben als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. *63. Jahresbericht* vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent teilte der Bank mit, dass das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) im Jahr 2007 Tilgungs- bzw. Zinszahlungen von rund € 4,7 Mio. für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden vom BADV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch das BADV (dargelegt im *50. Jahresbericht* vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Pfandhalterfunktionen

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Im

Geschäftsjahr 2007/08 bestanden solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Peru (67. Jahresbericht vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (68. Jahresbericht vom Juni 1998).

Institutionelles und Administratives

Verwaltung der Bank

3-jähriger Strategieplan

2007 arbeitete die Geschäftsleitung der Bank ihren ersten 3-jährigen Strategieplan aus, der die Geschäftsjahre bis März 2011 umfasst und im November 2007 vom Verwaltungsrat genehmigt wurde. Anhand des Strategieplans sollen die Schlüsselaktivitäten entsprechend dem Auftrag der Bank vertieft und ausgeweitet werden, und zwar indem:

- Die Anstrengungen der BIZ zur Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken verstärkt werden
- Der Dialog unter Zentralbanken und Finanzaufsichtsinstanzen zu Fragen der Finanzstabilität vertieft wird
- Die Bankdienstleistungen der BIZ für Zentralbanken erweitert werden

Budgetpolitik

Die Erstellung des Ausgabenbudgets der Bank für das kommende Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Geschäftsleitung die allgemeine Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen festlegt.

Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in der Erstellung eines Entwurfs für das Finanzbudget. Dieser muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Bei der Erstellung des Budgets wird zwischen Verwaltungskosten und Investitionsausgaben unterschieden. Wie bei vergleichbaren Organisationen entfallen rund 70% der Verwaltungskosten der Bank auf die Geschäftsleitungs- und Personalaufwendungen einschließlich Vergütungen, Renten sowie Kranken- und Unfallversicherung. Die Investitionsausgaben betreffen vor allem die Gebäude und die IT-Ausstattung; sie können von Jahr zu Jahr erheblich schwanken. Die Verwaltungskosten und die Investitionsausgaben der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2007/08 betrugen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 233,1 Mio. und lagen damit um 2,4% unter dem Budgetbetrag von CHF 238,8 Mio.;¹ die Investitionsausgaben beliefen sich auf CHF 24,0 Mio. und unterschritten das Budget um 0,7 Mio.

¹ Im Budget der Bank sind bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Jahresabschluss und Gewinnverwendung“).

In den Verwaltungskosten und Investitionsausgaben schlugen sich die Prioritäten des Budgets 2007/08 nieder, nämlich die Robustheit der Bankgeschäfte weiter zu stärken und die Finanzkontrolle der Bank zu verbessern, insbesondere:

- Stärkung der Rechnungslegung und des Controlling im Generalsekretariat sowie im Backoffice und in den Supportfunktionen der Bankabteilung. Dieses Projekt ergänzte die Verbesserungen, die in den letzten Jahren im Risikomanagement, in der internen Revision und in der Compliance der Bank vorgenommen wurden
- Planung besserer Vorkehrungen für die Fortführung der Geschäfte in einem Notfall, die im Geschäftsjahr 2008/09 an einem Standort in Europa, aber entfernt von Basel, umgesetzt werden soll

Zusätzlich zu diesen Zielen wurde die Arbeit an folgenden Initiativen fortgeführt, um den Bedürfnissen der Aktionärszentralbanken der BIZ gerecht zu werden:

- Ausbau der Dienstleistungen der BIZ zur Vertiefung der Beziehungen zu den Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum durch die Fortführung des 3-jährigen, strategisch orientierten Forschungsprogramms über Themen der Geldpolitik und des Finanzsektors in Asien, das im September 2006 begann
- Umsetzung der Ergebnisse der Tätigkeitsüberprüfung des Geschäftsjahres 2005/06, bei der mehrere Bereiche ausgemacht wurden, in denen Effizienzsteigerungen möglich sind. Die Umsetzung der Tätigkeitsüberprüfung hat bereits zu einer Verringerung der Verwaltungskosten in Basel geführt und wird dies in den nächsten Jahren weiter tun. Damit wird Spielraum für zusätzliche Ressourcen geschaffen, die für den Ausbau der Dienstleistungen für Zentralbanken benötigt werden
- Verbesserung der Gebäudesicherheit, Erneuerung der Sitzungseinrichtungen im Turm-Gebäude und Renovation der Sportclubräumlichkeiten

Vergütungspolitik

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. der erforderlichen Qualifikationen und Erfahrung sowie der Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft. Alle drei Jahre wird die Gehaltsstruktur umfassend überprüft, wobei die Gehälter der BIZ den Vergütungen in vergleichbaren Institutionen und Marktsegmenten gegenübergestellt werden. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um für hochqualifiziertes Personal attraktiv zu sein. Außerdem werden Besteuerungsunterschiede berücksichtigt. Die letzte Überprüfung der Gehaltsstruktur fand im zweiten Halbjahr 2007 statt. Per 1. Juli 2008 werden die Mittelwerte der Gehaltsbandbreiten der Bank an die erhobenen Marktbenchmarks angeglichen.

In den Jahren, in denen keine umfassende Überprüfung stattfindet, wird die Gehaltsstruktur der Teuerung in der Schweiz und dem gewichteten Durchschnitt der Reallohnerhöhungen in den G10-Ländern angepasst. Im Juli 2007

wurde die Gehaltsstruktur entsprechend um nominal 2,9% angehoben. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach ihrer Leistung.

Die Personalmitglieder haben über die BIZ Zugang zu einer beitragspflichtigen Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem Pensionssystem mit Leistungsprimat. Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Mitglieder der obersten Führungsebene), die für eine Stelle am BIZ-Hauptsitz rekrutiert wurden, haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Derzeit beträgt sie 14% des Jahresgehalts für unverheiratete Personalmitglieder und 18% für verheiratete, bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. Expatrierte Personalmitglieder haben außerdem Anspruch auf eine Ausbildungszulage für ihre Kinder, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.² Bei Anstellungen in den Repräsentanzen wird zwischen vom Hauptsitz entsandten Personalmitgliedern und direkt für die Stelle in der Repräsentanz rekrutierten Personalmitgliedern unterschieden. Die Anstellungsbedingungen der Ersteren werden gemäß der Politik der Bank für internationale Entsendungen festgelegt. Für Personalmitglieder, die direkt für eine Stelle in einer Repräsentanz rekrutiert werden, gelten Anstellungsbedingungen, die den Bedingungen am Arbeitsmarkt des Standorts der Repräsentanz entsprechen. Diese Personalmitglieder haben Zugang zur selben Kranken- und Unfallversicherung und zum selben Pensionssystem wie die für eine Stelle am BIZ-Hauptsitz rekrutierten Personalmitglieder.

Die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank werden regelmäßig den Vergütungen in vergleichbaren Institutionen und Marktsegmenten gegenübergestellt. Zusammen mit der Überprüfung der Gehaltsstruktur des übrigen BIZ-Personals fand die letzte Überprüfung dieser Gehälter im zweiten Halbjahr 2007 statt. Die Ergebnisse bestätigten die Angemessenheit der aktuellen Praxis, die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene jährlich der Teuerung in der Schweiz anzupassen.

Per 1. Juli 2007 entsprach für die nachstehenden Mitglieder der Geschäftsleitung die jährliche Vergütung vor Auslandszulagen der folgenden Gehaltsstruktur:

- Generaldirektor³ CHF 734 990
- Stellvertretender Generaldirektor CHF 621 910
- Abteilungsleiter CHF 565 380

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst. Per 1. April 2008 beträgt die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 992 760. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsratssitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 921 120.

² Bestimmte Personalmitglieder, die bereits vor 1997 bei der Bank angestellt waren, erhalten eine Auslandszulage von 25%, haben jedoch keinen Anspruch auf eine Ausbildungszulage.

³ Der Generaldirektor erhält zusätzlich zum Grundgehalt eine jährliche Repräsentationszulage und hat erhöhte Pensionsansprüche.

Jahresabschluss und Gewinnverwendung

Jahresabschluss

Hintergrund

Der Jahresabschluss der Bank für das 78. Geschäftsjahr, 2007/08, erfolgte vor dem Hintergrund der Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten, an denen die BIZ tätig ist. Die wichtigsten Entwicklungen waren eine deutliche Zunahme der Unsicherheit über die Bonität von Gegenparteien, eine Ausweitung der Kreditzinsspannen sowie eine beträchtliche Volatilität der Marktpreise. Unter diesen Umständen kam es zu einer „Flucht in die Qualität“. Dies hatte einen erheblichen Anstieg des Marktwerts von Staatspapieren und des Goldpreises zur Folge.

Angesichts heftig schwankender Marktpreise und höherer Einlagenzuflüsse infolge dieser Flucht in die Qualität sah sich die Bank einer doppelten Herausforderung gegenüber: Sie musste diese Zuflüsse etwas bremsen und gleichzeitig ihre Fremdmittel weiterhin rentabel, aber unter Beibehaltung eines konservativen Risikoprofils anlegen. Dementsprechend erhöhte das Management die Aufschläge unterhalb LIBOR für diejenigen Zinssätze, die die Bank für die wichtigsten Kategorien von Verbindlichkeiten zahlt, die sie ihren Zentralbankkunden anbietet. Die Erhöhung erfolgte in mehreren Schritten, wobei die Marktentwicklungen jedes Mal sorgfältig beurteilt wurden. Zugleich wurden Maßnahmen ergriffen, um die mit Geschäftsbanken als Gegenparteien eingegangenen Kreditrisiken zu mindern. Anlagen in Staatspapieren und die besicherte Kreditvergabe an den Bankensektor in Form von Reverse-Repo-Geschäften wurden dagegen ausgebaut. Hierdurch wurde das Einlagenwachstum im verbleibenden Geschäftsjahr gebremst und die grundlegende Rentabilität der Bank aufrechterhalten.

Schwerpunkte

Infolge dieser Entwicklungen:

- Weiteten sich die periodengerecht abgegrenzten Zinsmargen im Fremdmittelbestand der Bank aus
- Kam es zu unrealisierten Bewertungsverlusten aus den Anleihen der Kreditportfolios bei den Fremdmitteln der Bank, da sich die Renditenaufschläge gegenüber LIBOR erhöhten
- Ergaben sich ferner unrealisierte Bewertungsverluste durch den Anstieg des Fair Value der Verbindlichkeiten der Bank, da sich die Aufschläge auf die zu zahlenden Zinsen unterhalb LIBOR erhöhten
- Wurden mit der Anlage der Eigenmittel der Bank beträchtliche realisierte und unrealisierte Gewinne erzielt, da sowohl der Goldpreis als auch der Marktwert von Staatspapieren stiegen

Diese Faktoren führten zu:

- Einem Rückgang des Reingewinns (-12,0%) und des operativen Gewinns (-49,9%) der Bank gegenüber 2006/2007.⁴ Ohne die Einführung der Bewertung zum Geld- bzw. Briefkurs wäre der Reingewinn um 3,1% zurückgegangen, der operative Gewinn um 37,7%
- Einer Erhöhung des Eigenkapitals der Bank um SZR 1 011 Mio. im Geschäftsjahr 2007/08 (2006/07: SZR 552 Mio.)
- Einer deutlichen Erhöhung der Eigenkapitalrendite auf 9,1% für 2007/08 (2006/07: 5,8%)

Einzelheiten (s. auch Gewinn- und Verlustrechnung)

Der aufgelaufene Nettozinsertrag betrug im Geschäftsjahr 2007/08 SZR 973,4 Mio., was einem Anstieg von 57,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht (SZR 616,8 Mio.). Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die höheren periodengerecht abgegrenzten Zinsmargen infolge größerer Aufschläge auf LIBOR bei den risikogewichteten Aktiva der Bank zurückzuführen sowie auf die größeren Aufschläge unterhalb LIBOR für die auf die Verbindlichkeiten der Bank gezahlten Zinsen, die sich aufgrund der obenerwähnten Managementbeschlüsse ergaben.

Die Bewertungsänderungen ergaben im Geschäftsjahr 2007/08 netto einen Verlust von SZR 478,7 Mio. (2006/07: Gewinn von SZR 63,3 Mio.).⁵ Von diesem Verlust entfallen SZR 362,4 Mio. auf den unrealisierten Bewertungsverlust infolge der Ausweitung der Aufschläge gegenüber LIBOR, durch die sich der Fair Value der Anleihen in den Kreditportfolios der Bank verringerte. Dieser unrealisierte Verlust macht rund 1 Prozent des Werts dieser Portfolios aus (SZR 36 Mrd.). Die Kreditportfolios sind in erstklassigen Finanzinstrumenten angelegt. Da die Bank diese Anlagen in der Regel bis zur Fälligkeit hält, wird dieser unrealisierte Bewertungsverlust in der Zeit bis zur Fälligkeit, d.h. in den nächsten zwei bis drei Jahren, weitgehend wieder wettgemacht werden. Der restliche unrealisierte Bewertungsverlust (SZR 116,3 Mio.) ist dem Einfluss der Ausweitung der Aufschläge unterhalb LIBOR auf den Fair Value der Einlagenverbindlichkeiten der Bank zuzuschreiben, d.h. deren Fair Value erhöhte sich. Auch hier dürfte der Bewertungsverlust in den nächsten beiden Geschäftsjahren weitgehend wieder wettgemacht werden. Zusammengekommen werden diese beiden Arten unrealisierter Verluste, die 2007/08

⁴ Zum Teil ist der Rückgang des operativen Gewinns für 2007/08 auch auf die Einführung der Bewertung zum Geld- bzw. Briefkurs zurückzuführen. Diese Änderung entspricht allgemein anerkannter Rechnungslegungspraxis.

⁵ Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die seit 2003 gelten, werden alle Finanzinstrumente bei den Fremdmitteln zum Fair Value bewertet. Änderungen des Fair Value dieser Instrumente fließen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Für bestimmte Währungseinlageninstrumente tritt die Bank als Marktmacher auf und realisiert daher aus diesen Passiva Gewinne bzw. Verluste. Das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko wird insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden im Fremdmittel-Bankgeschäftsportfolio zusammengefasst. Unter normalen Marktbedingungen mit relativ stabilen Kreditzinsaufschlägen werden die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen auf der Passivseite durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den damit verbundenen Aktiva und Derivaten oder aus anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

eintraten, in den nächsten zweieinhalb Jahren eine starke positive Dynamik für den operativen Gewinn der Bank bewirken.

Im Geschäftsjahr 2007/08 wurde ein Nettodevisenverlust von SZR 9,5 Mio. verzeichnet. Dieser ist dem Einfluss der Aufwertung des Schweizer Francs gegenüber dem SZR auf die Nettoverbindlichkeiten der Bank in jener Währung zuzuschreiben. Im Geschäftsjahr 2006/07 war es zu einem kleinen Devisengewinn von SZR 0,9 Mio. gekommen.

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 26 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 154,5 Mio., 3,1% mehr als im Vorjahr (SZR 149,8 Mio.). Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betrugen SZR 141,9 Mio., 3,4% mehr als im Vorjahr (SZR 137,8 Mio.). Der Abschreibungsbedarf von SZR 12,6 Mio. lag leicht über dem entsprechenden Betrag für 2006/07.

Ohne Berücksichtigung der Änderung des Rechnungslegungsverfahrens (Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld- bzw. Briefkurs), d.h. zu gleichen Bewertungen wie in den vorangegangenen Geschäftsjahren, beläuft sich der operative Gewinn der Bank auf SZR 331,5 Mio. Dies entspricht einem Rückgang um 37,7% gegenüber dem Vorjahr (SZR 532,5 Mio.).

Durch die Einführung der Bewertung zum Geld- bzw. Briefkurs für alle Finanzinstrumente ergab sich eine Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung von SZR 75,0 Mio.; Grund dafür war in erster Linie die Ausweitung der Briefspannen der MTI-Verbindlichkeiten der Bank. Der entsprechende Vorjahreswert war eine Belastung von SZR 20,2 Mio. gewesen. Infolge dieser Änderung des Rechnungslegungsverfahrens werden die finanziellen Verbindlichkeiten der Bank zum Briefkurs bewertet, die finanziellen Vermögenswerte zum Geldkurs.

Unter Berücksichtigung der Rechnungslegungsänderung betrug der operative Gewinn der Bank SZR 256,5 Mio. Verglichen mit SZR 512,3 Mio. im Geschäftsjahr 2006/07 entspricht dies einem Rückgang von 49,9%.

Ein Nettoverlust von SZR 5,1 Mio. wurde im Geschäftsjahr mit der Veräußerung von Anlagepapieren verzeichnet. Dahinter standen eine Anpassung des Anlageportfolios der Bank an seine zugrundeliegende Benchmark und der Verkauf von Wertpapieren, die in einem Umfeld tieferer Zinsen erworben worden waren. Im Geschäftsjahr 2006/07 war mit der Veräußerung von Anlagepapieren ein Nettoverlust von SZR 27,0 Mio. erzielt worden.

Im Geschäftsjahr 2007/08 veräußerte die Bank 25 Tonnen ihrer eigenen Goldanlageaktiva (150 Tonnen am 31. März 2007) und realisierte damit einen Gewinn von SZR 293,3 Mio. Im Geschäftsjahr 2006/07 war mit der Veräußerung von 15 Tonnen eigenen Goldes zu den damaligen tieferen Goldpreisen ein kleinerer Gewinn, nämlich SZR 133,9 Mio., erzielt worden.

Infolge dieser Faktoren belief sich der Reingewinn für das 78. Geschäftsjahr, 2007/08, auf SZR 544,7 Mio., ein Rückgang von 12,0% gegenüber dem Reingewinn von SZR 619,2 Mio. im Vorjahr, der angesichts der obenbeschriebenen Änderung des Rechnungslegungsverfahrens neu berechnet wurde. Ohne die Einführung der Bewertung zum Geld- bzw. Briefkurs hätte der Reingewinn für 2007/08 SZR 619,7 Mio. betragen, 3,1% weniger als der entsprechende Vorjahresbetrag (SZR 639,4 Mio.).

Abgesehen von den in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Posten werden unrealisierte Gewinne und Verluste bei den Goldanlageaktiva

und den Anlagepapieren der Bank auf dem Goldbewertungskonto bzw. dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, die zum Eigenkapital der Bank gerechnet werden.

Das Wertpapierbewertungskonto erhöhte sich um SZR 352,5 Mio., aufgrund unrealisierter Gewinne bei den Anlagepapieren (+SZR 347,4 Mio.) sowie einer Übertragung von realisierten Verlusten (+SZR 5,1 Mio.) aus der Gewinn- und Verlustrechnung.

Das Goldbewertungskonto erhöhte sich ebenfalls, und zwar um SZR 252,8 Mio., da der steigende Goldpreis 2007/08 bei den eigenen Goldbeständen der Bank unrealisierte Gewinne in Höhe von SZR 546,1 Mio. bewirkte. Von diesem Zuwachs wurden SZR 293,3 Mio. in die Gewinn- und Verlustrechnung übertragen, da es sich um realisierte Gewinne aus der Veräußerung von eigenen Goldanlageaktiva handelte.

Unter Berücksichtigung dieser Gewinne betrug der Gesamtertrag der Bank⁶ SZR 1 150,0 Mio. Dies entsprach einer Rendite des durchschnittlichen Eigenkapitals (SZR 12 586 Mio.) von 9,1%. Im Geschäftsjahr 2006/07 hatte sich der Gesamtertrag auf SZR 684,8 Mio. belaufen, und die Rendite des durchschnittlichen Eigenkapitals (SZR 11 860 Mio.) hatte 5,8% betragen. Unter Anrechnung der Zahlung der Dividende für 2006/07 und der Einführung der Bewertung zum Geld- bzw. Briefkurs stieg das Eigenkapital der Bank um SZR 1 010,7 Mio. Im Vergleich dazu hatte das Wachstum im Geschäftsjahr 2006/07 SZR 552,4 Mio. betragen.

Vorgeschlagene Dividende

Während des Geschäftsjahres 2005/06 überprüfte der Verwaltungsrat die Dividendenpolitik der BIZ. Dabei berücksichtigte er den Eigenkapitalbedarf der Bank sowie das Anliegen der BIZ-Aktionäre, eine angemessene und tragfähige Rendite ihrer Anlagen in BIZ-Aktien zu erzielen. Der Verwaltungsrat kam zu dem Schluss, dass die Praxis, die Dividende jedes Jahr um SZR 10 anzuheben, nach wie vor insgesamt mit diesen Faktoren im Einklang steht. Daraus ergab sich eine Erhöhung der Dividende von SZR 235 je Aktie im Geschäftsjahr 2004/05 auf SZR 255 im Geschäftsjahr 2006/07. Der Verwaltungsrat beschloss außerdem, die Dividendenpolitik künftig alle zwei bis drei Jahre zu überprüfen und veränderte Umstände gegebenenfalls zu berücksichtigen. Die Überprüfung der Höhe der Dividende durch den Verwaltungsrat, die ursprünglich für 2007/08 vorgesehen war, wird im Geschäftsjahr 2008/09 stattfinden. Angesichts der weiter oben beschriebenen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2007/08 schlägt der Verwaltungsrat vor, die Dividende für 2007/08 erneut um SZR 10 auf SZR 265 je Aktie zu erhöhen.

⁶ Der Gesamtertrag wird im Jahresabschluss als „Erfasster Ertrag insgesamt“ in der Tabelle „Veränderungen des Eigenkapitals der Bank“ ausgewiesen.

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 544,7 Mio. für das Geschäftsjahr 2007/08 wie folgt zu verwenden:

1. SZR 144,7 Mio. zur Zahlung einer Dividende von SZR 265 je Aktie
2. SZR 40,0 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds⁷
3. SZR 6,0 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds
4. SZR 354,0 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden

Wird dies genehmigt, wird die Dividende am 3. Juli 2008 entsprechend den Weisungen der einzelnen Aktionäre in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken an die Aktionäre ausgezahlt, die am 31. März 2008 im Aktienregister der Bank eingetragen waren. Die vorgeschlagene Dividende von SZR 265 je Aktie für das Geschäftsjahr 2007/08 entspricht einem Anstieg von 3,9% gegenüber der Vorjahresdividende.

Die volle Dividende wird für 546 125 Aktien gezahlt. Insgesamt sind 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Am 31. März 2008 wurden davon 1 000 als eigene Aktien gehalten, nämlich die suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe. Auf diese eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

Verteilung des Rückgangs der statutarischen Reserven der Bank per 31. März 2007

Die Einführung der Bewertung der Finanzinstrumente der Bank zum Geld- bzw. Briefkurs hat die statutarischen Reserven der BIZ per 31. März 2007 um SZR 71,3 Mio. schrumpfen lassen, wovon SZR 20,2 Mio. auf das Geschäftsjahr 2006/07 und SZR 51,1 Mio. auf die Geschäftsjahre davor entfallen. Der Verwaltungsrat schlägt vor, den Freien Reservefonds um SZR 20,2 Mio. für 2006/07 und um SZR 51,1 Mio. für die Geschäftsjahre davor herabzusetzen.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

⁷ Der Allgemeine Reservefonds betrug am 31. März 2007 das Vierfache des eingezahlten Kapitals der Bank. Gemäß Artikel 51 der Statuten müssen 10% des Gewinns nach Zahlung der Dividende diesem Fonds zugewiesen werden, bis er das Fünffache des eingezahlten Kapitals erreicht hat.

Verwaltungsrat

Jean-Pierre Roth, Zürich
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Ben S. Bernanke, Washington
Mark Carney, Ottawa
Mario Draghi, Rom
Timothy F. Geithner, New York
Lord George, London
Stefan Ingves, Stockholm
Mervyn King, London
Jean-Pierre Landau, Paris
Christian Noyer, Paris
Guillermo Ortiz, Mexiko-Stadt
Guy Quaden, Brüssel
Fabrizio Saccomanni, Rom
Masaaki Shirakawa, Tokio
Jean-Claude Trichet, Frankfurt am Main
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Axel A. Weber, Frankfurt am Main
Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam
Zhou Xiaochuan, Beijing

Stellvertreter

Giovanni Carosio oder Ignazio Visco, Rom
Pierre Jaillet oder Michel Cardona, Paris
Donald L. Kohn oder D. Nathan Sheets, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Hermann Remsperger oder Wolfgang Mörke, Frankfurt am Main
Paul Tucker oder Paul Fisher, London

Verwaltungsratskomitees

Verwaltungskomitee, unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer
Revisionskomitee, unter dem Vorsitz von Christian Noyer
Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee,
unter dem Vorsitz von Stefan Ingves
Nominierungskomitee, unter dem Vorsitz von Jean-Pierre Roth

Oberste Führungsebene

Malcolm D. Knight	Generaldirektor
Hervé Hannoun	Stellvertretender Generaldirektor
Peter Dittus	Generalsekretär, Abteilungsleiter
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Günter Pleines	Leiter der Bankabteilung
Daniel Lefort	Direktor des Rechtsdienstes
Már Gudmundsson	Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Jim Etherington	Stellvertretender Generalsekretär
Louis de Montpellier	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung
Josef Tošovský	Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene

Mit Schreiben vom 20. Juli 2007 berief Christian Noyer, Gouverneur der Banque de France, Jean-Pierre Landau, Zweiter Stellvertretender Gouverneur der Banque de France, in den Verwaltungsrat für eine Amtsdauer von 3 Jahren vom 1. September 2007 bis 31. August 2010.

Am 31. Januar 2008 trat David Dodge, Gouverneur der Bank of Canada, in den Ruhestand und schied aus dem Verwaltungsrat aus. In seiner Sitzung vom März 2008 wählte der Verwaltungsrat Mark Carney, Nachfolger von David Dodge als Gouverneur der Bank of Canada, zum Mitglied des Verwaltungsrats für den Rest der Amtsdauer von David Dodge, d.h. bis zum 12. September 2009.

In derselben Sitzung wurde Stefan Ingves, Gouverneur der Sveriges Riksbank, für eine weitere Amtszeit von 3 Jahren bis zum 31. März 2011 als Verwaltungsratsmitglied wiedergewählt.

Am 19. März 2008 trat Toshihiko Fukui, Gouverneur der Bank of Japan, in den Ruhestand und schied aus dem Verwaltungsrat aus. In seiner Sitzung vom Mai 2008 wählte der Verwaltungsrat Masaaki Shirakawa, Nachfolger von Toshihiko Fukui als Gouverneur der Bank of Japan, zum Mitglied des

Verwaltungsrats für den Rest der Amtsdauer von Toshihiko Fukui, d.h. bis zum 12. September 2009.

Per Schreiben vom 4. April 2008 erneuerte Mervyn King, Gouverneur der Bank of England, das Mandat von Lord George als Mitglied des Verwaltungsrats für 3 Jahre bis zum 6. Mai 2011.

In seiner Sitzung vom Mai 2007 verlängerte der Verwaltungsrat die Anstellung von Malcolm D. Knight als Generaldirektor und Chief Executive Officer der Bank vom 31. März 2008, dem Ende des ursprünglichen 5-Jahres-Zeitraums, bis zum 30. Juni 2009.

In seiner Sitzung vom März 2008 ernannte der Verwaltungsrat Stephen G. Cecchetti zum Nachfolger von William R. White als Volkswirtschaftlicher Berater und Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung der Bank für einen Zeitraum von fünf Jahren ab 1. Juli 2008.

Mitgliedszentralbanken der BIZ⁸

Banque d'Algérie	Lietuvos Bankas (Litauen)
Banco Central de la República Argentina	Bank Negara Malaysia
Reserve Bank of Australia	Narodna Banka na Republika Makedonija
Banque Nationale de Belgique	Banco de México
Centralna banka Bosne i Hercegovine	De Nederlandsche Bank
Banco Central do Brasil	Reserve Bank of New Zealand
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
Banco Central de Chile	Oesterreichische Nationalbank
People's Bank of China	Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen)
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Natională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Monetary Authority of Singapore
Reserve Bank of India	Národná Banka Slovenska (Slowakei)
Bank Indonesia	Banka Slovenije (Slowenien)
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	Banco de España
Sedlabanki Islands	South African Reserve Bank (Südafrika)
Bank of Israel	Bank of Thailand
Banca d'Italia	Ceská národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Japan	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankası
Bank of Canada	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
Bank of Korea	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Bank of England
Latvijas Banka (Lettland)	

⁸ Gemäß Artikel 15 der Statuten können sich nur Zentralbanken am Kapital der Bank beteiligen. Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wird derzeit überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen vom Februar 2003 in die Union Serbien und Montenegro mit zwei getrennten Zentralbanken umgewandelt wurde und die Republik Montenegro im Mai 2006 ihre Unabhängigkeit von der Union erklärt hat.

Jahresabschluss

vom 31. März 2008

Der Jahresabschluss für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr auf den Seiten 220 bis 277 wurde am 5. Mai 2008 verabschiedet und wird der ordentlichen Generalversammlung am 30. Juni 2008 unterbreitet. Er wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat vorgegeben wurde, und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aktionäre bei der ordentlichen Generalversammlung.

Der Jahresabschluss einschließlich der dazugehörigen Anmerkungen wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Jean-Pierre Roth
Vorsitzender

Malcolm D. Knight
Generaldirektor

Bilanz

vom 31. März 2008

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2008	2007 neu berechnet
Aktiva			
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	4	36,8	92,4
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	5	31 537,7	15 457,6
Schatzwechsel	6	50 736,9	43 159,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	6	91 884,6	61 189,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	7	62 095,9	91 233,8
Staats- und andere Wertpapiere	6	61 918,5	52 244,0
Derivative Finanzinstrumente	8	7 426,4	1 850,8
Kurzfristige Forderungen	9	5 311,8	5 473,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	10	190,4	188,0
Aktiva insgesamt		311 139,0	270 889,3
Passiva			
Währungseinlagen	11	236 120,9	221 798,7
Goldeinlagen	12	29 101,4	13 134,9
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	13	1 894,1	1 062,5
Derivative Finanzinstrumente	8	6 227,7	2 843,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	14	24 365,4	19 584,1
Sonstige Verbindlichkeiten	15	326,5	373,8
Passiva insgesamt		298 036,0	258 797,0
Eigenkapital			
Aktienkapital	16	683,9	683,9
Statutarische Reserven	17	9 967,3	9 487,4
Gewinn- und Verlustrechnung		544,7	619,2
Abzüglich: Eigene Aktien	18	(1,7)	(1,7)
Sonstige Eigenkapitalposten	19	1 908,8	1 303,5
Eigenkapital insgesamt		13 103,0	12 092,3
Passiva und Eigenkapital insgesamt		311 139,0	270 889,3

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2008	2007 neu berechnet
Zinsertrag	21	11 181,2	8 858,0
Zinsaufwand	22	(10 207,8)	(8 241,2)
Nettozinsertrag		973,4	616,8
Bewertungsänderungen netto vor Einführung der Bewertung zum Geld-/Briefkurs	23	(478,7)	63,3
Nettozins- und -bewertungsertrag		494,7	680,1
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	24	0,8	1,3
Nettodevisengewinn/(-verlust)	25	(9,5)	0,9
Geschäftsertrag insgesamt		486,0	682,3
Geschäftsaufwand	26	(154,5)	(149,8)
Operativer Gewinn vor Änderung des Rechnungslegungsverfahrens		331,5	532,5
Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld-/Briefkurs	23	(75,0)	(20,2)
Operativer Gewinn		256,5	512,3
Nettoverlust aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	27	(5,1)	(27,0)
Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva	28	293,3	133,9
Reingewinn für das Geschäftsjahr		544,7	619,2
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	29	997,4	1 133,8

Mittelflussrechnung

für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2008	2007 neu berechnet
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit			
Eingegangene Zins- und ähnliche Erträge		11 665,4	8 260,0
Gezahlter Zins- und ähnlicher Aufwand		(10 118,3)	(7 824,7)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen		0,8	1,3
Ertrag aus dem Devisengeschäft		4,5	6,7
Gezahlter Geschäftsaufwand		(141,9)	(138,1)
Nicht zahlungswirksame Positionen im operativen Gewinn			
Bewertungsänderungen der operativen Aktiva und Passiva		(553,7)	43,1
Veränderung des Nettodevisenverlusts		(14,0)	(5,8)
Veränderung von Abgrenzungen und Amortisation		(573,7)	181,8
Veränderung der operativen Aktiva und Passiva			
Ergebniswirksame Währungseinlagen (Passiva)		(1 445,5)	36 228,9
Bankgeschäftsaktiva in Währungen		(13 174,8)	(39 233,1)
Sicht- und Kündigungseinlagekonten (Passiva)		15 966,5	2 106,3
Goldeinlagen (Passiva)		15 842,8	3 899,3
Gold und Goldeinlagen – Bankgeschäftsaktiva		(15 961,7)	(4 063,0)
Kurzfristige Forderungen		13,4	(15,8)
Sonstige Passiva/kurzfristige Verbindlichkeiten		(46,9)	205,6
Derivative Finanzinstrumente netto		(2 190,9)	254,1
Nettomittelfluss eingesetzt in der operativen Tätigkeit		(728,0)	(93,4)
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der Anlagetätigkeit			
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Anlageaktiva in Währungen	6B	(1 479,4)	105,5
Nettoveränderung der ergebniswirksamen Anlageaktiva in Währungen		(9,3)	(548,9)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere		831,6	(159,9)
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva	5B	245,0	208,4
Nettokäufe von Grundstücken, Gebäuden und Geschäftsausstattung	10	(15,0)	(11,6)
Nettomittelfluss eingesetzt in der Anlagetätigkeit		(427,1)	(406,5)

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2008	2007 neu berechnet
Mittelfluss eingesetzt in der Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividenden		(139,3)	(132,4)
Im Jahr 2001 zurückgenommene Aktien – Zahlungen an ehemalige Aktionäre		(0,5)	(1,3)
Nettomittelfluss eingesetzt in der Finanzierungstätigkeit		(139,8)	(133,7)
Nettomittelfluss insgesamt			
		(1 294,9)	(633,6)
Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		101,0	(85,8)
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		(1 395,9)	(547,8)
Nettoabnahme der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		(1 294,9)	(633,6)
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres	30	2 231,0	2 864,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres	30	936,1	2 231,0

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	Aktien- kapital	Statuta- rische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigen- kapital- posten	Eigen- kapital insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2006							
– wie zuvor ausgewiesen		683,9	9 071,7	599,2	(1,7)	1 237,9	11 591,0
Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld-/Briefkurs – vorgeschlagene Zuweisung aus den Reserven	3	–	(51,1)	–	–	–	(51,1)
Eigenkapital am 31. März 2006							
– neu berechnet		683,9	9 020,6	599,2	(1,7)	1 237,9	11 539,9
Ertrag							
Reingewinn 2006/07		–	–	639,4	–	–	639,4
Änderung des Rechnungslegungsverfahrens: Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld-/Briefkurs	3	–	–	(20,2)	–	–	(20,2)
Reingewinn 2006/07 – neu berechnet		–	–	619,2	–	–	619,2
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	19B	–	–	–	–	41,8	41,8
Bewertungsänderungen bei zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren netto	19A	–	–	–	–	23,8	23,8
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	619,2	–	65,6	684,8
Zahlung der Dividende 2005/06		–	–	(132,4)	–	–	(132,4)
Verwendung des Gewinns 2005/06		–	466,8	(466,8)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2007							
– neu berechnet		683,9	9 487,4	619,2	(1,7)	1 303,5	12 092,3

Mio. SZR	Anmerkung	Aktien- kapital	Statuta- rische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigen- kapital- posten	Eigen- kapital insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2007 – neu berechnet							
		683,9	9 487,4	619,2	(1,7)	1 303,5	12 092,3
Ertrag							
Reingewinn 2007/08		–	–	544,7	–	–	544,7
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	19B	–	–	–	–	252,8	252,8
Bewertungsänderungen bei zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren netto	19A	–	–	–	–	352,5	352,5
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	544,7	–	605,3	1 150,0
Zahlung der Dividende 2006/07		–	–	(139,3)	–	–	(139,3)
Verwendung des Gewinns 2006/07		–	500,1	(500,1)	–	–	–
Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld-/Briefkurs – vorgeschlagene Zuweisung aus den Reserven	3	–	(20,2)	20,2	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2008 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung							
		683,9	9 967,3	544,7	(1,7)	1 908,8	13 103,0
Vorgeschlagene Dividende		–	–	(144,7)	–	–	(144,7)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		–	400,0	(400,0)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2008 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung							
		683,9	10 367,3	–	(1,7)	1 908,8	12 958,3

Per 31. März 2008 sind in den statutarischen Reserven Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten (31. März 2007: SZR 811,7 Mio.).

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2008
Reingewinn für das Geschäftsjahr		544,7
Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds	17	–
Vorgeschlagene Dividende		
SZR 265 je Aktie für 546 125 Aktien		(144,7)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		
Allgemeiner Reservefonds	17	(40,0)
Besonderer Dividenden-Reservefonds	17	(6,0)
Freier Reservefonds	17	(354,0)
Saldo nach Zuweisungen an die Reserven		–

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2008				Statuta- rische Reserven insgesamt
		Gesetz- licher Reserve- fonds	Allge- meiner Reserve- fonds	Besonderer Dividenden- Reserve- fonds	Freier Reserve- fonds	
Stand am 31. März 2007		68,3	2 959,8	142,0	6 368,4	9 538,5
Verwendung des Gewinns 2006/07	17	–	50,0	6,0	444,1	500,1
Änderung des Rechnungslegungsverfahrens: Auswirkung der Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld-/Briefkurs – vorgeschlagene Herabsetzung der Reserven für:						
– Geschäftsjahre vor 2006/07	3	–	–	–	(51,1)	(51,1)
– 2006/07	3	–	–	–	(20,2)	(20,2)
Stand am 31. März 2008 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 009,8	148,0	6 741,2	9 967,3
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven	17	–	40,0	6,0	354,0	400,0
Stand am 31. März 2008 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 049,8	154,0	7 095,2	10 367,3

Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgend dargelegten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gelten, wenn nicht anders angegeben, für beide dargestellten Geschäftsjahre.

1. Umfang des Jahresabschlusses

Dieser Jahresabschluss enthält sämtliche Aktiva und Passiva, die von der Bank kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten bei der Bank liegen.

Aktiva und Passiva, die auf den Namen der Bank lauten, aber von ihr nicht kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten nicht bei ihr liegen, sind in diesem Jahresabschluss nicht enthalten. Angaben zu außerbilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten finden sich in Anmerkung 33.

2. Funktional- und Darstellungswährung

Die Funktional- und Darstellungswährung der Bank ist das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, wie sie vom Exekutivrat des IWF am 30. Dezember 2005 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2006 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,632, EUR 0,410, JPY 18,4 und GBP 0,0903. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre, das nächste Mal im Dezember 2010.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

3. Währungsumrechnung

Monetäre Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Bilanzstichtags in SZR umgerechnet. Andere Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Transaktionstags in SZR umgerechnet. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von monetären Aktiva und Passiva sowie infolge der Abwicklung von Transaktionen werden als Nettodevisengewinne bzw. -verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

4. Klassifizierung von Finanzinstrumenten

Jedes Finanzinstrument wird, wenn es zum ersten Mal ausgewiesen wird, einer der folgenden Kategorien zugeordnet:

- Kredite und Forderungen
- Ergebniswirksame finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die Zuordnung hängt von Art und Zweck des Finanzinstruments ab, wie in Punkt 5 unten beschrieben.

Die jeweilige Klassifizierung des Finanzinstruments bestimmt die Bilanzierungsart, wie nachstehend beschrieben. Bei Finanzinstrumenten, die als „ergebniswirksam“ klassifiziert werden, ändert die Bank diese Zuordnung später nicht mehr.

5. Struktur der Aktiva und Passiva

Aktiva und Passiva sind in zwei Portfoliogruppen organisiert:

A. Bankgeschäftsportfolios

Diese umfassen Währungs- und Goldeinlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsaktiva und Derivate.

Die Bank tätigt im Auftrag ihrer Kunden Bankgeschäfte in Devisen und Gold. In diesen Geschäften geht die Bank ein begrenztes Goldpreis-, Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiko ein.

Die Bank klassifiziert alle Finanzinstrumente in Währungen in den Bankgeschäftsportfolios (außer Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken, Kündigungskonten sowie Sicht- und Kündigungseinlagekonten auf der Passivseite) als „ergebniswirksam“. Die Verwendung von Fair Values in den Währungsbankgeschäftsportfolios wird in Punkt 9 unten beschrieben.

Alle finanziellen Vermögenswerte in Gold in diesen Portfolios werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert, alle finanziellen Verbindlichkeiten in Gold als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten.

B. Anlageportfolios

Diese umfassen Aktiva, Passiva und Derivate, die vorwiegend mit als Eigenkapital definierten Anlagen zusammenhängen.

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet.

Die betreffenden Währungsaktiva (außer Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten) werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert. Damit verbundene mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere werden als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Darüber hinaus hält die Bank einen Teil ihres Eigenkapitals in aktiver verwalteten Portfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände, und sie werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Rest ihres Eigenkapitals wird in Gold gehalten. Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

6. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich etwaiger aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

7. Kündigungskonten

Kündigungskonten sind kurzfristige monetäre Aktiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Terminguthaben und Kredite an Banken“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ verbucht.

8. Sicht- und Kündigungseinlagekonten (Passiva)

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind kurzfristige monetäre Passiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsaufwand“ verbucht.

9. Verwendung von Fair Values in den Bankgeschäftsportfolios in Währungen

In ihren Bankgeschäften mit Währungen tritt die Bank für bestimmte Währungseinlageninstrumente als Marktmacher auf. Aus diesem Grund realisiert sie aus diesen Passiva Gewinne oder Verluste.

Entsprechend den Risikomanagementgrundsätzen der Bank wird das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden in den Währungsbankgeschäftsportfolios zusammengefasst. Die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen auf der Passivseite werden somit weitgehend durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den damit verbundenen Währungsaktiva und Derivaten oder aus anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

Um die Bilanzierungsunstimmigkeiten zu vermindern, die entstehen würden, wenn realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste auf unterschiedlicher Basis ausgewiesen würden, klassifiziert die Bank die einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate in den Währungsbankgeschäftsportfolios als ergebniswirksame Instrumente.

10. Ergebniswirksame Währungseinlagen (Passiva)

Wie oben beschrieben werden alle Währungseinlagen auf der Passivseite mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungseinlagen werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden zahlbaren Zinsen und die Amortisierung der erhaltenen Aufschläge und gezahlten Abschläge werden unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungseinlagen neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

11. Ergebniswirksame Währungsaktiva

Die Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsbankgeschäftsportfolios als „ergebniswirksam“. Darüber hinaus hält die Bank bestimmte aktiv verwaltete Anlageportfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände, und sie werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

12. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Die Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsanlageportfolios als „zur Veräußerung verfügbar“, mit Ausnahme der Aktiva, die in den aktiver verwalteten Anlageportfolios der Bank gehalten werden.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet; unrealisierte Gewinne bzw. Verluste werden auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Bei der Veräußerung realisierte Gewinne werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettoverlust aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren“ verbucht.

13. Short-Positionen in Währungsaktiva

Short-Positionen in Währungsaktiva sind im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auf Basis des Handelsdatums zum Marktwert enthalten.

14. Gold

„Gold“ sind Goldbarren, die auf Sichtkonten gehalten oder bei Depotbanken verwahrt werden. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Gold ist zum Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet). Käufe und Verkäufe von Gold werden auf Basis des Abwicklungsdatums bilanziert. Terminkäufe und -verkäufe von Gold werden bis zum Abwicklungsdatum als Derivate behandelt.

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

15. Goldeinlagen (Aktiva)

Goldeinlagen auf der Aktivseite umfassen befristete Golddarlehen an Geschäftsbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Diese Goldeinlagen werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Zinsen auf Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

16. Goldeinlagen (Passiva)

Goldeinlagen auf der Passivseite umfassen Gold-Sicht- und Termineinlagen von Zentralbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Diese Goldeinlagen werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Zinsen auf Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsaufwand“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

17. Realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften hängt von ihrer Klassifizierung ab:

A. Bankgeschäftsportfolios mit Goldeinlagen auf der Passivseite und damit verbundenen Gold-Bankgeschäftsaktiva

In den Bankgeschäftsportfolios werden die Goldeinlagen auf der Aktivseite als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert, die Goldeinlagen auf der Passivseite als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten. Die Goldderivate in den Portfolios werden als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Nettogewinn bzw. -verlust aus diesen Goldtransaktionen wird unter „Nettodevisengewinn/(-verlust)“ in der Gewinn- und Verlustrechnung als Nettotransaktionsgewinn/(-verlust) verbucht.

Der Nettogewinn bzw. -verlust aus der erneuten Umrechnung der Goldnettoposition in den Bankgeschäftsportfolios wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettodevisengewinn/(-verlust)“ als Nettoumrechnungsgewinn/(-verlust) verbucht.

B. Anlageportfolios mit Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert und verbucht.

Unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldanlageaktiva der Bank gegenüber der neu als Einstandswert erachteten Basis werden auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Gewinne bzw. Verluste, die bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva realisiert werden, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva“ verbucht.

18. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Soweit diese Passiva mit der Verwaltung von ergebniswirksamen Währungsaktiva zusammenhängen, werden sie als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert. Sind sie mit zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva verbunden, werden sie als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen werden unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die als „ergebniswirksam“ klassifizierten Instrumente neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne bzw. Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ verbucht.

19. Derivate

Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Derivate neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Derivate werden bei für die Bank positivem Fair Value des Kontrakts auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Fair Value auf der Passivseite ausgewiesen.

Wenn ein Derivat in einem anderen Kontrakt eingebettet ist, der nicht als „ergebniswirksam“ klassifiziert ist, wird es für die Rechnungslegung vom Basiskontrakt abgetrennt und als eigenständiges Derivat wie oben beschrieben behandelt.

20. Bewertungsgrundsätze

Die Bewertungsgrundsätze der Bank sind vom Verwaltungsrat gebilligt worden. In diesen Grundsätzen definiert die Bank, wie Finanzinstrumente klassifiziert werden; daraus ergibt sich jeweils die Bewertungsgrundlage und die Bilanzierungsart. Die Grundsätze werden durch detaillierte Bewertungsverfahren ergänzt.

Die meisten Finanzinstrumente in der Bilanz werden zum Fair Value bilanziert. Die Bank definiert den Fair Value eines Finanzinstruments als den Betrag, zu dem wohlinformierte, abschlusswillige Parteien das Instrument zu marktüblichen Bedingungen übernehmen würden.

Die Verwendung von Fair Values stellt sicher, dass die dem Verwaltungsrat und den Aktionären vorgelegten Geschäftsberichte ein getreues Bild der Führung der Bankgeschäfte geben und den im Rahmen des Risikomanagements ermittelten und der Geschäftsleitung gemeldeten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen.

Die Bank erachtet die veröffentlichten Preisnotierungen an aktiven Märkten als die besten Näherungswerte zum Fair Value. Wo keine solchen Preisnotierungen existieren, bestimmt die Bank den Fair Value mithilfe einer für das betreffende Finanzinstrument geeigneten Bewertungsmethode. Beispielsweise kann der Marktpreis von kürzlich

abgeschlossenen Geschäften in ähnlichen Instrumenten genommen werden, oder es können Finanzmodelle eingesetzt werden. Wenn die Bank Modelle verwendet, ist sie bestrebt, so weit möglich und sinnvoll messbare Markt-Inputdaten zu verwenden (z.B. Zinssätze oder Volatilität). Sie stützt sich so wenig wie möglich auf eigene Schätzungen. Solche Bewertungsmodelle umfassen Analysen der abgezinsten Barmittelströme oder Optionspreismodelle.

Wenn zur Bestimmung des Fair Value Bewertungsmethoden eingesetzt werden, dann werden die entsprechenden Modelle und die wichtigsten Inputs regelmäßig von qualifizierten, von der Bankabteilung unabhängigen Mitarbeitern überprüft.

Die Bank verfügt über eine unabhängige Preiskontroll-einheit, die die Bewertung von Finanzinstrumenten regelmäßig überprüft. Weitere Bewertungskontrollen sind die Überprüfung und Analyse von Tagesgewinnen und -verlusten.

Die Bank bewertet ihre Aktiva zum Geldkurs und ihre Passiva zum Briefkurs. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value bewertet werden, werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

21. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zunächst zum Fair Value erfasst und danach zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

22. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank werden kapitalisiert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: bis 4 Jahre

Sonstige Sachanlagen: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung jährlich auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Aktivums höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben.

23. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann. Die Höhe zu bildender Rückstellungen wird anhand von bestmöglichen Schätzungen und von Annahmen festgelegt.

24. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen: ein Pensions-system für das Personal, einen Pensionsplan für die Verwaltungs-ratsmitglieder und eine Kranken- und Unfallver-sicherung für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Alle Einrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktu-aren neu bewertet.

A. Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezo-genen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System ange-schlossen sind. Die Bank trägt die letztlich Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

Die Verbindlichkeit aus dem Pensionssystem des Personals basiert auf dem Barwert der nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, abzüglich des Fair Value des Fondsvermögens zum Bilanzstichtag sowie bereinigt um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand. Der Umfang dieser Verpflichtung nach Leistungsprimat wird mithilfe der Anwartschaftsbarwert-methode berechnet. Der Barwert dieser Verpflichtung wird anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse ermittelt. Die Mittelflüsse werden zu einem Satz abgezinst, den die Bank anhand der Markttrenditen von Schweizer-Franken-Unternehmensanleihen mit hohem Rating und mit ähnlichen Restlaufzeiten wie die entsprechende Verbind-lichkeit bestimmt.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstzeitaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der Verpflichtung nach Leistungsprimat. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs entsprechend dem nachstehend beschriebenen „Korridor“-Konzept während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechende Verbindlichkeit ist im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten.

B. Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank unterhält für die Verwaltungsratsmitglieder einen Pensionsplan mit Leistungsprimat ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Verpflichtung nach Leistungsprimat und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf den Pensionsplan des Verwaltungsrats sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

C. Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand

Die Bank unterhält für ihre Personalmitglieder im Ruhestand ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Leistungsverpflichtung und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf das Kranken- und Unfallversicherungssystem sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

D. „Korridor“-Konzept

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen durch Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs. Wenn die kumulierten nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste die Leistungsverpflichtung oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) um mehr als 10% überschreiten, wird die über den Korridor von 10% hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder amortisiert.

25. Mittelflussrechnung

Die Mittelflussrechnung der Bank wird mithilfe einer indirekten Methode erstellt. Sie beruht auf den Bewegungen in der Bilanz der Bank, bereinigt um Veränderungen bei den Finanzgeschäften vor Abwicklung.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten; Letztere sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben.

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die entsprechend dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihrem Grundgesetz und ihren Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 55 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Dem Verwaltungsrat der Bank gehören die Präsidenten der Gründerzentralbanken der BIZ an, d.h. derjenigen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den USA und dem Vereinigten Königreich, die ihrerseits je ein weiteres Verwaltungsratsmitglied berufen, die Präsidenten der Zentralbanken von China, Japan, Kanada, Mexiko, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz sowie der Präsident der Europäischen Zentralbank.

2. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Geschäftsleitung der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, ihr fachkundiges Urteil und eigene Annahmen.

Zu den Annahmen gehören zukunftsgerichtete Schätzungen, z.B. bei der Bewertung von Aktiva und Passiva sowie bei der Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen, Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten.

Ein fachkundiges Urteil ist sowohl bei der Festlegung als auch bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze der Bank erforderlich. Wie diese Beurteilungen bei der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzt werden, ist für die Erstellung dieses Jahresabschlusses von wesentlicher Bedeutung.

Die späteren tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Schätzungen abweichen.

Fachkundiges Urteil als wesentlicher Faktor bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Für bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Sie werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Änderungen der Annahmen zu diesen Parametern können den ausgewiesenen Fair Value erheblich beeinflussen. Wie sich eine Veränderung der Spreadannahmen um 1 Basispunkt auf die Bewertung auswirkt, zeigt die nachstehende Tabelle.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	0,5	0,4
Terminguthaben und Kredite an Banken	6,2	4,8
Staats- und andere Wertpapiere	9,9	9,3
Währungseinlagen	30,0	23,3
Derivative Finanzinstrumente	16,2	11,1

3. Auswirkung der Änderung des Rechnungslegungsverfahrens

Im Geschäftsjahr 2007/08 änderte die Bank ihre Bewertungsmethode für Finanzinstrumente. Alle finanziellen Vermögenswerte werden nun zum Geldkurs bewertet und alle finanziellen Verbindlichkeiten zum Briefkurs. Nach Ansicht der Bank spiegelt diese Änderung der Bewertungsmethode den Fair Value ihrer Finanzinstrumente besser wider und entspricht den jüngsten Entwicklungen der weltweiten Rechnungslegungspraxis. Die Tabelle zeigt die bisherige und die neue Bewertungskonvention:

	Bisherige Bewertungskonvention	Neue Bewertungskonvention
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	Aktueller Wiederbeschaffungswert (Briefkurs)	Geldkurs
Terminguthaben und Kredite an Banken	Aktueller Wiederbeschaffungswert (Briefkurs)	Geldkurs
Währungseinlagen	Mittelkurs	Briefkurs
Derivative Finanzinstrumente	Mittelkurs	Basis Geld-/Briefkurs

Die Änderung der Bewertungsmethode wirkt sich auf die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, das Eigenkapital und die Mittelflussrechnung der Bank aus:

Für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Vor Änderung der Bewertungsmethode	Auswirkung der Änderung	Im Jahresabschluss ausgewiesen
Bilanz			
Aktiva			
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	91 889,4	(4,8)	91 884,6
Terminguthaben und Kredite an Banken	62 137,8	(41,9)	62 095,9
Auswirkung auf Aktiva insgesamt		(46,7)	
Passiva			
Währungseinlagen	236 054,2	66,7	236 120,9
Derivative Finanzinstrumente	6 194,6	32,9	6 227,7
Auswirkung auf Passiva insgesamt		99,6	
Eigenkapital			
Operativer Gewinn 2007/08	331,5	(75,0)	256,5
Statutarische Reserven (Vorjahresgewinn)	10 038,6	(71,3)	9 967,3
Auswirkung auf Eigenkapital insgesamt		(146,3)	
Mittelflussrechnung			
Bewertungsänderungen der operativen Aktiva und Passiva	(478,7)	(75,0)	(553,7)
Nettoveränderung der Währungseinlagen auf der Passivseite	(1 503,5)	58,0	(1 445,5)
Nettoveränderung der Bankgeschäftsaktiva in Währungen	(13 185,6)	10,8	(13 174,8)
Nettoveränderung der derivativen Finanzinstrumente	(2 197,1)	6,2	(2 190,9)
Auswirkung auf Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit insgesamt		-	

Für das am 31. März 2007 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Vor Änderung der Bewertungsmethode	Auswirkung der Änderung	Im Jahresabschluss ausgewiesen
Bilanz			
Aktiva			
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	61 193,5	(3,7)	61 189,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	91 266,0	(32,2)	91 233,8
Auswirkung auf Aktiva insgesamt		(35,9)	
Passiva			
Währungseinlagen	221 790,1	8,6	221 798,7
Derivative Finanzinstrumente	2 816,2	26,8	2 843,0
Auswirkung auf Passiva insgesamt		35,4	
Eigenkapital			
Operativer Gewinn 2006/07	532,5	(20,2)	512,3
Statutarische Reserven (Vorjahresgewinn)	9 538,5	(51,1)	9 487,4
Auswirkung auf Eigenkapital insgesamt		(71,3)	
Mittelflussrechnung			
Bewertungsänderungen der operativen Aktiva und Passiva	63,3	(20,2)	43,1
Nettoveränderung der Währungseinlagen auf der Passivseite	36 225,5	3,4	36 228,9
Nettoveränderung der Bankgeschäftsaktiva in Währungen	(39 242,4)	9,3	(39 233,1)
Nettoveränderung der derivativen Finanzinstrumente	246,6	7,5	254,1
Auswirkung auf Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit insgesamt		-	

4. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

5. Gold und Goldeinlagen (Aktiva)

A. Goldbestände insgesamt

Die Goldbestände der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

31. März		
Mio. SZR	2008	2007
Goldbarren bei Zentralbanken	27 530,9	11 865,8
Termineinlagen in Gold insgesamt	4 006,8	3 591,8
Gold und Goldeinlagen insgesamt	31 537,7	15 457,6
Davon:		
Goldanlageaktiva	2 424,4	2 306,0
Gold und Goldeinlagen – Bankgeschäftsaktiva	29 113,3	13 151,6

B. Goldanlageaktiva

Die Goldanlageaktiva der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert die neu als Einstandswert erachtete Basis übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In Anmerkung 19 wird das Goldbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva ist in Anmerkung 28 aufgeschlüsselt.

Die Goldanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2008	2007
Stand am Jahresanfang	2 306,0	2 259,5
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva		
Platzierte Einlagen	–	338,7
Veräußerungen von Gold	(414,3)	(206,7)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	169,3	(340,4)
	(245,0)	(208,4)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	(182,7)	79,2
Goldpreisveränderung	546,1	175,7
Stand am Jahresende	2 424,4	2 306,0

Am 1. April 2007 beliefen sich die Goldanlageaktiva der Bank auf 150 Tonnen Feingold. In dem am 31. März 2008 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden 25 Tonnen Feingold (31. März 2007: 15 Tonnen) veräußert (Anmerkung 28). Am 31. März 2008 betrug der Bestand 125 Tonnen Feingold.

6. Währungsaktiva

A. Bestände insgesamt

Zu den Währungsaktiva gehören Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, befristete Kredite sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Die ergebniswirksamen Währungsaktiva umfassen die Bankgeschäftsaktiva in Währungen, die durch die Wiederanlage von Kundeneinlagen zustande kommen, sowie die Anlageaktiva in Währungen, die zu den aktiver verwalteten Portfolios gehören. Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva umfassen die übrigen Anlageaktiva in Währungen der Bank; sie kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals der Bank zustande.

Mit *Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere* (Reverse Repos) sind Transaktionen, bei denen die Bank einer Gegenpartei einen befristeten Kredit gewährt, wobei diese eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für den Kredit wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die entsprechenden Wertpapiere gegen Rückzahlung des Kredits zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts wird der Fair Value der Sicherheit überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Befristete Kredite sind hauptsächlich Anlagen bei Geschäftsbanken. Ebenfalls in diese Kategorie fallen Anlagen bei Zentralbanken und internationalen Organisationen, einschließlich Darlehen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage). Der Bilanzposten „Terminguthaben und Kredite an Banken“ umfasst ferner Kündigungskonten (Anmerkung 7).

Staats- und andere Wertpapiere sind von Staaten, internationalen Organisationen, sonstigen Stellen des öffentlichen Sektors, Geschäftsbanken und Unternehmen begebene Schuldtitel, u.a. in Form von fest und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Bestände der Bank an Währungsaktiva aufgeschlüsselt.

31. März 2008	Bankgeschäft		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebniswirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebniswirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	50 708,8	–	28,1	28,1	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	89 991,1	1 893,5	–	1 893,5	91 884,6
Befristete Kredite und Kredite an Banken	61 196,6	–	–	–	61 196,6
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	4 532,4	7 642,7	–	7 642,7	12 175,1
Finanzinstitute	30 814,0	1 012,5	603,8	1 616,3	32 430,4
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	16 154,4	1 158,7	–	1 158,7	17 313,1
	51 500,8	9 813,9	603,8	10 417,7	61 918,5
Währungsaktiva insgesamt	253 397,3	11 707,4	631,9	12 339,3	265 736,6

31. März 2007 – neu berechnet	Bankgeschäft		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebniswirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebniswirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	43 135,1	–	24,2	24,2	43 159,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	60 127,3	1 062,5	–	1 062,5	61 189,8
Befristete Kredite und Kredite an Banken	89 095,2	–	–	–	89 095,2
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	3 397,3	6 717,6	–	6 717,6	10 114,9
Finanzinstitute	27 866,0	953,6	598,4	1 552,0	29 418,0
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	11 601,0	1 110,1	–	1 110,1	12 711,1
	42 864,3	8 781,3	598,4	9 379,7	52 244,0
Währungsaktiva insgesamt	235 221,9	9 843,8	622,6	10 466,4	245 688,3

Für die mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapiere, die befristeten Kredite sowie bestimmte Staats- und andere Wertpapiere der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Diese Aktiva werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Eine Veränderung der Spreadannahmen für diese drei Kategorien von Finanzinstrumenten um 1 Basispunkt hätte die Bewertung um SZR 16,6 Mio. verändert (2007: SZR 14,5 Mio.).

B. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Die Währungsanlageaktiva der Bank kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals zustande. Sie werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert, außer sie sind Teil eines aktiv gehandelten Portfolios.

Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2008	2007
Stand am Jahresanfang	9 843,8	9 994,0
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva		
Zugänge	20 990,3	16 800,7
Abgänge	(2 195,9)	(2 265,5)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	(17 315,0)	(14 640,7)
	1 479,4	(105,5)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	36,8	(41,5)
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	347,4	(3,2)
Stand am Jahresende	11 707,4	9 843,8

In Anmerkung 19 wird das Wertpapierbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Wertpapieren, die als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert sind, ist in Anmerkung 27 aufgeschlüsselt.

7. Terminguthaben und Kredite an Banken

Terminguthaben und Kredite an Banken umfassen befristete Kredite und Kündigungskonten.

Befristete Kredite werden als ergebniswirksame Instrumente klassifiziert. Kündigungskonten werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und sind in den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten enthalten. Dies sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

31. März	2008	2007 neu berechnet
Mio. SZR		
Befristete Kredite und Kredite an Banken	61 196,6	89 095,2
Kündigungskonten	899,3	2 138,6
Terminguthaben und Kredite an Banken insgesamt	62 095,9	91 233,8

Die Fair-Value-Veränderung, die in der Gewinn- und Verlustrechnung auf Terminguthaben und Krediten erfasst wird, beträgt SZR 88,8 Mio. (2007: SZR 58,8 Mio.).

8. Derivative Finanzinstrumente

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente:

Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futureskontrakte werden täglich mit der Börse abgerechnet. Die entsprechenden Nachschusszahlungen werden in bar oder in marktfähigen Wertpapieren geleistet.

Devisen- und Goldoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem festgelegten Datum in einem bestimmten Umfang eine Währung oder Gold zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Optionen auf Futures sind vertragliche Vereinbarungen, die dazu berechtigen, aber nicht verpflichten, während eines festgelegten Zeitraums einen Futurekontrakt zu einem festgelegten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Devisen- und Goldswaps, Zins-/Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von Zahlungsströmen gegen eine andere. Swappgeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen, Gold

oder Zinssätzen (z.B. eines variablen Zinses gegen einen festen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-/Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisen- und Goldswaps und Zins-/Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Währungs- und Goldterminkontrakte sind Verpflichtungen, zu einem späteren Zeitpunkt Fremdwährungen oder Gold zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Forward-Rate-Agreements sind einzeln ausgehandelte Zinsterminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem bestimmten Datum einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen. Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Darüber hinaus verkauft die Bank ihren Kunden Produkte, die eingebettete Derivate enthalten (Anmerkung 11 und 12). Eingebettete Derivate werden für Bilanzierungszwecke vom Basiskontrakt abgetrennt und wie gewöhnliche Derivate behandelt, wenn der Basiskontrakt nicht als ergebniswirksam klassifiziert ist. So werden die Gold-Devisen-Optionen, die in Gold-Doppelwährungseinlagen enthalten sind, bei den Derivaten als Devisen- und Goldoptionen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

31. März	2008			2007 neu berechnet		
	Nominalwert	Fair Value		Nominalwert	Fair Value	
		Forderungen	Verbindlichkeiten		Forderungen	Verbindlichkeiten
<i>Mio. SZR</i>						
Anleihefutures	1 367,8	1,4	(1,4)	809,5	0,6	(0,4)
Devisen- und Goldoptionen	4 669,0	64,0	(64,9)	9 180,9	42,4	(62,3)
Devisen- und Goldswaps	127 026,0	1 372,2	(3 119,1)	62 829,9	210,7	(497,5)
Forward-Rate-Agreements	26 377,0	22,2	(27,3)	48 018,6	6,2	(6,7)
Optionen auf Futures	-	-	-	396,0	0,5	-
Swaptions	6 162,7	2,4	(56,7)	4 159,1	0,4	(8,7)
Währungs- und Goldterminkontrakte	1 095,0	21,0	(13,4)	1 830,7	9,9	(13,9)
Zinsfutures	10 114,0	0,9	(0,2)	43 239,3	-	(1,3)
Zinsswaps	360 306,4	5 824,7	(2 194,0)	406 871,3	1 480,7	(1 593,5)
Zins-/Währungsswaps	3 836,0	117,6	(750,7)	5 262,3	99,4	(658,7)
Derivative Finanzinstrumente insgesamt am Jahresende	540 953,9	7 426,4	(6 227,7)	582 597,6	1,850,8	(2,843,0)
Derivative Finanzinstrumente netto am Jahresende			1 198,7			(992,2)

Für bestimmte Derivate der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Diese derivativen Forderungen und Verbindlichkeiten werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Eine Veränderung der Spreadannahmen um 1 Basispunkt hätte die Bewertung um SZR 16,2 Mio. verändert (2007: SZR 11,1 Mio.).

9. Kurzfristige Forderungen

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Finanzgeschäfte vor Abwicklung	5 301,1	5 449,5
Andere Forderungen	10,7	24,1
Kurzfristige Forderungen insgesamt	5 311,8	5 473,6

Bei den „Finanzgeschäften vor Abwicklung“ handelt es sich um kurzfristige Forderungen (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Verbindlichkeiten, die eingegangen wurden.

10. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>				2008	2007
	Grundstücke	Gebäude	IT und sonstige Sachanlagen	Insgesamt	Insgesamt
Historischer Einstandswert					
Stand am Jahresanfang	41,2	186,6	106,6	334,4	324,5
Investitionen	–	2,8	12,2	15,0	11,6
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(0,3)	(0,3)	(1,7)
Stand am Jahresende	41,2	189,4	118,5	349,1	334,4
Abschreibungen					
Kumulierte Abschreibungen am Jahresanfang	–	80,5	65,9	146,4	136,1
Abschreibungen	–	4,2	8,4	12,6	12,0
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(0,3)	(0,3)	(1,7)
Stand am Jahresende	–	84,7	74,0	158,7	146,4
Nettobuchwert am Jahresende	41,2	104,7	44,5	190,4	188,0

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 1,1 Mio. für IT und sonstige Sachanlagen nach einer Überprüfung auf Wertminderungen (2007: SZR 0,8 Mio.).

11. Währungseinlagen

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank. Die Währungseinlageninstrumente sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

31. März	2008	2007 neu berechnet
<i>Mio. SZR</i>		
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente		
Medium-Term Instruments (MTI)	99 372,5	76 112,0
Kündbare MTI	8 024,2	7 740,5
FIXBIS	44 403,4	50 513,2
	151 800,1	134 365,7
Sonstige Währungseinlagen		
FRIBIS	4 218,1	3 465,2
Termineinlagen	39 606,2	59 314,0
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	40 496,5	24 653,8
	84 320,8	87 433,0
Währungseinlagen insgesamt	236 120,9	221 798,7
Davon:		
Als „ergebniswirksam“ klassifiziert	195 624,4	197 144,9
Als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert	40 496,5	24 653,8

Medium-Term Instruments (MTI) sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit vierteljährlichen Verfallterminen und Laufzeiten bis zu 10 Jahren.

Kündbare MTI sind MTI, die eine Kündigungsoption der Bank enthalten, wobei der Ausübungspreis gleich dem Nennwert ist; die Kündigungstermine liegen zwischen Juni 2008 und Dezember 2009 (2007: April 2007 und Mai 2008).

FIXBIS sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit beliebiger Laufzeit von 1 Woche bis 1 Jahr.

FRIBIS sind variabel verzinsliche Anlagen bei der BIZ mit Laufzeiten von mindestens 1 Jahr, bei denen der Zins jeweils entsprechend den Marktbedingungen neu bestimmt wird.

Termineinlagen sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ, meist mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr. Die Bank nimmt ferner Termineinlagen entgegen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in der ursprünglichen Währung oder in einem festgelegten Betrag einer anderen Währung zurückzuzahlen sind (Doppelwährungseinlagen). Am 31. März 2008 waren in der Bilanz Doppelwährungseinlagen im Betrag von SZR 161,4 Mio. enthalten (2007: SZR 6 654,9 Mio.). Alle diese Einlagen wurden im April 2008 fällig (2007: April bis Juni 2007).

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind sehr kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Bei bestimmten Währungseinlageninstrumenten tritt die Bank als alleiniger Marktmacher auf, und sie hat sich verpflichtet, einige dieser Finanzinstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen ganz oder teilweise zum Fair Value zurückzuzahlen.

A. Bewertung von Währungseinlagen

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten) werden zum Fair Value bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss. Für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2008, muss die Bank den Inhabern gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit SZR 234 822,0 Mio. zahlen (2007: SZR 224 059,0 Mio.).

Die Bank schätzt den Fair Value ihrer Währungseinlagen mithilfe verschiedener Bewertungsmethoden, u.a. sog. Discounted-Cashflow-Modellen und Optionspreismodellen. Die Discounted-Cashflow-Modelle bewerten die erwarteten Zahlungsströme von Finanzinstrumenten mithilfe von Diskontierungsfaktoren, die teils aus notierten Zinssätzen (z.B. LIBOR, Swapsätzen) abgeleitet werden, teils auf Annahmen über die Spreads beruhen, mit denen jedes Produkt den Kunden angeboten bzw. von ihnen zurückgekauft wird.

Die Spreadannahmen basieren auf kürzlich abgeschlossenen Marktgeschäften. Ist eine Produktserie für Neuanleger geschlossen worden (und gibt es somit keine neueren Marktgeschäfte), verwendet die Bank den letzten für die Serie notierten Spread als Grundlage für die Bestimmung der geeigneten Modellparameter.

Die Optionspreismodelle enthalten Annahmen zur Volatilität, die aus Marktnotierungen abgeleitet werden.

Eine Veränderung der Spreadannahmen für die Währungseinlagen um 1 Basispunkt am Bilanzstichtag hätte die Bewertung der Bank um SZR 30,0 Mio. verändert (2007: SZR 23,3 Mio.).

B. Auswirkungen einer Änderung der Bonität der Bank

Jegliche Änderung der Bonität der Bank hätte Auswirkungen auf den Fair Value ihrer Verbindlichkeiten. Bei einer Verschlechterung der Bonität der Bank würde der Wert ihrer Verbindlichkeiten sinken. Diese Wertänderung würde als Bewertungsänderung in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen. Die Bank beurteilt im Rahmen ihrer Risikomanagementverfahren ihre Bonität regelmäßig neu. Im Berichtszeitraum ergab die von der Bank vorgenommene Beurteilung ihrer Bonität keine Änderung, die den Fair Value ihrer Verbindlichkeiten hätte beeinflussen können.

12. Goldeinlagen (Passiva)

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Sie werden alle als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Die Bank nimmt ferner Goldeinlagen entgegen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in Gold oder in einem festgelegten Währungsbetrag zurückzuzahlen sind (Gold-Doppelwährungseinlagen). Die eingebettete Gold-Devisen-Option wird als derivatives Finanzinstrument zum Fair Value bilanziert. Am 31. März 2008 waren in den Goldeinlagen (Passiva) Gold-Doppelwährungseinlagen im Betrag von SZR 54,1 Mio. enthalten (2007: keine). Alle diese Einlagen wurden im April 2008 fällig.

13. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere (Repo-Geschäfte) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Einlage gegen Rückgabe gleichwertiger Wertpapiere zurückzuzahlen. Diese Geschäfte werden ausschließlich mit Geschäftsbanken abgeschlossen.

Am 31. März 2008 und 2007 hingen sämtliche Repo-Geschäfte mit der Verwaltung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva zusammen. Sie werden daher alle als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

14. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen die Finanzgeschäfte vor Abwicklung, d.h. die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekaufte Verbindlichkeiten.

15. Sonstige Verbindlichkeiten

31. März	2008	2007
<i>Mio. SZR</i>		
Vorsorgeverpflichtungen (Anmerkung 20)		
Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder	4,8	4,3
Kranken- und Unfallversicherung	185,4	152,1
Short-Positionen in Währungsaktiva	115,6	142,4
Sonstige	20,1	73,9
Verbindlichkeiten gegenüber ehemaligen Aktionären	0,6	1,1
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	326,5	373,8

16. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

31. März	2008	2007
<i>Mio. SZR</i>		
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000, wovon SZR 1 250 eingezahlt	3 000,0	3 000,0
Begebenes Kapital: 547 125 Aktien	2 735,6	2 735,6
Eingezahltes Kapital (25%)	683,9	683,9

Dividendenberechtigte Aktien:

31. März	2008	2007
Begebene Aktien	547 125	547 125
Abzüglich: Eigene Aktien	(1 000)	(1 000)
Umlaufende, voll dividendenberechtigte Aktien	546 125	546 125
Dividende je Aktie (SZR)	265	255

17. Statutarische Reserven

Die Statuten der Bank sehen die Zuweisung des jährlichen Reingewinns der Bank durch die Generalversammlung gemäß Vorschlag des Verwaltungsrats an drei bestimmte Reservefonds vor: den Gesetzlichen Reservefonds, den Allgemeinen Reservefonds und den Besonderen Dividenden-Reservefonds. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Reingewinn wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Gesetzlicher Reservefonds. Dieser Reservefonds hat derzeit die volle vorgeschriebene Höhe von 10% des eingezahlten Kapitals der Bank.

Allgemeiner Reservefonds. Derzeit sind 10% des nach Zahlung der Dividende verbleibenden jährlichen Reingewinns der Bank dem Allgemeinen Reservefonds zuzuweisen. Wenn dieser Reservefonds das Fünffache des eingezahlten Kapitals der Bank erreicht hat, sinkt die jährliche Zuweisung auf 5% des verbleibenden Reingewinns.

Besonderer Dividenden-Reservefonds. Ein Teil des verbleibenden Reingewinns des Geschäftsjahres kann dem Besonderen Dividenden-Reservefonds zugewiesen werden. Dieser kann bei Bedarf zur Zahlung der gesamten festgelegten Dividende oder eines Teils davon herangezogen werden. In der Regel wird die Dividende aus dem Reingewinn der Bank gezahlt.

Freier Reservefonds. Ein nach den obengenannten Zuweisungen noch verbleibender Betrag des Reingewinns wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Der Erlös aus der Zeichnung von BIZ-Aktien wird dem Gesetzlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser die volle vorgeschriebene Höhe erreicht hat, der Rest dem Allgemeinen Reservefonds.

Der Freie Reservefonds, der Allgemeine Reservefonds und der Gesetzliche Reservefonds stehen – in dieser Reihenfolge – zur Deckung etwaiger Verluste der Bank zur Verfügung. Im Falle der Liquidation der Bank werden die in den Reservefonds verbliebenen Beträge (nach Ablösung der Schulden der Bank und Zahlung der Liquidationskosten) unter den Aktionären verteilt.

18. Eigene Aktien

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2008	2007
Stand am Jahresanfang	1 000	1 000
Veränderungen während des Jahres	–	–
Stand am Jahresende	1 000	1 000

Als eigene Aktien gehalten werden 1 000 Aktien der albanischen Ausgabe, die 1977 suspendiert wurden.

19. Sonstige Eigenkapitalposten

Die sonstigen Eigenkapitalposten entsprechen den Bewertungskonten für die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva und die Goldanlageaktiva (Anmerkung 6 bzw. 5).

Sie umfassen:

31. März	2008	2007
<i>Mio. SZR</i>		
Wertpapierbewertungskonto	272,0	(80,5)
Goldbewertungskonto	1 636,8	1 384,0
Sonstige Eigenkapitalposten insgesamt	1 908,8	1 303,5

A. Wertpapierbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Fair Value und dem fortgeführten Einstandswert der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank verbucht. Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2008	2007
<i>Mio. SZR</i>		
Stand am Jahresanfang	(80,5)	(104,3)
Bewertungsänderungen netto		
Nettoverlust aus Veräußerungen	5,1	27,0
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	347,4	(3,2)
	352,5	23,8
Stand am Jahresende	272,0	(80,5)

In den nachstehenden Tabellen wird der Stand des Wertpapierbewertungskontos aufgegliedert.

31. März 2008	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapier- bewertungs- konto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 893,5	1 894,2	(0,7)	–	(0,7)
Staats- und andere Wertpapiere	9 813,9	9 541,2	272,7	305,4	(32,7)
Insgesamt	11 707,4	11 435,4	272,0	305,4	(33,4)

31. März 2007	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapier- bewertungs- konto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 062,5	1 062,5	–	–	–
Staats- und andere Wertpapiere	8 781,3	8 861,8	(80,5)	37,2	(117,7)
Insgesamt	9 843,8	9 924,3	(80,5)	37,2	(117,7)

B. Goldbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Buchwert und der neu als Einstandswert erachteten Basis der Goldanlageaktiva der Bank verbucht. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Stand am Jahresanfang	1 384,0	1 342,2
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn aus Veräußerungen	(293,3)	(133,9)
Goldpreisveränderung	546,1	175,7
	252,8	41,8
Stand am Jahresende	1 636,8	1 384,0

20. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen:

1. Ein leistungsorientiertes Pensionssystem für ihr Personal, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

2. Einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens vier Jahren anspruchsberechtigt sind.

3. Ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen für ihre Personalmitglieder im Ruhestand. Die Anspruchsberechtigung beruht grundsätzlich darauf, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens 10 Dienstjahre hat.

Alle Vorsorgeeinrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuaren neu bewertet.

A. In der Bilanz ausgewiesene Beträge

31. März	Pensionssystem des Personals		
Mio. SZR	2008	2007	2006
Barwert der Verpflichtung	(709,7)	(653,7)	(606,4)
Fair Value des Fondsvermögens	714,3	648,6	602,2
Deckungsstand	4,6	(5,1)	(4,2)
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	41,2	47,3	46,8
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(45,8)	(42,2)	(42,6)
Verbindlichkeit am Jahresende	-	-	-

31. März	Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		
Mio. SZR	2008	2007	2006
Barwert der Verpflichtung	(5,4)	(4,6)	(4,6)
Fair Value des Fondsvermögens	-	-	-
Deckungsstand	(5,4)	(4,6)	(4,6)
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	0,6	0,3	0,3
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-	-	-
Verbindlichkeit am Jahresende	(4,8)	(4,3)	(4,3)

31. März	Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand		
Mio. SZR	2008	2007	2006
Barwert der Verpflichtung	(208,0)	(186,3)	(183,8)
Fair Value des Fondsvermögens	-	-	-
Deckungsstand	(208,0)	(186,3)	(183,8)
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	30,3	42,0	57,2
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(7,7)	(7,8)	(8,6)
Verbindlichkeit am Jahresende	(185,4)	(152,1)	(135,2)

B. Barwert der Vorsorgeverpflichtung

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtung entwickelte sich wie folgt:

31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Barwert der Verpflichtung am Jahresanfang	653,7	606,4	4,6	4,5	186,3	183,8
Laufender Dienstzeitaufwand	30,5	28,3	0,2	0,2	8,2	7,9
Arbeitnehmerbeiträge	3,7	3,4	–	–	–	–
Zinskosten	21,3	19,8	0,1	0,1	6,1	6,1
Versicherungsmathematischer (Gewinn)/Verlust	(55,7)	3,5	–	–	(13,9)	(13,9)
Gezahlte Leistungen	(23,1)	(21,8)	(0,3)	(0,3)	(1,8)	(1,9)
Umrechnungsdifferenzen	79,3	14,1	0,9	0,1	23,1	4,3
Barwert der Verpflichtung am Jahresende	709,7	653,7	5,4	4,6	208,0	186,3

C. Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals

Der Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems
des Personals entwickelte sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresanfang	648,6	602,2
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	33,1	30,6
Versicherungsmathematischer Gewinn/(Verlust)	(44,8)	4,1
Arbeitgeberbeiträge	17,3	15,9
Arbeitnehmerbeiträge	3,7	3,4
Gezahlte Leistungen	(23,1)	(21,8)
Umrechnungsdifferenzen	79,5	14,2
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresende	714,3	648,6

D. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Beträge

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Laufender Dienstzeitaufwand	30,5	28,3	0,2	0,2	8,2	7,9
Zinskosten	21,3	19,8	0,1	0,1	6,1	6,1
Abzüglich: Erwartete Rendite des Fondsvermögens	(33,1)	(30,7)	-	-	-	-
Abzüglich: Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	(1,5)	(1,5)	-	-	(1,0)	(1,0)
Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto	-	-	-	-	1,6	2,6
Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag	17,2	15,9	0,3	0,3	14,9	15,6

Für das Geschäftsjahr 2008/09 rechnet die Bank mit einem Beitrag von CHF 31,9 Mio. an ihre Vorsorgeeinrichtungen.

E. Wichtigste Anlagekategorien des Fondsvermögens, in Prozent des Fondsvermögens insgesamt

31. März <i>Prozent</i>	2008	2007
Europäische Aktien	12,8	16,4
Sonstige Aktien	17,4	28,4
Festverzinsliche europäische Anlagen	32,2	25,8
Sonstige festverzinsliche Anlagen	27,1	26,6
Andere Aktiva	10,5	2,8
Tatsächliche Rendite des Fondsvermögens	(1,7%)	5,4%

Das Pensionssystem des Personals investiert nicht in Finanzinstrumente, die von der Bank aufgelegt werden.

F. Wichtigste versicherungsmathematische Annahmen in diesem Jahresabschluss

31. März

	2008	2007
Alle drei Vorsorgeeinrichtungen		
Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating	3,75%	3,25%
Nur Pensionssystem des Personals und Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der Rentenleistungen	1,50%	1,50%
Nur Pensionssystem des Personals		
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	5,00%	5,00%
Angenommene Steigerungsrate der Gehälter	4,10%	4,10%
Nur Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der pensionsberechtigten Verwaltungsratschhonorare	1,50%	1,50%
Nur Kranken- und Unfallversicherungssystem für Personalmitglieder im Ruhestand		
Angenommene langfristige Kostensteigerung im Gesundheitswesen	5,00%	5,00%

Die Annahmen für die Steigerung der Gehälter der Personalmitglieder, der pensionsberechtigten Verwaltungsratschhonorare und der Rentenleistungen enthalten eine angenommene Inflationsrate von 1,5% per 31. März 2008 (2007: 1,5%).

Die erwartete Rendite des Fondsvermögens basiert auf langfristigen Erwartungen für Inflationsrate, Zinssätze, Risikoprämien und Aufteilung des Anlagevermögens. Diese Schätzung, die die historischen Renditen berücksichtigt, wird gemeinsam mit den unabhängigen Aktuaren des Fonds erstellt.

Die Annahme bezüglich der Kostensteigerung im Gesundheitswesen hat erhebliche Auswirkungen auf die Beträge, die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden. Eine Veränderung dieser Annahme um 1 Prozentpunkt gegenüber der Berechnung für 2007/08 würde sich wie folgt auswirken:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2008	2007
Anstieg/(Verringerung) der Summe von Dienstzeitaufwand und Zinskosten		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	7,5	4,6
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(4,9)	(3,3)

31. März

Mio. SZR	2008	2007
Anstieg/(Verringerung) der Leistungsverpflichtung		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	45,5	47,0
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(34,5)	(35,4)

21. Zinsertrag

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2008	2007
Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva		
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	71,1	59,2
Staats- und andere Wertpapiere	380,9	328,9
	452,0	388,1
Ergebniswirksame Währungsaktiva		
Schatzwechsel	861,6	816,0
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	2 480,9	811,4
Terminguthaben und Kredite an Banken	4 147,8	4 179,3
Staats- und andere Wertpapiere	2 301,2	1 727,2
	9 791,5	7 533,9
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Aktiva		
Sicht- und Kündigungskonten	38,4	108,3
Goldanlageaktiva	11,2	15,4
Gold-Bankgeschäftsaktiva	5,4	6,7
	55,0	130,4
Ergebniswirksame derivative Finanzinstrumente	882,7	805,6
Zinsertrag insgesamt	11 181,2	8 858,0

22. Zinsaufwand

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2008	2007
Ergebniswirksame Passiva		
Währungseinlagen	8 963,7	7 596,9
Zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
Goldeinlagen	3,9	5,2
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	1 171,7	581,6
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	68,5	57,5
	1 244,1	644,3
Zinsaufwand insgesamt	10 207,8	8 241,2

23. Bewertungsänderungen netto

Die Nettobewertungsänderungen entstehen ausschließlich bei den ergebniswirksamen Finanzinstrumenten.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2008			2007 neu berechnet		
	Bewertungs- änderungen vor Einführung der Bewertung zum Geld-/ Briefkurs	Auswirkung der Bewertung zum Geld-/ Briefkurs	Bewertungs- änderungen netto insgesamt	Bewertungs- änderungen vor Einführung der Bewertung zum Geld-/ Briefkurs	Auswirkung der Bewertung zum Geld-/ Briefkurs	Bewertungs- änderungen netto insgesamt
Ergebniswirksame Währungsaktiva						
Unrealisierte Wertänderungen von Währungsaktiva	29,6	(10,8)	18,8	(6,8)	(9,3)	(16,1)
Realisierte Gewinne/(Verluste) aus Währungsaktiva	(11,7)	–	(11,7)	(30,2)	–	(30,2)
	17,9	(10,8)	7,1	(37,0)	(9,3)	(46,3)
Ergebniswirksame Währungspassiva						
Unrealisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten	(2 774,2)	(58,0)	(2 832,2)	(510,6)	(3,4)	(514,0)
Realisierte Gewinne/(Verluste) aus finanziellen Verbindlichkeiten	(257,2)	–	(257,2)	132,4	–	132,4
	(3 031,4)	(58,0)	(3 089,4)	(378,2)	(3,4)	(381,6)
Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten	2 534,8	(6,2)	2 528,6	478,5	(7,5)	471,0
Bewertungsänderungen netto	(478,7)	(75,0)	(553,7)	63,3	(20,2)	43,1

24. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Ertrag aus Gebühren und Provisionen	6,8	6,1
Aufwand für Gebühren und Provisionen	(6,0)	(4,8)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	0,8	1,3

25. Nettodevisengewinn/(-verlust)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Transaktionsgewinn netto	4,5	6,7
Umrechnungsverlust netto	(14,0)	(5,8)
Nettodevisengewinn/(-verlust)	(9,5)	0,9

26. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgliedert.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
Mio. CHF	2008	2007
Verwaltungsrat		
Honorare	1,9	1,9
Ruhegehälter ehemaliger Verwaltungsratsmitglieder	0,6	0,6
Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben	1,7	1,7
	4,2	4,2
Geschäftsleitung und Personal		
Vergütung	111,8	106,6
Renten	34,3	32,5
Sonstiger Personalaufwand	43,1	45,6
	189,2	184,7
Sachaufwand	63,5	64,6
Verwaltungskosten in Mio. CHF	256,9	253,5
Verwaltungskosten in Mio. SZR	141,9	137,8
Abschreibungen in Mio. SZR	12,6	12,0
Geschäftsaufwand in Mio. SZR	154,5	149,8

In dem am 31. März 2008 abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte die Bank – in Vollzeitstellen umgerechnet – durchschnittlich 542 Beschäftigte (2007: 530).

27. Nettoverlust aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
Mio. SZR	2008	2007
Veräußerungserlöse	2 195,9	2 265,5
Fortgeführte Einstandswerte	(2 201,0)	(2 292,5)
Nettoverlust	(5,1)	(27,0)
Davon:		
Realisierte Bruttogewinne	51,8	63,0
Realisierte Bruttoverluste	(56,9)	(90,0)

28. Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
Mio. SZR	2008	2007
Veräußerungserlöse	414,3	206,7
Neu als Einstandswert erachtete Basis (Anmerkung 19B)	(121,0)	(72,8)
Realisierter Nettogewinn	293,3	133,9

29. Ergebnis je Aktie

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
	2008	2007 neu berechnet
Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR)	544,7	619,2
Gewichteter Durchschnitt der Anzahl dividendenberechtigter Aktien	546 125	546 125
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	997,4	1 133,8

Für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr wird eine Dividende von SZR 265 je Aktie vorgeschlagen (2007: SZR 255).

30. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Für die Mittelflussrechnung gelten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente:

31. März		
Mio. SZR	2008	2007
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	36,8	92,4
Kündigungskonten	899,3	2 138,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente insgesamt	936,1	2 231,0

31. Steuern

Die besondere rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Wesentlichen im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Danach ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

32. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden.

	Kassakurs am 31. März		Durchschnitt im abgeschlossenen Geschäftsjahr	
	2008	2007	2008	2007
USD	0,609	0,660	0,643	0,673
EUR	0,960	0,883	0,910	0,863
JPY	0,00610	0,00562	0,00564	0,00576
GBP	1,208	1,300	1,291	1,274
CHF	0,612	0,544	0,556	0,544
Gold	557,8	438,3	490,2	422,8

33. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Regress auf die Bank. Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

31. März		
Mio. SZR	2008	2007
Nominalwert der Wertpapierbestände		
In Depotverwahrung für Kunden	11 308,0	11 189,6
Gemäß Pfandbestellungsvereinbarung	158,9	223,6
Im Rahmen von Portfoliomandaten	6 093,9	5 535,4
Insgesamt	17 560,8	16 948,6

Die im Rahmen solcher Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

34. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Standby-Fazilitäten für ihre Kunden bereit. Am 31. März 2008 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser Standby-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 6 767,7 Mio. (2007: SZR 7 211,8 Mio.); davon waren SZR 304,6 Mio. nicht besichert (2007: SZR 336,0 Mio.).

35. Effektive Zinssätze

Der effektive Zinssatz ist der Satz, um den die erwarteten künftigen Zahlungsströme eines Finanzinstruments auf den jeweiligen Buchwert abgezinst werden.

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die effektiven Zinssätze der betreffenden Finanzinstrumente in den wichtigsten Währungen.

31. März 2008

<i>Prozent</i>	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,76
Schatzwechsel	0,73	4,02	–	0,58	–
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	1,90	2,69	5,15	0,71	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	3,87	4,18	5,71	0,85	3,24
Staats- und andere Wertpapiere	3,21	4,10	4,19	0,98	7,39
Passiva					
Währungseinlagen	3,24	3,77	5,00	0,34	5,16
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,35
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	1,65	–	5,10	–	–
Short-Positionen in Währungsaktiva	4,03	–	–	–	–

31. März 2007

<i>Prozent</i>	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,85
Schatzwechsel	5,27	3,48	–	0,52	–
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	5,23	3,75	–	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	5,44	3,92	5,46	0,49	4,14
Staats- und andere Wertpapiere	5,13	3,83	5,36	0,78	6,41
Passiva					
Währungseinlagen	5,04	3,79	5,21	0,36	6,56
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,54
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	5,42	3,88	5,36	0,54	–
Short-Positionen in Währungsaktiva	5,51	–	–	–	–

36. Geografische Analyse

A. Verbindlichkeiten insgesamt

31. März Mio. SZR	2008	2007 neu berechnet
Afrika und Europa	132 229,9	99 765,6
Asien-Pazifik-Raum	102 353,8	99 335,5
Nord- und Südamerika	54 810,3	51 776,2
Internationale Organisationen	8 642,0	7 919,7
Insgesamt	298 036,0	258 797,0

B. Kreditzusagen

31. März Mio. SZR	2008	2007
Afrika und Europa	496,6	328,0
Asien-Pazifik-Raum	6 109,7	6 817,8
Nord- und Südamerika	161,4	66,0
Insgesamt	6 767,7	7 211,8

Anmerkung 34 enthält nähere Angaben zu den Kreditzusagen der Bank.

C. Außerbilanzielle Positionen

31. März Mio. SZR	2008	2007
Afrika und Europa	2 341,6	1 892,1
Asien-Pazifik-Raum	14 695,6	14 325,4
Nord- und Südamerika	523,6	731,1
Insgesamt	17 560,8	16 948,6

Anmerkung 33 enthält nähere Angaben zu den außerbilanziellen Geschäften der Bank. Eine geografische Analyse der Aktiva der Bank findet sich weiter unten im Abschnitt Risikomanagement, Punkt 3D.

37. Nahestehende Personen

Die Bank betrachtet als nahestehend:

- Die Mitglieder des Verwaltungsrats
- Die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank
- Nahe Angehörige dieser Personen
- Unternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene ausüben könnten, sowie Unternehmen, auf die eine dieser Personen erheblichen Einfluss ausüben könnte
- Die Vorsorgeeinrichtungen der Bank
- Zentralbanken, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrats ist, und Institutionen, die mit diesen Zentralbanken verbunden sind

Eine Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene findet sich im *Jahresbericht* unter „Verwaltungsrat“ und „Oberste Führungsebene“. Angaben zu den Vorsorgeeinrichtungen der Bank finden sich in Anmerkung 20.

A. Nahestehende natürliche Personen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Vergütungen für die Mitglieder der obersten Führungsebene betragen insgesamt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. CHF	2008	2007
Gehälter, Zulagen sowie Versicherungsdeckung Krankheit/Unfall	6,7	6,7
Vorsorgeleistungen	1,9	1,8
Vergütungen insgesamt in Mio. CHF	8,6	8,5
Gegenwert SZR	4,8	4,6

Anmerkung 26 enthält Einzelheiten zu den Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats.

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für Personalkonten anbietet. Auf den persönlichen Einlagenkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene der Bank waren folgende Bewegungen und Guthaben zu verzeichnen:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2008	2007
Stand am Jahresanfang	15,6	13,3
Hereingenommene Einlagen einschl. Zinsgutschriften (nach Abzug der Quellensteuer)	3,8	3,5
Abhebungen	(1,4)	(1,2)
Stand am Jahresende in Mio. CHF	18,0	15,6
Gegenwert SZR	11,0	8,5
Zinsaufwand auf Einlagen in Mio. CHF	0,6	0,4
Gegenwert SZR	0,3	0,2

Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres zu Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene der Bank ernannt wurden, sind in der obenstehenden Tabelle in den hereingenommenen Einlagen eingeschlossen. Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres aus dem Verwaltungsrat oder der obersten Führungsebene der Bank ausgeschieden sind, sind in der obenstehenden Tabelle in den Abhebungen eingeschlossen.

Darüber hinaus führt die Bank gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten; dieser wurde am 1. April 2003 geschlossen. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausgezahlt. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für Personalkonten anbietet, zuzüglich 1%. Am 31. März 2008 betragen die Guthaben auf den Sperrkonten insgesamt SZR 20,8 Mio. (2007: SZR 18,9 Mio.). Sie sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

B. Nahestehende Zentralbanken und verbundene Institutionen

Die BIZ erbringt Bankdienstleistungen für ihre Kunden, vorwiegend Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Finanzorganisationen. Dabei schließt sie im Rahmen des normalen Geschäftsgangs Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen ab. Zu diesen Geschäften gehören die Gewährung von Krediten sowie die Hereinnahme von Währungs- und Goldeinlagen.

Die Konditionen sind bei diesen Geschäften grundsätzlich die gleichen wie bei Geschäften mit nicht verbundenen Kunden.

Währungseinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Stand am Jahresanfang	53 240,1	53 280,0
Hereingenommene Einlagen	130 847,9	184 721,8
Fälligkeiten, Tilgungen und Fair-Value-Veränderung	(129 656,6)	(182 058,0)
Nettoveränderung bei Kündigungskonten	(433,1)	(2 703,7)
Stand am Jahresende	53 998,3	53 240,1
Anteil an Währungseinlagen insgesamt am Jahresende	22,9%	24,0%

Goldeinlagen (Passiva) von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Stand am Jahresanfang	10 123,8	6 267,3
Hereingenommene Einlagen	600,2	83,3
Nettoveränderung bei Gold-Sichtkonten	16 161,2	3 875,5
Nettoabzüge und Goldpreisveränderung	(549,1)	(102,3)
Stand am Jahresende	26 336,1	10 123,8
Anteil an Goldeinlagen insgesamt am Jahresende	90,5%	77,1%

Von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2008	2007
Stand am Jahresanfang	470,2	3 198,5
Platzierte besicherte Einlagen	776 745,9	680 101,7
Fälligkeiten und Fair-Value-Veränderung	(773 944,2)	(682 830,0)
Stand am Jahresende	3 271,9	470,2
Anteil an mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapieren insgesamt am Jahresende	3,6%	0,8%

Sonstige Positionen gegenüber nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die Bank hält Sichtkonten in Währungen bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen. Am 31. März 2008 betrug der Saldo dieser Konten insgesamt SZR 539,3 Mio. (2007: SZR 144,7 Mio.). Die Gold-Sichtkonten bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen beliefen sich am 31. März 2008 auf insgesamt SZR 27 499,7 Mio. (2007: SZR 11 837,7 Mio.).

Derivatgeschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die BIZ schließt mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen Derivatgeschäfte ab, darunter Devisenkontrakte und Zinsswaps. Der gesamte Nominalwert dieser Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen in dem am 31. März 2008 abgeschlossenen Geschäftsjahr betrug SZR 43 655,5 Mio. (2007: SZR 17 005,8 Mio.).

38. Eventualverbindlichkeiten

Die Bank ist indirekt in Gerichtsverfahren in Frankreich verwickelt, die im Zusammenhang mit der obligatorischen Rücknahme aller BIZ-Aktien in Händen von Privataktionären im Jahr 2001 angestrengt wurden.

Im September 2004 wurde beim Handelsgericht in Paris eine Schadenersatzklage von einer Gruppe von Klägern eingereicht, die geltend machten, sie hätten im Zeitraum zwischen der Ankündigung der Aktienrücknahme am 11. September 2000 und dem entsprechenden Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 2001 ihre BIZ-Aktien am Markt verkauft. Die Klage wurde nicht gegen die BIZ eingereicht, sondern gegen JPMorgan & Cie SA und Barbier Frinault, die die Bank bezüglich der angemessenen Entschädigung für die Aktienrücknahme beraten hatten. Die Bank könnte aber dennoch indirekt haften, nämlich aufgrund einer Schadloshaltungsklausel im Vertrag mit JPMorgan & Cie SA in Bezug auf etwaige Gerichtsverfahren und Kosten im Zusammenhang mit den erbrachten Beratungsdienstleistungen. Für diese Ansprüche ist keine Rückstellung gebildet worden.

In seinem Urteil vom 9. Oktober 2006 wies das Pariser Handelsgericht die Klage ab. Einige der Kläger haben das Urteil jedoch an das Pariser Appellationsgericht weitergezogen.

Die BIZ ist derzeit an keinem anderen nennenswerten Gerichtsverfahren beteiligt.

Angemessene Eigenkapitalausstattung

1. Eigenkapital

Das Eigenkapital der Bank setzt sich zusammen aus: Aktienkapital, statutarischen Reserven, Reingewinn für das Geschäftsjahr und sonstigen Eigenkapitalposten, darunter das Gold- und das Wertpapierbewertungskonto. Davon abzuziehen sind eigene Aktien.

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung des Kernkapitals und des gesamten Eigenkapitals der Bank am 31. März 2008 dar.

31. März Mio. SZR	2008	2007 neu berechnet
Aktienkapital	683,9	683,9
Statutarische Reserven gemäß Bilanz	9 967,3	9 487,4
Abzüglich: Eigene Aktien	(1,7)	(1,7)
Abzüglich: Negative Neubewertungsreserven	–	–
Kernkapital	10 649,5	10 169,6
Gewinn- und Verlustrechnung	544,7	619,2
Sonstige Eigenkapitalposten	1 908,8	1 303,5
Eigenkapital insgesamt	13 103,0	12 092,3

Die Bank beurteilt die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung laufend. Die Beurteilung wird durch ein jährliches Kapitalplanungsverfahren gestützt, das seinerseits durch die Geschäftsplanung der Bank unterstützt wird.

Die Bank hat ein Risikokonzept umgesetzt, das der überarbeiteten Rahmenvereinbarung *Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen* (Basel II) entspricht, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht im Juni 2006 herausgegeben hat. Die Umsetzung betrifft alle drei Säulen der Rahmenvereinbarung, berücksichtigt jedoch die Besonderheiten von Wirkungskreis und Tätigkeit der Bank. Da die Bank keiner nationalen Bankenaufsicht unterliegt, beschränkt sich die Anwendung der Säule 2 auf die bankeigene Beurteilung der Eigenkapitalausstattung. Diese Beurteilung stützt sich in erster Linie auf eine Methodik, die auf dem ökonomischen Kapital basiert; diese ist umfassender und orientiert sich an einem erheblich höheren Solvenzniveau als die Mindesteigenkapitalanforderungen nach Säule 1 von Basel II.

Das Kernkapital per 31. März 2007 verringerte sich um SZR 51,1 Mio., als Folge der Einführung der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Geld- bzw. Briefkurs.

2. Risikogewichtete Aktiva und Mindestkapitalanforderungen nach Basel II

Die Rahmenvereinbarung Basel II enthält mehrere Ansätze für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva und der entsprechenden Mindestkapitalanforderungen. Grundsätzlich werden die Mindestkapitalanforderungen als 8% der risikogewichteten Aktiva bestimmt.

Die nachstehende Tabelle fasst die wichtigsten Forderungstypen und Ansätze zusammen und zeigt die risikogewichteten Aktiva und die Mindestkapitalanforderungen für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

31. März 2008

Mio. SZR	Verwendeter Ansatz	Betrag der Position	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
Kreditrisiko				
Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen	Fortgeschrittener IRB-Ansatz: (B) berechnet als (A) x 8%	281 560,2	11 715,2	937,2
Verbriefungspositionen, extern verwaltete Portfolios und sonstige Aktiva	Standardansatz: (B) berechnet als (A) x 8%	4 048,3	1 349,1	107,9
Marktrisiko				
Positionen mit Währungs- und Goldpreisrisiko	Auf internen Marktrisikomodellen beruhender Ansatz: (A) berechnet als (B) / 8%	–	8 197,5	655,8
Operationelles Risiko				
	Fortgeschrittener Messansatz: (A) berechnet als (B) / 8%	–	1 962,5	157,0
Insgesamt			23 224,3	1 857,9

Beim Kreditrisiko verwendet die Bank für die meisten Forderungspositionen den fortgeschrittenen auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz). Bei diesem Ansatz wird das Risikogewicht eines Geschäfts mithilfe der einschlägigen Risikogewichtsfunktion von Basel II bestimmt; für die wichtigsten Parameter kommen eigene Schätzungen der Bank zur Anwendung. Darüber hinaus wendet die Bank für bestimmte Positionen den Standardansatz an. Bei diesem Ansatz werden Risikogewichte nach Forderungstyp zugeordnet.

Die risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko werden mithilfe eines auf internen Marktrisikomodellen beruhenden Ansatzes ermittelt. Beim operationellen Risiko wird der fortgeschrittene Messansatz angewandt. Beide Ansätze stützen sich auf Value-at-Risk-Methoden (VaR-Methoden). Die Mindestkapitalanforderungen werden aus den VaR-Werten abgeleitet und in risikogewichtete Aktiva umgerechnet, unter Berücksichtigung der Mindestanforderung von 8%.

Weitere Einzelheiten über die Annahmen, die den Berechnungen zugrunde liegen, finden sich in den Abschnitten über das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

3. Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote misst die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung als Quotient von Kernkapital und risikogewichteten Aktiva. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kernkapitalquote der Bank entsprechend Basel II.

31. März <i>Mio. SZR</i>	2008
Kernkapital	10 649,5
Abzüglich: Erwarteter Verlust	(30,9)
Kernkapital bereinigt um erwarteten Verlust (A)	10 618,6
Risikogewichtete Aktiva insgesamt (B)	23 224,3
Kernkapitalquote (A)/(B)	45,7%

Gemäß Basel II wird der erwartete Verlust für Kreditrisikopositionen berechnet, die dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz unterliegen. Da die BIZ angesichts der hohen Kreditqualität ihrer Forderungen keine Wertberichtigungen bildet, zieht sie die erwarteten Verluste vom Kernkapital ab, wie in Basel II vorgesehen.

Die Bank sorgt für eine sehr hohe Bonität und führt, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Merkmale, eine umfassende Eigenkapitalbeurteilung durch. Ihre Eigenkapitalposition liegt daher beträchtlich über den Mindestanforderungen.

Berechnet nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung von 1988, betrug die Kernkapitalquote der Bank am 31. März 2008 34,6% (2007 neu berechnet: 29,7%). Die erhebliche Differenz zwischen der Kernkapitalquote nach Basel II und nach der Vereinbarung von 1988 ist vor allem auf die höhere Risikosensitivität der Ansätze von Basel II zurückzuführen.

Risikomanagement

1. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank unterstützt ihre Kunden – hauptsächlich Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Finanzorganisationen – bei der Verwaltung ihrer Reserven und den damit verbundenen Finanzgeschäften.

Das Bankgeschäft der BIZ ist ein wesentliches Element bei der Erfüllung ihrer Ziele, und es gewährleistet ihre Finanzkraft und Unabhängigkeit. Die BIZ tätigt sowohl Bankgeschäfte für ihre Kunden als auch solche im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Bei beiden Arten von Geschäften können finanzielle Risiken wie Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken entstehen. Die Bank ist ferner operationellen Risiken ausgesetzt.

Innerhalb des vom Verwaltungsrat festgelegten Risikokonzepts hat die Geschäftsleitung der Bank Risikomanagementgrundsätze erarbeitet, die sicherstellen sollen, dass Risiken erkannt, adäquat gemessen und begrenzt wie auch überwacht und gemeldet werden.

2. Risikomanagement: Allgemeine Grundsätze und Organisation

Allgemeine Grundsätze

Die Bank sorgt für eine sehr hohe Bonität und nimmt hinsichtlich des Eingehens finanzieller Risiken eine vorsichtige Haltung ein, indem sie

- Eine außergewöhnlich starke Eigenkapitalposition unterhält
- Ihre Aktiva vorwiegend in erstklassigen Finanzinstrumenten anlegt
- Ihre Aktiva nach Möglichkeit unter verschiedenen Sektoren diversifiziert
- Beim Eingehen von taktischen Marktrisiken konservativ vorgeht und die mit ihren strategischen Positionen (darunter ihren Goldbeständen) verbundenen Marktrisiken vorsichtig handhabt
- Auf hohe Liquidität achtet

A. Organisation

Gemäß Artikel 39 der Statuten der Bank ist der Generaldirektor gegenüber dem Verwaltungsrat für die Leitung der Bank verantwortlich; dabei wird er vom Stellvertretenden Generaldirektor unterstützt. Der Stellvertretende Generaldirektor ist für das unabhängige Risikocontrolling und die Compliance verantwortlich. Der Generaldirektor und der Stellvertretende Generaldirektor werden durch beratende Managementausschüsse unterstützt.

Die wichtigsten beratenden Ausschüsse sind der Exekutiv-ausschuss, der Finanzausschuss sowie der Ausschuss Compliance und Operationelles Risiko. Vorsitzender der beiden erstgenannten Ausschüsse ist der Generaldirektor, Vorsitzender des dritten der Stellvertretende Generaldirektor. Alle drei Ausschüsse setzen sich aus hochrangigen Mitgliedern des Managements der Bank zusammen. Der Exekutiv-ausschuss berät den Generaldirektor in erster Linie bei der strategischen Planung und Ressourcenallokation der Bank, ferner bei Beschlüssen über die allgemeinen finanziellen Ziele des Bankgeschäfts und über die Handhabung des operationellen Risikos. Der Finanzausschuss berät den Generaldirektor bei der Verwaltung der Finanzmittel und in Grundsatzfragen des Bankgeschäfts, einschließlich der Allokation von ökonomischem Kapital auf die Risikokategorien. Der Ausschuss Compliance und Operationelles Risiko fungiert als beratender Ausschuss für den Stellvertretenden Generaldirektor; er sorgt für die bankweite Koordinierung von Compliance-Angelegenheiten und des Managements des operationellen Risikos.

Für die unabhängige Risikokontrolle von finanziellen Risiken ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die unabhängige Kontrolle des operationellen Risikos wird gemeinsam von der Abteilung Risikocontrolling, die für die Quantifizierung der operationellen Risiken zuständig ist, und der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko wahrgenommen. Beide Abteilungen unterstehen direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor.

Die Compliance-Funktion wird von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko wahrgenommen. Ziel ist es, hinreichend sicherzustellen, dass die Tätigkeiten der BIZ und ihres Personals im Einklang stehen mit anwendbaren Gesetzen und Verordnungen, den BIZ-Statuten, dem Verhaltenskodex der Bank, sonstigen internen Vorschriften und Grundsätzen sowie einschlägigen Praxisempfehlungen.

Die Abteilung Compliance und Operationelles Risiko identifiziert und beurteilt Compliance-Risiken und sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Compliance-Fragen. Der Leiter der Abteilung hat eine direkte Berichtslinie zum Revisionskomitee, einem beratenden Ausschuss des Verwaltungsrats.

Finanzwesen und Rechtsdienst ergänzen das Risikomanagement der Bank. Der Abteilung Finanzwesen obliegt die Durchführung einer unabhängigen Bewertungskontrolle, sie erstellt die Finanzausweise der Bank und kontrolliert ihre Ausgaben durch Erstellen und Überwachen des Jahresbudgets. Die unabhängige Bewertungskontrolle soll sicherstellen, dass die Bewertungen der Bank gemäß ihren Bewertungsgrundsätzen und -verfahren erfolgen und dass die Verfahren, die die Bewertungen der Bank beeinflussen, Best-Practice-Richtlinien entsprechen. Das Finanzwesen untersteht direkt dem Generalsekretär.

Der Rechtsdienst gibt bei vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank Rat und Unterstützung aus juristischer Perspektive. Der Rechtsdienst untersteht direkt dem Generaldirektor.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und berichtet darüber, inwieweit sie mit den internen Standards im Einklang stehen und bewährter Praxis im Finanzsektor folgen. Zur Internen Revision gehört auch die Überprüfung der Risikomanagementverfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Entscheidungsprozesse. Die Interne Revision hat eine direkte Berichtslinie zum Revisionskomitee und untersteht dem Generaldirektor und dem Stellvertretenden Generaldirektor.

B. Risikoüberwachung und Berichterstattung

Das Risikoprofil, die Risikoposition und die Performance der Bank hinsichtlich der finanziellen und operationellen Risiken werden von den zuständigen Abteilungen fortlaufend überwacht. Regelmäßig werden Berichte über finanzielle Risiken und Compliance für verschiedene Managementebenen erstellt, damit die Geschäftsleitung das Risikoprofil und die Finanzlage der Bank hinreichend einschätzen kann.

Die Geschäftsleitung legt die Finanz- und Risikoinformationen alle zwei Monate dem Verwaltungsrat vor. Ferner erhält das Revisionskomitee regelmäßige Berichte von der Internen Revision, der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko sowie dem Finanzwesen. Das Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee, ein weiterer beratender Ausschuss des Verwaltungsrats, erhält regelmäßige Berichte von der Abteilung Risikocontrolling und der Bankabteilung. Für die Erstellung dieser Berichte gelten umfassende Grundsätze und Verfahren, die eine strenge Kontrolle gewährleisten.

C. Risikomanagementverfahren

Für die Bewertung ihrer Finanzinstrumente und die Messung des Risikos für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital bedient sich die Bank einer ganzen Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Standards.

In den Modellvalidierungsgrundsätzen der Bank werden Rollen und Verantwortlichkeiten sowie Abläufe für die Einführung neuer oder wesentlich veränderter Risikomodelle definiert.

Eine zentrale Methode der Bank für die Messung und Handhabung von Risiken ist die Berechnung des ökonomischen Kapitals mithilfe von Value-at-Risk-Techniken (VaR-Techniken). Der VaR drückt die statistische Schätzung eines maximalen Verlusts – gestützt auf ein bestimmtes Konfidenzniveau und einen vorgegebenen Zeithorizont – für die aktuellen Positionen der Bank aus.

Das berechnete ökonomische Kapital der Bank ist eine Messgröße für den Betrag an Eigenkapital, der erforderlich ist, um Verluste aus den bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau zugrunde gelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten.

Die Bank beurteilt die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung auf der Basis der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko, das Kreditrisiko und das operationelle Risiko, ergänzt durch Sensitivitäts- und Risikofaktoranalysen. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals der Bank werden ein Konfidenzniveau von 99,995% und eine Haltedauer von einem Jahr angenommen.

Die Bank stellt ökonomisches Kapital für die oben genannten Risikokategorien bereit. Zusätzliches ökonomisches Kapital wird aufgrund von Einschätzungen der Geschäftsleitung über Risiken bereitgestellt, die nicht (oder nur unvollständig) in den Berechnungen des ökonomischen Kapitals zum Ausdruck kommen.

Umfassende Stresstests ergänzen die Risikoeinschätzung der Bank, einschließlich ihrer Berechnungen von VaR und ökonomischem Kapital für finanzielle Risiken. Diese Tests werden für die zentralen Marktrisikofaktoren und die wichtigsten Kreditengagements der Bank durchgeführt. Die Stresstestverfahren schließen die Analyse historischer Krisen und hypothetischer negativer Wirtschaftsszenarien sowie Sensitivitätstests extremer, aber plausibler Veränderungen der wichtigsten identifizierten Risikofaktoren ein. Überdies führt die Bank Stresstests für das Liquiditätsrisiko durch.

3. Kreditrisiko

Kreditrisiko entsteht, weil eine Gegenpartei möglicherweise ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten vertraglichen Konditionen nicht nachkommt.

Die Bank steuert das Kreditrisiko mithilfe von Grundsätzen und Regeln, die der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung aufgestellt haben. Diese werden durch detailliertere Richtlinien und Arbeitsanweisungen auf Ebene des unabhängigen Risikocontrollings ergänzt.

A. Einschätzung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird kontinuierlich auf der Ebene der Gegenpartei und auf Portfolioebene überwacht. Im Rahmen des unabhängigen Risikocontrollings werden Bonitätsbeurteilungen der einzelnen Gegenparteien durchgeführt. Hierfür besteht ein genau festgelegtes internes Ratingverfahren mit 18 Ratingklassen. In diesem Verfahren werden die Finanzausweise einer Gegenpartei und relevante Marktinformationen analysiert. Die Ratingmethode hängt von der Art der Gegenpartei ab. Gestützt auf das interne Rating und die besonderen Merkmale der Gegenpartei legt die Bank eine Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder fest. Jede Gegenpartei erhält ein internes Rating. Grundsätzlich werden die Ratings und die entsprechenden Limits mindestens einmal jährlich überprüft. Das wichtigste Beurteilungskriterium bei diesen Überprüfungen ist die Fähigkeit der Gegenparteien, ihre Verpflichtungen für Zins- und Tilgungszahlungen fristgemäß zu erfüllen.

Die Kreditrisikolimits für die einzelnen Gegenparteien werden von der Geschäftsleitung der Bank in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen genehmigt.

Das Kreditrisiko, einschließlich Ausfall- und Transferrisiko, wird aggregiert und gestützt auf die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko gemessen, überwacht und begrenzt. Für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko verwendet die Bank ein Portfolio-VaR-Modell, unter Annahme eines Zeithorizonts von einem Jahr und eines Konfidenzniveaus von 99,995%. Die Geschäftsleitung begrenzt das gesamte von der Bank eingegangene Kreditrisiko durch die Zuweisung von ökonomischem Kapital.

B. Minderung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird durch den Einsatz von Sicherheiten und durch rechtlich durchsetzbare Netting- oder Aufrechnungsvereinbarungen gemindert. Die entsprechenden Aktiva und Passiva werden in der Bilanz nicht gegeneinander aufgerechnet.

Die Bank nimmt Sicherheiten herein im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, von bestimmten Derivativkontrakten und beanspruchten Fazilitäten; damit mindert sie das Ausfallrisiko im Einklang mit den entsprechenden Grundsätzen und Verfahren. Der Wert der Sicherheiten wird fortlaufend überwacht; wenn erforderlich, werden zusätzliche Sicherheiten verlangt.

Das Erfüllungsrisiko mindert die Bank, indem sie etablierte Clearingzentren verwendet und die Transaktionen wenn möglich Zug um Zug (Lieferung gegen Zahlung) abwickelt. Die Tageslimits für das Erfüllungsrisiko werden fortlaufend überwacht.

C. Ausfallrisiko nach Art der Forderung und des Schuldners

Die folgenden Tabellen zeigen die Ausfallrisiken der Bank am 31. März 2008 bzw. 2007, ohne Berücksichtigung von Sicherheiten oder anderen Bonitätsverbesserungen, die der Bank zur Verfügung stehen. Die Werte in den Tabellen beruhen auf dem Buchwert der bilanzwirksamen Forderungen, aufgegliedert nach Sektor. Bei Gold und Goldeinlagen wird in Verwahrung gehaltenes Gold ausgeklammert, bei den kurzfristigen Forderungen werden bereits eingegangene, aber noch nicht abgerechnete Verbindlichkeiten nicht berücksichtigt, da diese Posten kein Kreditrisiko für die Bank darstellen. Der Buchwert entspricht dem Fair Value der Finanzinstrumente, einschließlich Derivaten, außer bei sehr kurzfristigen Finanzinstrumenten (Sicht- und Kündigungseinlagekonten) und Goldeinlagen, die zum fortgeführten Einstandswert ausgewiesen werden. Zusagen werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Bestehende Ausfallrisiken am 31. März 2008

Forderungskategorie/Schuldnerart	Staaten- und Zentralbanken	Öffentlicher Sektor	Banken	Unternehmen	Verbriefung	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>						
Bilanzwirksam						
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	22,4	–	14,4	–	–	36,8
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	–	–	3 805,2	232,9	–	4 038,1
Schatzwechsel	50 736,9	–	–	–	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	3 272,4	–	82 191,0	6 421,2	–	91 884,6
Terminguthaben und Kredite an Banken	8 662,2	1 598,7	51 835,0	–	–	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	18 616,3	9 963,5	27 351,5	2 695,0	3 292,2	61 918,5
Derivate	1 006,3	1,5	6 418,6	0	0	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	–	–	424,7	10,7	–	435,4
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	82 316,5	11 563,7	172 040,4	9 359,8	3 292,2	278 572,6
Zusagen						
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	304,6	–	–	–	–	304,6
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	6 463,1	–	–	–	–	6 463,1
Zusagen insgesamt	6 767,7	–	–	–	–	6 767,7
Risiken insgesamt	89 084,2	11 563,7	172 040,4	9 359,8	3 292,2	285 340,3

Bestehende Ausfallrisiken am 31. März 2007

Forderungskategorie/Schuldnerart	Staaten- und Zentralbanken	Öffentlicher Sektor	Banken	Unternehmen	Verbriefung	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>						
Bilanzwirksam						
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	80,7	–	11,7	–	–	92,4
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	–	–	3 337,8	282,0	–	3 619,8
Schatzwechsel	43 159,3	–	–	–	–	43 159,3
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	470,1	–	60 719,7	–	–	61 189,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	133,1	3 445,8	87 654,9	–	–	91 233,8
Staats- und andere Wertpapiere	10 616,2	9 243,6	25 550,2	2 887,6	3 946,4	52 244,0
Derivate	23,4	0,1	1 827,3	–	–	1 850,8
Kurzfristige Forderungen	–	–	466,1	24,1	–	490,2
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	54 482,8	12 689,5	179 567,7	3 193,7	3 946,4	253 880,1
Zusagen						
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	336,0	–	–	–	–	336,0
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	6 875,8	–	–	–	–	6 875,8
Zusagen insgesamt	7 211,8	–	–	–	–	7 211,8
Risiken insgesamt	61 694,6	12 689,5	179 567,7	3 193,7	3 946,4	261 091,9

Die Aktiva der Bank sind überwiegend in Wertpapieren angelegt, die von den G10-Staaten und von Finanzinstituten mit einem Rating von mindestens A– emittiert wurden. Da die Zahl der erstklassigen Schuldner in diesen Sektoren begrenzt ist, ist die Bank einem Einzelkreditnehmer-Konzentrationsrisiko ausgesetzt.

D. Ausfallrisiko nach Region

Die folgenden Tabellen zeigen die Ausfallrisiken der Bank aufgliedert nach Region. Die Gliederung basiert auf dem Sitzland jeder juristischen Person. Bei Gold und Goldeinlagen wird in Verwahrung gehaltenes Gold ausgeklammert, bei den kurzfristigen Forderungen werden bereits eingegangene, aber noch nicht abgerechnete Verbindlichkeiten nicht berücksichtigt, da diese Posten kein Kreditrisiko für die Bank darstellen. Die Positionen werden zum Fair Value angesetzt, mit Ausnahme von Goldeinlagen und sehr kurzfristigen Finanzinstrumenten (Sicht- und Kündigungseinlagekonten), die zum fortgeführten Einstandswert ausgewiesen werden. Zusagen werden zum Nominalwert ausgewiesen.

31. März 2008

Risiken nach Region

<i>Mio. SZR</i>	Afrika und Europa	Asien-Pazifik-Raum	Nord- und Südamerika	Internationale Organisationen	Insgesamt
Bilanzwirksam					
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	25,6	1,2	10,0	–	36,8
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	1 891,4	116,4	2 030,3	–	4 038,1
Schatzwechsel	12 931,6	37 777,2	28,1	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	89 251,3	–	2 633,3	–	91 884,6
Terminguthaben und Kredite an Banken	49 740,0	2 463,3	8 966,9	925,7	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	36 722,9	7 740,3	11 882,7	5 572,6	61 918,5
Derivate	6 111,1	88,8	1 225,0	1,5	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	38,3	–	397,1	–	435,4
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	196 712,2	48 187,2	27 173,4	6 499,8	278 572,6
Zusagen					
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	304,6	–	–	–	304,6
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	192,0	6 110,1	161,0	–	6 463,1
Zusagen insgesamt nach Region	496,6	6 110,1	161,0	–	6 767,7
Risiken insgesamt nach Region	197 208,8	54 297,3	27 334,4	6 499,8	285 340,3

31. März 2007

Risiken nach Region

<i>Mio. SZR</i>	Afrika und Europa	Asien-Pazifik-Raum	Nord- und Südamerika	Internationale Organisationen	Insgesamt
Bilanzwirksam					
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	72,2	10,0	10,2	–	92,4
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	2 484,5	344,6	790,7	–	3 619,8
Schatzwechsel	22 477,1	18 021,4	2 660,8	–	43 159,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	59 918,2	272,0	999,6	–	61 189,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	73 284,4	6 060,6	11 765,7	123,1	91 233,8
Staats- und andere Wertpapiere	32 827,1	9 141,6	8 831,3	1 444,0	52 244,0
Derivate	1435,2	34,5	381,1	–	1 850,8
Kurzfristige Forderungen	24,1	–	466,1	–	490,2
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	192 522,8	33 884,7	25 905,5	1 567,1	253 880,1
Zusagen					
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	138,0	198,0	–	–	336,0
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	190,0	6 619,8	66,0	–	6 875,8
Zusagen insgesamt nach Region	328,0	6 817,8	66,0	–	7 211,8
Risiken insgesamt nach Region	192 850,8	40 702,5	25 971,5	1 567,1	261 091,9

E. Kreditrisikominderung und Sicherheiten

31. März	2008		2007	
	Fair Value der betreffenden Kontrakte	Wert der Sicherheiten	Fair Value der betreffenden Kontrakte	Wert der Sicherheiten
<i>Mio. SZR</i>				
Sicherheit erhalten für				
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	91 884,6	92 167,7	61 193,0	61 481,0
Zinsswaps	2 979,3	2 429,7	(128,5)	26,8
Erhaltene Sicherheiten insgesamt	94 863,9	94 597,4	61 064,5	61 507,8
Sicherheit gestellt für				
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	1 894,1	1 898,2	1 062,5	1 055,9
Gestellte Sicherheiten insgesamt	1 894,1	1 898,2	1 062,5	1 055,9

Die vorstehende Tabelle zeigt die von der Bank erhaltenen und gestellten Sicherheiten. Die Bank erhält Sicherheiten im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften und von Besicherungsvereinbarungen für bestimmte Zinsswaps. Die Bank ist berechtigt, diese Sicherheiten zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sie muss bei Ablauf der Vereinbarung jedoch gleichwertige Finanzinstrumente liefern. Anerkennungsfähige Sicherheiten für Reverse Repos sind Wertpapiere von Staaten, supranationalen Organisationen und US-„Agencies“. Zu den anerkennungsfähigen Sicherheiten für Zinsswaps gehören auch US-Schatzpapiere. Im Geschäftsjahr 2007/08 wurden keine Sicherheiten weiterverpfändet oder veräußert.

Die Bank gewährt Fazilitäten, die entweder durch Einlagen bei ihr oder durch von den Kunden gehaltene Anteile von Fonds, die die Bank verwaltet, besichert werden. Am 31. März 2008 beliefen sich die unbeanspruchten Fazilitäten, die gegen Besicherung gezogen werden könnten, auf insgesamt SZR 6 463,1 Mio. (2007: SZR 6 875,8 Mio.).

Die Bank stellt Sicherheiten für mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere. Diese Sicherheiten sind Staats- oder „Agency“-Papiere.

F. Kreditqualität nach Kategorie der finanziellen Vermögenswerte

Eine finanzielle Forderung gilt als überfällig, wenn die Gegenpartei eine Zahlung zum vertraglich vereinbarten Termin nicht leistet. Die Bank bewertet nahezu alle ihre finanziellen Vermögenswerte (Forderungen) täglich neu zum Fair Value und überprüft die Bewertungen monatlich, wobei etwaige Wertminderungen berücksichtigt werden. Am 31. März 2008 und 2007 hatte die Bank keine überfälligen finanziellen Forderungen, und es war keine Anpassung wegen Wertminderung notwendig.

Die Kreditqualität der bilanzwirksamen Finanzinstrumente der Bank ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Die Ratings entsprechen den internen Ratings der Bank, angegeben als äquivalente externe Ratings. Bei Gold und Goldeinlagen wird in Verwahrung gehaltenes Gold ausgeklammert, bei den kurzfristigen Forderungen werden bereits eingegangene, aber noch nicht abgerechnete Verbindlichkeiten nicht berücksichtigt, da diese Posten kein Kreditrisiko für die Bank darstellen. Die Bestände an Finanzinstrumenten der Bank sind in der Tabelle zum Fair Value angesetzt, mit Ausnahme von Goldeinlagen und sehr kurzfristigen Finanzinstrumenten (Kassenbestand sowie Sicht- und Kündigungseinlagekonten), die zum fortgeführten Einstandswert ausgewiesen werden. Wie aus der Tabelle hervorgeht, haben die Positionen der Bank überwiegend ein Rating von mindestens A-.

31. März 2008

Forderungskategorie/Rating Gegenpartei	AAA	AA	A	BBB	BB und darunter	Ohne Rating	Fair Value insgesamt
<i>Mio. SZR</i>							
Bilanzwirksame Risiken							
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	22,7	12,0	1,6	0,5	–	–	36,8
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)		3 123,2	914,9	–	–	–	4 038,1
Schatzwechsel	9 878,9	38 735,2	2 122,8	–	–	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	182,7	71 573,5	20 128,4	–	–	–	91 884,6
Terminguthaben und Kredite an Banken	8 843,2	31 847,6	20 348,5	–	1 056,6	–	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	25 990,6	26 135,8	9 754,8	37,3	–	–	61 918,5
Derivate	994,0	5 291,3	1 096,1	11,2	33,8	–	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	397,1	4,8	22,8	–	–	10,7	435,4
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	46 309,2	176 723,4	54 389,9	49,0	1 090,4	10,7	278 572,6
<i>Prozent</i>	<i>17%</i>	<i>63%</i>	<i>20%</i>	<i>–</i>	<i>–</i>		<i>100%</i>
Zusagen							
Unbesichert	304,6	–	–	–	–	–	304,6
Besichert	180,0	531,0	4 087,1	713,0	952,0	–	6 463,1
Zusagen insgesamt	484,6	531,0	4 087,1	713,0	952,0	–	6 767,7
Risiken insgesamt nach Rating der Gegenpartei	46 793,8	177 254,4	58 477,0	762,0	2 042,4	10,7	285 340,3

G. Mindestkapitalanforderung für das Kreditrisiko

Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen

Für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva bei den Forderungen an Banken, Staaten und Unternehmen verwendet die Bank überwiegend einen Ansatz, der dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz entspricht.

Grundsätzlich werden in diesem Ansatz die risikogewichteten Aktiva so bestimmt, dass die Kreditpositionen mit den Risikogewichten multipliziert werden, die aus der einschlägigen Risikogewichtsfunktion von Basel II abgeleitet werden. Für die wichtigsten Parameter kommen bankeigene Schätzungen zur Anwendung, die auch für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko von Bedeutung sind.

Der maßgebliche Forderungsbetrag einer Transaktion oder Position wird als Forderung bei Ausfall („exposure at default“, EAD) bezeichnet. Die Bank ermittelt die EAD als Nominalbetrag aller Kreditforderungen in und außerhalb der Bilanz, ausgenommen Derivate. Für Derivate wird die EAD mithilfe eines Ansatzes berechnet, der der internen Modellmethode gemäß Basel II entspricht. Dabei werden die effektiven erwarteten positiven Forderungsbeträge ermittelt und – wie in der Rahmenvereinbarung angegeben – mit einem Faktor Alpha multipliziert.

Die wichtigsten Parameter der Risikogewichtsfunktion sind die geschätzte einjährige Ausfallwahrscheinlichkeit eines Schuldners sowie die geschätzte Verlustquote und die Restlaufzeit einer Transaktion.

Infolge der hohen Kreditqualität der Forderungen der BIZ und des konservativen Kreditrisikomanagements ist die Bank nicht in der Lage, Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten aufgrund eigener Daten zu schätzen. Mangels eigener Ausfalldaten kalibriert die Bank die Schätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten mittels Zuordnung interner Ratingklassen zu externen Bonitätsbeurteilungen und Berücksichtigung externer Ausfalldaten. Ebenso werden die Schätzungen der Verlustquoten aus externen Daten abgeleitet und gegebenenfalls entsprechend der risikomindernden Wirkung von erhaltenen Sicherheiten angepasst. Dabei werden die Marktpreisvolatilität sowie die Häufigkeit von Nachschubberechnungen und Neubewertungen berücksichtigt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Berechnung der risikogewichteten Aktiva im Einzelnen. Die Positionen werden unter Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen und Besicherungen gemessen. Im Gesamtbetrag der in der Tabelle aufgeführten Positionen am 31. März 2008 sind Zinskontrakte im Betrag von SZR 5 998,3 Mio. sowie Währungs- und Goldkontrakte im Betrag von SZR 2 823,1 Mio. enthalten.

31. März 2008

Interne Ratingklasse, angegeben als äquivalentes externes Rating	Maßgeblicher Forderungsbetrag	Forderungsgewichtete durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit	Forderungsgewichtete durchschnittliche Verlustquote	Forderungsgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Prozent/Mio. SZR	Mio. SZR	%	%	%	Mio. SZR
AAA	42 393,0	0,01	34,0	3,3	1 417,7
AA	178 155,6	0,03	22,2	3,5	6 201,3
A	58 280,9	0,05	25,4	6,2	3 631,3
BBB	947,2	0,22	11,1	7,3	68,8
BB und darunter	1 783,5	10,04	5,2	22,2	396,1
Insgesamt	281 560,2				11 715,2

H. Verbriefungspositionen

Die Bank hält nur Verbriefungen mit sehr hohem Rating. Die risikogewichteten Aktiva für diese Positionen werden mithilfe des Standardansatzes berechnet.

Angesichts der Art der Geschäfte der Bank werden die risikogewichteten Aktiva gemäß Basel II nach dem Standardansatz für Verbriefungen ermittelt. Dabei werden die relevanten Risikogewichte auf der Basis der externen Bonitätsbeurteilungen bestimmt. Für die Bestimmung der Risikogewichte von Verbriefungspositionen werden die Ratingagenturen Moody's Investors Service, Standard & Poor's und Fitch Ratings herangezogen. Die risikogewichteten Aktiva ergeben sich aus der Multiplikation der Nominalwerte der Positionen mit den entsprechenden Risikogewichten.

Die folgende Tabelle zeigt die Anlagen der Bank in Verbriefungen, gegliedert nach Art der verbrieften Forderungen.

31. März 2008

Mio. SZR	Externes Rating	Betrag der Positionen	Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Asset-backed Commercial Paper	A1/P1/F1+	168,7	20%	33,7
Mit Wohnimmobilienhypotheken unterlegte Wertpapiere	AAA	1 344,2	20%	268,9
Mit Kreditkartenforderungen unterlegte Wertpapiere	AAA	1 111,0	20%	222,2
Mit sonstigen Forderungen unterlegte Wertpapiere (staatlich unterstützt)	AAA	750,1	20%	150,0
Insgesamt		3 374,0		674,8

4. Marktrisiko

Die Bank ist dem Marktrisiko in Form von negativen Entwicklungen von Marktpreisen ausgesetzt. Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Zinsänderungsrisiko und das Fremdwährungsrisiko. Marktrisiken entstehen der Bank hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Die Bank misst das Marktrisiko und berechnet das ökonomische Kapital mithilfe einer VaR-Methode unter Anwendung einer Monte-Carlo-Simulation. Die Volatilitäten und Korrelationen von Risikofaktoren werden über einen Beobachtungszeitraum von einem Jahr geschätzt. Darüber hinaus berechnet die Bank die Sensitivität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren.

Da die Bank bestrebt ist, ihre sehr hohe Bonität zu halten, wird das ökonomische Kapital mit einem Konfidenzniveau von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr gemessen. Die Geschäftsleitung der Bank steuert das ökonomische Kapital für das Marktrisiko in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen. Die VaR-Limits werden durch operationelle Limits ergänzt.

VaR-Modelle hängen von statistischen Annahmen und der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab; sie sind zwar zukunftsgerichtet, extrapolieren jedoch aus historischen Daten.

Um sicherzustellen, dass die Modellierung verlässliche Angaben zu potenziellen Verlusten über den einjährigen Zeithorizont liefert, führt die Bank regelmäßig ein umfassendes Backtesting durch. In dessen Rahmen werden die Tagesergebnisse mit den entsprechenden VaR-Schätzungen verglichen. Die Resultate werden analysiert und der Geschäftsleitung gemeldet.

Die Bank ergänzt darüber hinaus sowohl ihre Messung des Marktrisikos mithilfe des VaR-Modells als auch die entsprechenden Berechnungen des ökonomischen Kapitals durch eine Reihe von Stresstests. Diese Stresstests beinhalten historische Krisen, hypothetische negative Wirtschaftsszenarien sowie Sensitivitätstests in Bezug auf Goldpreis-, Zins- und Wechselkursbewegungen.

A. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist das Risiko, dass sich Veränderungen des Goldpreises negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken.

Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldanlageaktiva (125 Tonnen; 2007: 150 Tonnen) ausgesetzt. Diese Goldanlageaktiva werden in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2008 betrug die Goldposition der Bank SZR 2 247,0 Mio. (2007: SZR 2 115,2 Mio.), rund 17% ihres Eigenkapitals (2007: 17%). Ferner ist die Bank dem Goldpreisrisiko manchmal in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt. Das Goldpreisrisiko wird mit der VaR-Methode der Bank, einschließlich der Berechnungen des ökonomischen Kapitals und Stresstests, gemessen.

B. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist das Risiko, dass sich Zinsänderungen negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken.

Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko hauptsächlich durch verzinsliche Aktiva im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Diese Aktiva werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet. In begrenztem Umfang entsteht Zinsänderungsrisiko auch im Zusammenhang mit der Hereinnahme und Wiederanlage von Kundeneinlagen.

Die Bank misst und überwacht das Zinsänderungsrisiko mithilfe einer VaR-Methode und von Sensitivitätsanalysen; berücksichtigt werden dabei Veränderungen der wichtigsten Geldmarktsätze, Preise von Staatsanleihen, Swapsätze und Zinsaufschläge.

In den folgenden Tabellen wird dargestellt, wie sich eine Verschiebung der relevanten Renditenstrukturkurve um 1 Prozentpunkt nach oben auf das Eigenkapital der Bank auswirkt (nach Laufzeitband).

31. März 2008

Mio. SZR	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(5,8)	(3,4)	(26,9)	(16,6)	(17,3)	(31,7)	(61,4)
Yen	0,1	(0,9)	(4,8)	(7,7)	(7,5)	(4,4)	(19,9)
Pfund Sterling	3,9	(3,8)	(4,6)	(5,8)	(5,8)	(6,9)	(23,3)
Schweizer Franken	(0,6)	0,1	(0,6)	(0,5)	(0,5)	(1,0)	2,2
US-Dollar	(2,6)	(15,0)	(23,9)	(12,4)	(16,3)	(26,1)	(72,7)
Sonstige Währungen	(1,7)	(6,0)	(8,2)	(2,9)	(13,3)	(1,1)	–
Insgesamt	(6,7)	(29,0)	(69,0)	(45,9)	(60,7)	(71,2)	(175,1)

31. März 2007

Mio. SZR	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(10,7)	5,8	(24,9)	(23,1)	(18,1)	(19,6)	(52,9)
Yen	(0,3)	0,2	(4,8)	(5,7)	(6,7)	(6,3)	(13,3)
Pfund Sterling	(8,0)	8,3	(5,7)	(5,6)	(7,5)	(8,5)	(17,8)
Schweizer Franken	(0,8)	(0,6)	(0,4)	(0,7)	(0,6)	(0,9)	2,0
US-Dollar	(25,6)	(2,6)	(29,1)	(14,5)	(13,2)	(26,1)	(68,7)
Sonstige Währungen	(0,7)	(6,5)	(13,9)	(10,1)	(2,7)	(13,9)	(0,4)
Insgesamt	(46,1)	4,6	(78,8)	(59,7)	(48,8)	(75,3)	(151,1)

C. Fremdwährungsrisiko

Die Funktionalwährung der Bank, das SZR, ist eine Korbwährung, die sich aus festen Beträgen in USD, EUR, JPY und GBP zusammensetzt. Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich Wechselkursveränderungen negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken. Die Bank ist dem Fremdwährungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Fremdwährungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Fremdwährungsrisiken, indem sie die betreffenden Aktiva in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und regelmäßig anpasst und bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und bei Devisengeschäften das Risiko begrenzt.

Das Fremdwährungsrisiko wird mithilfe der VaR-Methode der Bank und von Sensitivitätsanalysen gemessen und überwacht; beobachtet wird dabei die Entwicklung der wichtigsten Wechselkurse.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Aktiva und Passiva der Bank gegliedert nach Währungen und Gold. Die in den Tabellen ausgewiesene Nettosition in Währungen und Gold schließt somit die Goldanlagen der Bank ein. Um die Nettowährungsposition der Bank zu ermitteln, müssen die Goldanlagen ausgeklammert werden. Die Nettowährungsposition auf SZR-neutraler Basis ergibt sich dann, indem die Nettowährungsposition ohne Goldanlagen um die SZR-neutrale Position verringert wird.

31. März 2008

<i>Mio. SZR</i>	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Sonstige Gold Währungen	Insgesamt	
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	–	9,3	14,5	2,1	–	4,7	–	6,2	36,8
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	–	17,2	–	–	–	–	31 520,5	–	31 537,7
Schatzwechsel	–	28,1	12 931,5	–	37 777,3	–	–	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	–	1 823,5	79 059,5	7 911,8	3 089,8	–	–	–	91 884,6
Terminguthaben und Kredite an Banken	669,8	45 677,1	4 565,0	9 250,4	182,7	972,1	–	778,8	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	–	29 690,6	22 395,8	4 195,1	1 472,5	62,4	–	4 102,1	61 918,5
Kurzfristige Forderungen	–	4 400,1	35,8	710,5	24,4	7,4	–	133,6	5 311,8
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	190,4	–	–	–	–	–	–	–	190,4
Insgesamt	860,2	81 645,9	119 002,1	22 069,9	42 546,7	1 046,6	31 520,5	5 020,7	303 712,6
Passiva									
Währungseinlagen	(2 238,8)	(157 367,2)	(45 777,9)	(17 837,7)	(3 601,3)	(987,0)	–	(8 311,0)	(236 120,9)
Goldeinlagen	–	(8,9)	–	–	–	–	(29 092,5)	–	(29 101,4)
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	(1 489,1)	–	(405,0)	–	–	–	–	(1 894,1)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	–	(2 094,5)	(22 011,4)	(146,9)	–	–	–	(112,6)	(24 365,4)
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(117,2)	(0,5)	–	–	(208,8)	–	–	(326,5)
Insgesamt	(2 238,8)	(161 076,9)	(67 789,8)	(18 389,6)	(3 601,3)	(1 195,8)	(29 092,5)	(8 423,6)	(291 808,3)
Derivative Finanzinstrumente netto	71,6	84 238,4	(46 363,2)	(2 340,1)	(37 560,1)	(49,2)	(181,0)	3 382,3	1 198,7
Währungs- und Goldposition netto	(1 307,0)	4 807,4	4 849,1	1 340,2	1 385,3	(198,4)	2 247,0	(20,6)	13 103,0
Bereinigung um Goldanlageaktiva	–	–	–	–	–	–	(2 247,0)	–	(2 247,0)
Währungsposition netto	(1 307,0)	4 807,4	4 849,1	1 340,2	1 385,3	(198,4)	–	(20,6)	10 856,0
SZR-neutrale Position	1 307,0	(4 683,0)	(4 788,5)	(1 327,0)	(1 364,5)	–	–	–	(10 856,0)
Währungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	–	124,4	60,6	13,2	20,8	(198,4)	–	(20,6)	–

31. März 2007

	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Gold	Sonstige Währungen	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>									
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	–	10,0	56,0	1,1	–	2,5	–	22,8	92,4
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	–	–	–	–	–	–	15 434,3	23,3	15 457,6
Schatzwechsel	–	2 658,4	22 479,5	–	18 021,4	–	–	–	43 159,3
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	–	1 087,2	54 235,8	5 594,7	272,1	–	–	–	61 189,8
Terminguthaben und Kredite an Banken	73,4	72 844,2	724,7	15 419,0	2,8	936,6	–	1 233,1	91 233,8
Staats- und andere Wertpapiere	–	18 185,0	23 361,5	3 476,6	1 993,2	61,6	–	5 166,1	52 244,0
Kurzfristige Forderungen	–	4 657,2	213,6	458,7	28,0	115,8	–	0,3	5 473,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	188,0	–	–	–	–	–	–	–	188,0
Insgesamt	261,4	99 442,0	101 071,1	24 950,1	20 317,5	1 116,5	15 434,3	6 445,6	269 038,5
Passiva									
Währungseinlagen	(2 006,3)	(138 444,1)	(46 372,0)	(22 781,6)	(3 381,4)	(1 068,0)	–	(7 745,3)	(221 798,7)
Goldeinlagen	–	(12,8)	–	–	–	–	(13 122,1)	–	(13 134,9)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	(889,2)	(173,3)	–	–	–	–	–	(1 062,5)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	–	(1 118,8)	(17 772,5)	(132,2)	(280,6)	–	(182,7)	(97,3)	(19 584,1)
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(145,0)	(48,5)	–	–	(173,2)	–	(7,1)	(373,8)
Insgesamt	(2 006,3)	(140 609,9)	(64 366,3)	(22 913,8)	(3 662,0)	(1 241,2)	(13 304,8)	(7 849,7)	(255 954,0)
Derivative Finanzinstrumente netto	118,5	46 066,1	(32 435,9)	(730,3)	(15 366,3)	(40,5)	(14,3)	1 410,5	(992,2)
Währungs- und Goldposition netto	(1 626,4)	4 898,2	4 268,9	1 306,0	1 289,2	(165,2)	2 115,2	6,4	12 092,3
Bereinigung um Goldanlageaktiva	–	–	–	–	–	–	(2 115,2)	–	(2 115,2)
Währungsposition netto	(1 626,4)	4 898,2	4 268,9	1 306,0	1 289,2	(165,2)	–	6,4	9 977,1
SZR-neutrale Position	1 626,4	(4 819,0)	(4 214,7)	(1 363,0)	(1 206,8)	–	–	–	(9 977,1)
Währungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	–	79,2	54,2	(57,0)	82,4	(165,2)	–	6,4	–

D. Marktrisiko-VaR nach Risikoart und insgesamt

Die Bank misst das Marktrisiko mittels einer VaR-Methode unter Anwendung einer Monte-Carlo-Simulation und Berücksichtigung der Korrelationen von Risikofaktoren. Auch das ökonomische Kapital für das Marktrisiko wird mit diesem Verfahren berechnet, mit einem Konfidenzniveau von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr. Die Bank misst ihr Goldpreisisiko basierend auf Veränderungen des USD-Wertes von Gold. Die Wechselkurskomponente, die sich aus Veränderungen des Wechselkurses USD/SZR ergibt, ist im Messverfahren für das Fremdwährungsrisiko eingeschlossen. Die nachstehenden Tabellen zeigen die Kennzahlen zum Marktrisiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2008				2007			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Goldpreisisiko	1 399,7	2 163,9	958,1	2 116,1	1 844,1	2 690,7	1 250,9	1 278,5
Zinsänderungsrisiko	1 294,4	2 200,6	623,4	2 187,0	682,4	937,8	553,6	654,8
Fremdwährungsrisiko	289,0	574,0	169,9	519,3	336,2	461,0	230,9	233,3
Korrelations- und Diversifizierungseffekte	(1 227,6)	(1 988,5)	(571,9)	(2 132,7)	(992,0)	(1 526,9)	(734,4)	(777,5)
VaR insgesamt	1 755,5	2 950,0	1 179,5	2 689,7	1 870,7	2 562,6	1 301,0	1 389,1

Für die Berechnung der Mindestkapitalanforderung für das Marktrisiko gemäß Basel II unterstellt die Bank ein Anlagebuch entsprechend Art und Umfang ihrer Geschäftstätigkeit. Folglich werden die risikogewichteten Aktiva für das Goldpreisisiko und das Fremdwährungsrisiko ermittelt, nicht jedoch für das Zinsänderungsrisiko. Die entsprechende Mindestkapitalanforderung wird mithilfe der auf dem VaR beruhenden internen Modellmethode berechnet. Dabei wird der VaR gemäß der VaR-Methode der Bank berechnet, mit folgenden Annahmen: Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 10 Tage und historischer Beobachtungszeitraum 1 Jahr.

Zur Bestimmung der tatsächlichen Mindestkapitalanforderung dient der höhere der folgenden beiden VaR-Werte als Grundlage: VaR am Berechnungstag bzw. Durchschnitt der täglichen VaR-Werte der vorangegangenen 60 Geschäftstage (einschließlich Berechnungstag). Dieser Wert wird mit einem Faktor 3 multipliziert, und je nach Ergebnis des Backtesting wird noch ein Zuschlag hinzuaddiert. Während des Berichtszeitraums blieb die Zahl der Backtesting-Ausreißer innerhalb der Bandbreite, bei der kein Zuschlag erforderlich ist. Die nachstehende Tabelle zeigt die Mindestkapitalanforderung der Bank für das Marktrisiko und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva am 31. März 2008.

31. März 2008

Mio. SZR	Relevanter VaR	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
Marktrisiko:			
(A) abgeleitet als (B) / 8%	218,6	8 197,5	655,8

5. Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko entsteht, wenn die Bank möglicherweise nicht in der Lage ist, erwartete oder unerwartete, gegenwärtige oder künftige Mittelflüsse und Besicherungserfordernisse zu befriedigen, ohne ihr Tagesgeschäft oder ihre Finanzlage zu beeinträchtigen.

Die ausstehenden Beträge der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen öffentlichen Institutionen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungseinlageninstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen zum Fair Value zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Anforderungen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests mit Annahme extremer Mittelabflussszenarien durchgeführt. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die durch liquide Aktiva gedeckt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote und den Anforderungen ihrer Stresstests.

Die Währungs- und Goldeinlagen bei der Bank, hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen, bilden 89% (2007: 91%) ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Am 31. März 2008 bestanden Währungs- und Goldeinlagen von 152 Kunden (2007: 152). Diese Einlagen weisen erhebliche Einzelkundenkonzentrationen auf: Auf Basis des Erfüllungstags entfallen auf vier Kunden je über 5% des Gesamtbetrags (2007: vier Kunden).

Die folgende Tabelle zeigt das Laufzeitprofil der Mittelflüsse für Aktiva und Passiva. Die angegebenen Beträge entsprechen den nicht abgezinsten Mittelflüssen, zu denen die Bank verpflichtet ist.

31. März 2008

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	36,8	–	–	–	–	–	–	–	36,8
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	27 836,1	215,9	379,1	558,8	1 446,3	974,8	151,6	–	31 562,6
Schatzwechsel	15 043,0	27 977,7	6 629,3	1 195,5	–	–	–	–	50 845,5
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	53 803,9	14 279,9	2 079,3	–	–	–	–	–	70 163,1
Terminguthaben und Kredite an Banken	24 550,5	24 058,1	9 636,4	3 140,8	–	–	–	–	61 385,8
Staats- und andere Wertpapiere	7 940,5	8 755,7	5 245,0	6 710,1	10 340,2	15 696,2	12 543,5	923,7	68 154,9
Insgesamt	129 210,8	75 287,3	23 969,1	11 605,2	11 786,5	16 671,0	12 695,1	923,7	282 148,7
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente	(5 757,5)	(21 501,1)	(20 601,1)	(28 243,4)	(35 374,1)	(33 370,0)	(9 928,4)	(9,3)	(154 784,9)
Sonstige Währungseinlagen	(56 610,6)	(16 760,6)	(7 355,6)	(3 229,8)	–	–	–	–	(83 956,6)
Goldeinlagen	(27 579,3)	–	(18,2)	(125,1)	(864,2)	(373,9)	(150,1)	–	(29 110,8)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	(1 896,3)	–	–	–	–	–	–	–	(1 896,3)
Leer verkaufte Wertpapiere	(11,9)	–	–	–	–	(16,2)	(12,4)	(75,1)	(115,6)
Insgesamt	(91 855,6)	(38 261,7)	(27 974,9)	(31 598,3)	(36 238,3)	(33 760,1)	(10 090,9)	(84,4)	(269 864,2)
Derivate									
<i>Netto abgewickelt</i>									
Zinskontrakte	(59,6)	87,8	43,6	1 711,3	1 223,9	741,4	34,4	–	3 782,8
<i>Brutto abgewickelt</i>									
Wechselkurs- und Goldpreiskontrakte									
Zuflüsse	77 731,6	33 831,8	8 236,2	10 349,7	135,2	–	–	–	130 284,5
Abflüsse	(78 792,3)	(34 443,3)	(8 222,5)	(10 285,7)	(135,2)	–	–	–	(131 879,0)
Zwischensumme	(1 060,7)	(611,5)	13,7	64,0	–	–	–	–	(1 594,5)
Zinskontrakte – brutto abgewickelt									
Zuflüsse	80,6	121,1	239,3	529,6	534,6	917,6	1 034,0	–	3 456,8
Abflüsse	(99,8)	(157,4)	(279,4)	(673,1)	(610,6)	(1 112,6)	(1 316,8)	–	(4 249,7)
Zwischensumme	(19,2)	(36,3)	(40,1)	(143,5)	(76,0)	(195,0)	(282,8)	–	(792,9)
Derivate insgesamt	(1 139,5)	(560,0)	17,2	1 631,8	1 147,9	546,4	(248,4)	–	1 395,4
Zukünftige nicht abgezinst Mittelflüsse insgesamt	36 215,7	36 465,6	(3 988,6)	(18 361,3)	(23 303,9)	(16 542,7)	2 355,8	839,3	13 679,9

31. März 2007

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	92,4	–	–	–	–	–	–	–	92,4
Gold und Goldeinlagen (Aktiva)	12 011,9	115,5	60,4	205,3	1 008,6	1 609,0	333,2	–	15 343,9
Schatzwechsel	13 913,7	16 142,5	7 616,5	5 513,1	–	2,4	–	–	43 188,2
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	32 709,7	4 553,5	6 750,3	–	–	–	–	–	44 013,5
Terminguthaben und Kredite an Banken	29 884,2	23 350,6	22 574,6	15 926,7	534,9	–	–	–	92 271,0
Staats- und andere Wertpapiere	2 315,2	6 133,8	4 278,1	8 291,5	11 156,9	13 387,8	12 371,4	972,1	58 906,8
Insgesamt	90 927,1	50 295,9	41 279,9	29 936,6	12 700,4	14 999,2	12 704,6	972,1	253 815,8
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(8 073,2)	(11 707,8)	(23 952,7)	(34 078,5)	(25 290,4)	(28 253,5)	(7 997,8)	–	(139 353,9)
Sonstige Währungseinlagen	(48 814,3)	(11 830,0)	(11 050,3)	(15 528,1)	(4,7)	–	–	–	(87 227,4)
Goldeinlagen	(11 965,5)	(28,3)	(56,7)	(73,2)	(14,3)	(889,4)	(120,1)	–	(13 147,5)
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	(961,7)	(103,7)	–	–	–	–	–	–	(1 065,4)
Leer verkaufte Wertpapiere	(0,3)	–	–	–	–	(41,5)	(7,9)	(92,8)	(142,5)
Insgesamt	(69 815,0)	(23 669,8)	(35 059,7)	(49 679,8)	(25 309,4)	(29 184,4)	(8 125,8)	(92,8)	(240 936,7)
Derivate									
<i>Netto abgewickelt</i>									
Zinskontrakte	78,6	(350,3)	(263,3)	(132,9)	269,6	291,2	50,4	(4,3)	(61,0)
<i>Brutto abgewickelt</i>									
Wechselkurs- und Goldpreiskontrakte									
Zuflüsse	45 092,9	17 810,5	920,4	3 349,8	239,1	134,5	–	–	67 547,2
Abflüsse	(45 324,5)	(17 824,2)	(906,4)	(3 270,3)	(238,4)	(134,5)	–	–	(67 698,3)
Zwischensumme	(231,6)	(13,7)	14,0	79,5	0,7	0	–	–	(151,1)
Zinskontrakte – brutto abgewickelt									
Zuflüsse	223,6	144,8	578,4	637,9	967,2	1 297,5	1 454,2	–	5 303,6
Abflüsse	(307,4)	(159,5)	(649,7)	(771,0)	(1 031,0)	(1 336,1)	(1 559,5)	–	(5 814,2)
Zwischensumme	(83,8)	(14,7)	(71,3)	(133,1)	(63,8)	(38,6)	(105,3)	–	(510,6)
Derivate insgesamt	(236,8)	(378,7)	(320,6)	(186,5)	206,5	252,6	(54,9)	(4,3)	(722,7)
Zukünftige nicht abgezinste Mittelflüsse insgesamt	20 875,3	26 247,4	5 899,6	(19 929,7)	(12 402,5)	(13 932,6)	4 523,9	875,0	12 156,4

Die Bank geht im Rahmen ihres normalen Bankgeschäfts Stillhalterpositionen in Optionen ein. In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der Stillhalterpositionen nach Ausübungstermin gezeigt.

Stillhalterpositionen in Optionen

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1-3 Monate	3-6 Monate	6-12 Monate	1-2 Jahre	2-5 Jahre	5-10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
31. März 2008	(0,9)	(11,3)	(9,7)	(94,3)	(5,3)	-	-	-	(121,5)
31. März 2007	(8,5)	(9,7)	(3,1)	(46,5)	(0,1)	-	-	-	(67,9)

Die nachstehende Tabelle zeigt das vertragliche Verfalldatum der am Bilanzstichtag bestehenden Kreditzusagen.

Vertragliches Verfalldatum

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1-3 Monate	3-6 Monate	6-12 Monate	1-2 Jahre	2-5 Jahre	5-10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
31. März 2008	243,7	466,3	-	4 212,7	-	-	-	1 845,0	6 767,7
31. März 2007	66,0	330,4	-	4 815,4	-	-	-	2 000,0	7 211,8

6. Operationelles Risiko

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko, dass ihr durch einen oder mehrere der nachstehend beschriebenen Risikofaktoren finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen:

- Mitarbeiter: zu wenig Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, Qualifikationen oder Erfahrung, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, unzulängliche Nachfolgeplanung, Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Abläufen: Ein Ablauf ist schlecht konzipiert oder ungeeignet bzw. wird nicht richtig dokumentiert, verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Systemen: Ein System ist schlecht konzipiert, ungeeignet oder nicht verfügbar, oder es funktioniert nicht wie beabsichtigt
- Externe Ereignisse: Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat

Das operationelle Risiko schließt Rechtsrisiken ein, aber nicht strategische Risiken.

Rahmenkonzept, Grundsätze und Verfahren der Bank für das Management des operationellen Risikos umfassen die Messung und Handhabung des operationellen Risikos, einschließlich der Bestimmung der wichtigsten Parameter und Inputfaktoren, sowie die Notfallplanung und die Überwachung der wesentlichen Risikoindikatoren.

Die Bank hat ein Verfahren für die unverzügliche Meldung von Zwischenfällen in Bezug auf das operationelle Risiko geschaffen. Die Abteilung Compliance und Operationelles Risiko erarbeitet mit den zuständigen Stellen Maßnahmenpläne und prüft regelmäßig deren Umsetzung.

Bei der Messung des operationellen Risikos verwendet die Bank für die Berechnungen der risikogewichteten Aktiva und des ökonomischen Kapitals für das operationelle Risiko einen Ansatz, der dem fortgeschrittenen Messansatz von Basel II entspricht. Die wichtigsten Parameter der Berechnungen sind interne und externe Verlustdaten, Szenarioschätzungen sowie Selbsteinschätzungen der vorhandenen Kontrollmechanismen („Control Self-Assessments“), die den Veränderungen des Geschäfts- und Kontrollumfelds der Bank Rechnung tragen.

Entsprechend den Annahmen und zentralen Parametern von Basel II wird bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung für das operationelle Risiko das Reputationsrisiko ausgeklammert; es werden ein Konfidenzniveau von 99,9% und ein einjähriger Zeithorizont angenommen. Bei der Quantifizierung des operationellen Risikos berücksichtigt die Bank keinen potenziellen Versicherungsschutz.

Entsprechend den Parametern, die bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für Finanzrisiken angewandt werden, misst die Bank auch das ökonomische Kapital für das operationelle Risiko mit einem Konfidenzniveau von 99,995% und einem Zeithorizont von einem Jahr.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Mindestkapitalanforderung für das operationelle Risiko und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva am 31. März 2008.

31. März 2008

<i>Mio. SZR</i>	VaR	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
Operationelles Risiko:			
(A) berechnet als (B) / 8%	157,0	1 962,5	157,0

Bericht der Buchprüfer

an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (S. 220 bis 277) geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz vom 31. März 2008 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2007/08 zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsleitung der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den im Jahresabschluss unter „Rechnungslegungsgrundsätze“ wiedergegebenen Bewertungsmethoden erstellt worden. Die Geschäftsleitung der Bank ist verantwortlich erstens für die Gestaltung, Umsetzung und Pflege des internen Kontrollsystems, das für die Erstellung und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung des Jahresabschlusses erforderlich ist, der frei von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern ist, zweitens für die Auswahl und Anwendung geeigneter Rechnungslegungsgrundsätze und drittens für die Ermittlung von Schätzwerten, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Wir haben unsere Prüfung nach den International Standards on Auditing durchgeführt. Danach müssen wir ethische Anforderungen einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir mit angemessener Gewissheit feststellen können, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen Fehlern ist. Eine Abschlussprüfung umfasst Verfahren, die Aufschluss über die Posten und Angaben in der Jahresrechnung geben. Die gewählten Verfahren hängen vom Ermessen der Buchprüfer ab, einschließlich der Einschätzung des Risikos von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern in der Jahresrechnung. Bei dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Revisor die internen Kontrollen, die für die Erstellung und angemessene Darstellung des Jahresabschlusses von Bedeutung sind, um Prüfverfahren festzulegen, die den Umständen angemessen sind, jedoch nicht, um sich zur Wirksamkeit der internen Kontrollen zu äußern. Ferner umfasst die Revision die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der Vertretbarkeit der von der Geschäftsleitung ermittelten Schätzwerte sowie eine Bewertung der Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind, und wir sind überzeugt, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Gemäß unserer Beurteilung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechend den im Jahresabschluss dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen und den Statuten der Bank.

Deloitte AG

Dr. Philip Göth

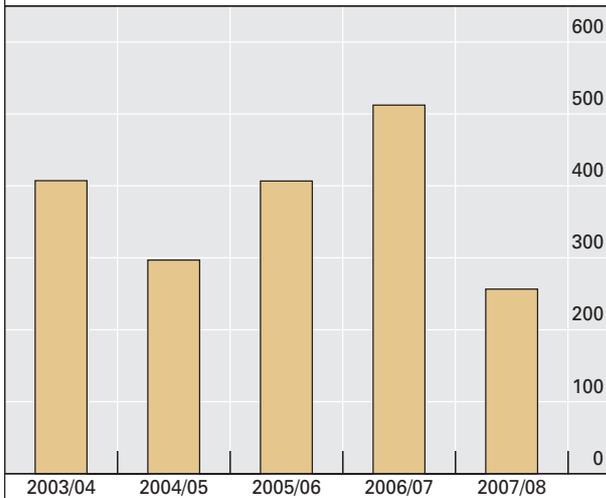
Pavel Nemecek

Zürich, 5. Mai 2008

5-Jahres-Überblick

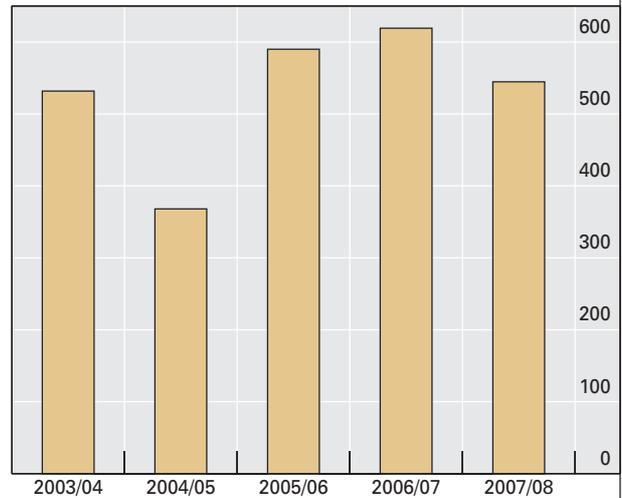
Operativer Gewinn

Mio. SZR



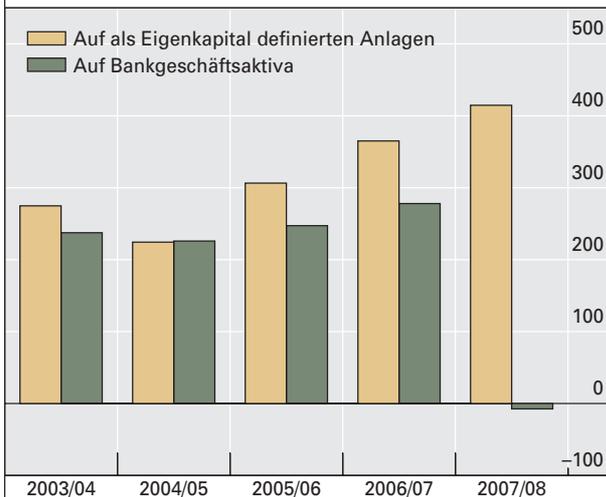
Reingewinn

Mio. SZR



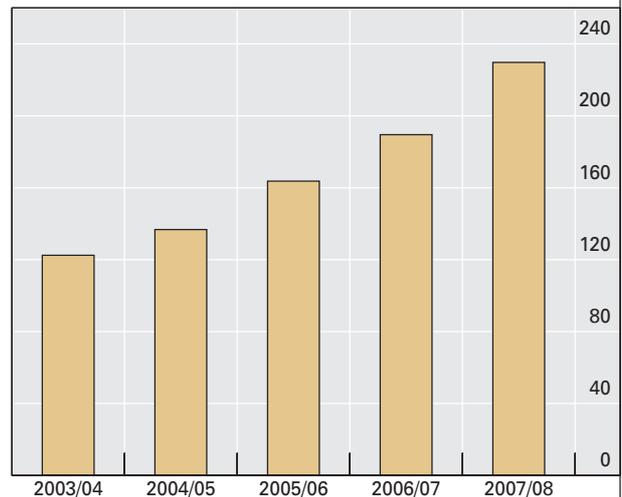
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen

Mio. SZR



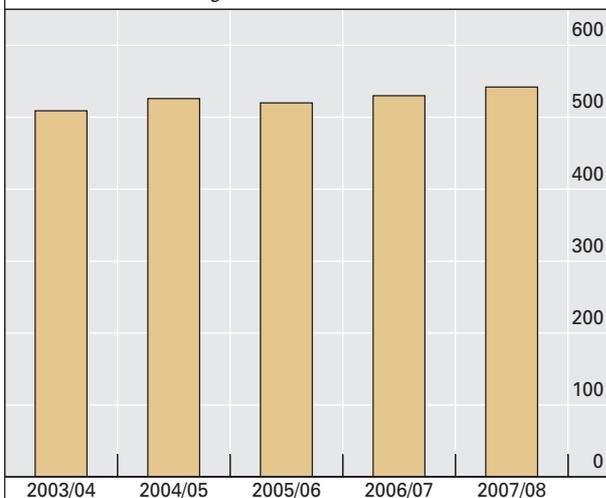
Durchschnittliche Währungseinlagen (Basis Abwicklungsdatum)

Mrd. SZR



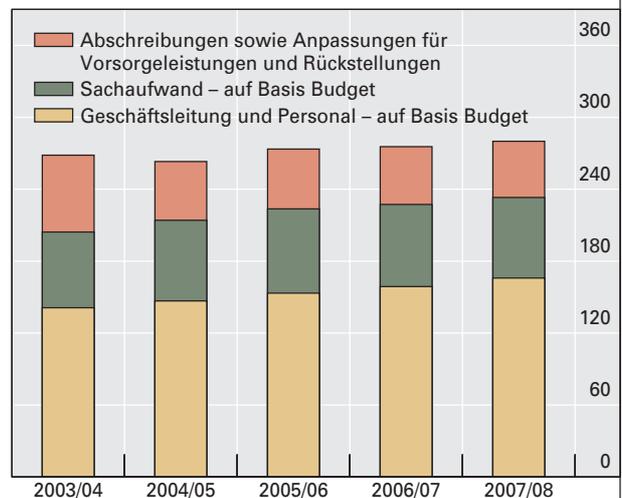
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte

In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand

Mio. CHF



Neuberechnung der Beträge in den oberen vier Feldern wegen Änderung des Rechnungslegungsverfahrens in diesem Geschäftsjahr.

